

8 Dringlichkeitsanträge

8.1 Kontingente für SozialCard-Besitzer:innen bei städtischen Sportkursen

(GR Alic, KPÖ)

Gemeinderat **Alic:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich sind wir so spät dran, dass es jetzt wirklich dringlich ist, nicht nur der Antrag, sondern die ganze Wortmeldung.

Ich erlaube mir, einfach wie ich bin, auf ganz etwas Einfaches zuzugehen. Und zwar geht es darum, Sportkurse für Kinder in dieser Stadt und für ein eigenes Kontingent für Leute mit SozialCard. Insgesamt, wie im Motiventext drinnen steht, bietet die Stadt Graz über das Sportamt einen Haufen Sportkurse an, die gut gebucht, gut besucht und leider halt auch schnell ausgebucht sind. Wie ich dann im Antrag konkret formulieren werde, will ich ein eigenes Kontingent innerhalb der bereits bestehenden Plätze für SozialCard-Inhaber beziehungsweise deren Kinder beantragen. Es geht nämlich darum, die Kurse sind kostengünstig und wir wollen ja sozusagen nicht die Leute dazu bringen, die durch die Teuerung betroffen sind und sich das nicht leisten können oder weniger leisten können, dass diese vor die Entscheidung gestellt sind, sich etwas anderes zu leisten und vielleicht eventuell auf Sportkurse für ihre Kinder verzichten zu müssen. Daher komme ich gleich konkret zum Antragstext, der lautet: Sportstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, gemeinsam mit dem Sportamt zu prüfen, wie gemäß dem Motiventext SozialCard-Besitzer:innen ein eigenes Kontingent an Plätzen für die Sportkurse für Grazer Kinder und Jugendliche zur Verfügung gestellt werden kann. Dem Sportausschuss ist bis zum April Bericht zu erstatten.

Deswegen, weil im Mai die Antragsfrist, nämlich für die Sommerkurse, schon beginnt.

Bitte um rege Diskussion. Ich bin sehr vorsichtig, weil die deutsche Sprache nicht

immer eindeutig ist. Breite Diskussion oder breite Zustimmung heißt dann ganz was anderes und große Zustimmung. Danke.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Die Stadt Graz bietet ihren Kindern und Jugendlichen ein vielfältiges, niederschwelliges und vor allem kostengünstiges Angebot an Sportkursen im Winter und Sommer. Von Ski- und Snowboardkursen angefangen, über diverse Ballsportarten bis hin zu Schwimmen und Tanzen ist alles dabei.

Durch die Teuerungen kommen aber immer mehr Familien in die Situation, dass finanzielle Prioritäten gesetzt werden müssen – dadurch bleibt der Sport leider oft auf der Strecke. Seit mehr als zehn Jahren gibt es mittlerweile die SozialCard, die ein gutes Instrument ist hier entgegen zu wirken. Wer eine SozialCard besitzt, bekommt die Kurse noch günstiger.

Wir wissen, dass es für die Sportkurse nur begrenzte Plätze gibt – sie werden gut genutzt und sind schnell ausgebucht. Zuletzt sind 250 Skikursplätze – 30 davon waren für das SOS Kindedorf reserviert – in 15 Minuten vergeben worden. Das spricht eine deutliche Sprache, wie gut das Angebot angenommen wird.

Um sicher zu gehen, dass die Familien, die es sich nicht so gut leisten können, trotzdem eine Chance haben, ihr Kind in einem der Kurse unterzubringen, könnte man von den bestehenden Plätzen ein gewisses Kontingent für Kinder von SozialCard-Besitzer:innen reservieren. Ein kleines Kontingent an Plätzen für SozialCard-Inhaber:innen, abgestimmt auf die Nachfrage der letzten Jahre, zum jeweiligen Angebot sollte keinen großen finanziellen oder administrativen Mehraufwand bedeuten. Werden die Kontingente nicht vergeben, kann man sie der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Idealerweise schaffen wir es noch vor dem 27. Mai das umzusetzen – da beginnt nämlich die Anmeldung für das Sommersportprogramm.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Sportstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, gemeinsam mit dem Sportamt zu prüfen, wie, gemäß dem Motiventext, SozialCard-Besitzer:innen ein eigenes Kontingent an Plätzen für die Sportkurse für Grazer Kinder & Jugendliche zur Verfügung gestellt werden kann. Dem Sportausschuss ist bis zum April Bericht zu erstatten.

Stadtrat **Hohensinner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat.

Seit zehn Jahren darf ich jetzt für den Sport in Graz zuständig sein. Es ist mir wirklich, und das wisst ihr, glaube ich, alle, ein Herzensanliegen, dass wir den Sport, alle Sportmöglichkeiten in Graz, ob das jetzt die Vereine oder die Bezirkssportplätze sind, für alle Menschen, vor allem für die Kinder, zugänglich machen. Und da ist es natürlich auch wichtig, dass es nicht abhängig ist, ob Eltern jetzt Geld haben oder nicht. Also, das ist mir das wirklich wichtigste, dass alle Kinder ihren Talenten entsprechend, die Sportart aussuchen können, die sie gerne ausüben wollen. Und da ist uns in den letzten Jahren wirklich viel gelungen. Da haben wir Angebote, die haben andere Städte nicht. Wir haben zum Beispiel eingeführt, dass alle Eltern, oder alle Kinder deren Eltern die SozialCard haben, in den Grazer Sportvereinen, das sind über 100 Sportvereine, kostenlos mitmachen können. Also, da ein herzliches Dankeschön an das Sportamt, an Thomas Rajakovics und an alle Sportvereine, die sich hier anhängen. So ein Angebot gibt es, glaube ich, in keiner zweiten Stadt Österreichs, danke dafür.

Wir haben auch die Ferien-Sportkurse, da haben wir 6000 Plätze. Wir haben auch nach der Covid-Zeit diese Kurse ausgeweitet. Früher, zu meiner Jugendzeit, hat es Stundenkurse gegeben, da hat man unterschiedlichste Sportarten kennenlernen

können. Aber jetzt haben wir auch Wochenkurse von 08:00 Uhr in der Früh bis 16:00 Uhr mit Jause. Also, das ist einerseits toll, dass die Kinder die Sportarten ausprobieren können, andererseits sind die Eltern, die vielleicht berufstätig sind, auch entlastet. Ich habe das selbst ausprobiert beim ATG, das ist wirklich großartig. Also, da haben wir die Angebote wirklich gut ausgeweitet. Wir haben einen Sportscheck eingeführt, dass alle 10-jährigen Kinder in der vierten Klasse Volksschule den Gutschein bekommen, ein Jahr lang kostenlos bei einem Grazer Sportverein mitmachen zu können. Das ist wirklich ganz etwas Niederschwelliges, dass wir jetzt unterstützen, dass gerade junge Leute mit dem Sport beginnen. Und was du angesprochen hast in deinem Antrag, es gibt eben ganz wichtige Kurse, was das Schwimmen betrifft, aber auch das Skifahren. Hier haben wir jetzt eine Änderung vollzogen, von ehemals 10 Euro auf 50 Euro pro Woche. Das ist eben ein Fünftageskurs. Wir haben auch für die SozialCard-Inhaber das Gleiche beibehalten, dass sie nur 10 Euro zahlen. Das ist aus meiner Sicht ganz, ganz wichtig. Alles andere, was jetzt von dir gefordert wird, sehe ich schwierig bis fast nicht durchführbar, ohne andere Familien in Graz zu diskriminieren.

Wir haben eben was das Schikursangebot betrifft 300 Plätze und alle Familien haben das gleiche Prozedere. Sie müssen sich zu einem gewissen Zeitpunkt dann über Venuzle anmelden. Ich habe das jetzt für meinen Sohn gemacht, für den Osterkurs. Wenn ich jetzt gewisse Gruppen herausnehme und ihnen Kontingente reserviere, dann ist das aus meiner Sicht eine Ungleichbehandlung. Ich finde, gerade SozialCard-Inhaber, da müssen wir einfach finanziell günstige Angebote bereitstellen, aber nicht, dass wir ihnen unterstellen, sie können sich nicht irgendwo anmelden. Also, ich glaube, die haben die gleichen Möglichkeiten, sich bei Venuzle für den Sportkurs anzumelden. Von dem her sehe ich das nicht zielführend. Ich habe auch mit dem Sportamt geredet. Mit dem SOS Kinderdorf haben wir ein Übereinkommen bei den Sportkursen. Aber dass wir jetzt gewissen Gruppen noch einmal Plätze bereitstellen, das halte ich für nicht zielführend. Wenn wir das jetzt auf deinen Vorschlag hin machen, könnte man dann auch weitergehen, dass vielleicht alleinerziehende Eltern Schwierigkeiten haben.

Dann würden wir für die auch wieder Plätze reservieren. Oder wenn beide Elternteile berufstätig sind, haben sie vielleicht auch keine Zeit, sich in der Früh anzumelden. Also aus meiner Sicht, finanziell müssen wir schauen, dass sich alle Familien leisten können, was das Anmeldeprozedere angeht, da möchte ich jetzt niemandem bevorzugen. Das ist SozialCard-Inhabern auf jeden Fall zumutbar, und wir wollen ja, dass alle Menschen, die jetzt vielleicht finanziell schlechter gestellt sind, möglichst bald wieder auf eigenen Beinen sind. Und da halte ich diesen Dringlichen Antrag jetzt nicht für zielführend.

Gemeinderat Wagner:

Werte Stadtregierung, hoher Gemeinderat, lieber Horst, der Antrag freut mich natürlich sehr, weil es ja grundsätzlich um eines meiner Herzensthemen, den Sport, geht. Dementsprechend muss ich mich natürlich da zu Wort melden und möchte mich auf jeden Fall einmal auch beim Sportamt und vor allem aber auch bei allen Ehrenamtlichen bedanken, die in Graz ein wirklich tolles Sportprogramm auch zur Verfügung stellen. Ich glaube, ohne das Zutun hätten wir bei weitem nicht diese Möglichkeiten, wie der Kurt schon gesagt hat, die wir zum Glück in der Stadt Graz ja haben.

Dass das Thema dringlich ist, da bin ich voll bei dir. Inhaltlich haben wir hier glaube ich aber auch wirklich ein bisschen andere Ansichten, denn ich sehe zwar von dir den Dringlichen Antrag, aber wenn ich das Budget angeschaut habe, sehe ich den Sport oder zumindest in der Koalition, dass der Sport nicht den allerhöchsten Stellenwert hat.

Wir haben sehr viele Plätze, wir haben sehr viele Möglichkeiten, aber in den Ferien vor allem stoßen wir da immer wieder an die Grenzen und ich glaube, dass der Ansatz ein anderer sein sollte. Wir sollten jetzt nicht eine Gruppe herausgreifen und denen ein gewisses Kontingent geben, weil natürlich gibt es sehr viele andere Gruppen, die auch

Probleme haben, sich rechtzeitig anzumelden oder es vielleicht verdienen, dass die Kinder auch unterkommen.

Ich glaube, es wäre wichtig, dass wir einfach schauen, dass wir da mehr Budget zur Verfügung stellen, dass wir insgesamt mehr Plätze haben, weil dann hätten wir das Problem gar nicht, dass es eine gewisse Gruppe einfach nicht in den Genuss so eines Sportangebots kommt.

Wie gesagt, als Thema sicher sehr dringlich. Der Ansatz zur Lösung von mir ein ganz anderer. Danke für deinen Dringlichen Antrag und dass du dich einsetzt für den Sport.

Gemeinderätin **Slama:**

Hallo, ihr Lieben, schön immer nach dem Günter zu reden, weil da muss ich nichts runterstellen.

Erst einmal danke für den Antrag, Horst, und ich kann mich nur anschließen an das Loblied auf die Grazer Sportkurse, das hier gesungen wird. Also damit fange ich jetzt auch gleich einmal an.

Wir haben ein super cooles Angebot, und vor allem, wenn man sich es anschaut, sieht man, um wie viel billiger diese Sportkurse sind, die die Stadt Graz anbietet, und was da wirklich der finanzielle Unterschied ist. Deswegen finde ich nämlich, dass es etwas ganz anderes ist, als man traut jetzt jemandem nicht zu, sich da anzumelden. Das Problem ist, dass diese Sportkurse so cool sind und so beliebt sind, dass sie sofort ausgebucht sind. Es geht hier unglaublich schnell, sie werden unglaublich gut angenommen.

Während für andere Menschen oft dann die Frage ist, ok, dieser Sportkurs oder ein anderer, hätte ich lieber den billigeren oder einen privaten irgendwo, ist da aber dann die Frage, kann mein Kind einen Sportkurs besuchen oder nicht. Also da ist einfach das Geld nicht da, dass man stattdessen ausweicht. Das heißt, es geht nicht darum, dass irgendwer sich nicht anmelden kann. Ich glaube, das werden alle schaffen. Es geht

darum, dass, wenn das nicht möglich ist, wenn da kein Platz mehr da ist, wenn man nicht schnell genug war, fällt der Sport komplett raus.

Und ich kann aus meinen ganzen beruflichen Erfahrungen mit Kindern sagen, das ist so etwas Wichtiges für Kinder. Ich glaube, muss ich dir ja eh nicht erzählen, Kurt, also, da sind wir eh einer Meinung, aber das ist das Erste, wovon Kinder dir erzählen, wenn du sie fragst, was hast du die Woche gemacht, in was für einem coolen Sportkurs sie waren. Und dass jedes Kind die Möglichkeit hat, das auch zu machen, liegt uns, glaube ich, allen am Herzen.

Deshalb, wie gesagt, ich glaube, dass wir genug darüber zu reden haben, sieht man daran, dass wir schon ein paar Wortmeldungen dazu hatten. Und das könnten wir im Sportausschuss, glaube ich, gut machen. Deswegen, von uns hast du zumindest die Zustimmung, auch inhaltlich. Ich habe mich jetzt extra schnell gemeldet, damit der Philipp nicht wieder da ist, während ich zur Dringlichkeit etwas Inhaltliches sage.

Bürgermeisterin Kahr:

Gibt es noch eine Wortmeldung zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, darf ich den Antragsteller bitten, möchtest du zur Dringlichkeit noch etwas sagen?

Dann kommen wir zur Abstimmung, wer ist dafür? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist mehrheitlich angenommen.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (Gegen ÖVP und NEOS).

Gemeinderat Alic:

Vielen Dank für die zahlreichen Wortmeldungen, vielen Dank für die teilweise Zustimmung auch inhaltlich. Und ja, es geht mir natürlich, Kurt, nicht darum, irgendjemanden zu diskriminieren. Und das weiß ich auch, dass das bei dir auch nicht

so ist. Es geht aber darum, dass die Kurse nicht nur gut angenommen, sondern tatsächlich günstig sind. Und wenn wir zwei uns das nicht leisten können für unsere Kinder, dann ist das nicht so ein großes Problem, oder wenn wir uns nicht anmelden können, weil wir können uns das leisten, sollte es nicht der Fall sein, auch anderweitig die Kinder auf Skikurse zu schicken. SozialCard, die SozialCard gibt es für Leute, die sich es eben nicht leisten können, und die meinen nicht, dass für alle Ewigkeit die Plätze reserviert sind und dann, wenn sich keiner rührt, dass keiner mehr dazukommt, sondern es geht mir darum, dass man für einen gewissen Zeitraum schaut, irgendwie eine Lösung zu finden und das zu reservieren und nachher kann sich die Allgemeinheit bewerben. Das heißt nicht, dass ich es den Leuten nicht zutraue, dass sie es rechtzeitig können, sondern einfach, dass man denen auch eine zusätzliche Chance gibt, ihren Kinder Sport betreiben zu können. Danke für die Aufmerksamkeit.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (Gegen ÖVP, NEOS, FPÖ, Lohr).

8.2 Lichtverschmutzung reduzieren

(GR Zirngast, KPÖ)

Gemeinderat **Zirngast:**

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen.

Ich mache einen Versuch, es schnell zu machen. Während Luftverschmutzung und ähnliche Themen sehr vielfach thematisiert sind, ist die Lichtverschmutzung weniger thematisiert, ist aber sehr wohl in Städten ein großes Problem. Wir sind auch tatsächlich von Bürgerinnen und Bürgern darauf aufmerksam gemacht worden und bringen deshalb auch diesen Antrag ein.

Warum geht es? Es geht um das künstliche Licht, das den Nachthimmel aufhellt, und wir sehen das alle sozusagen in der Stadt. Wenn man versucht, den Sternenhimmel zu sehen, dann sieht man oft nur sehr wenig davon. Jetzt ist das nicht das Problem, das ist ein Symptom. Also, wenn man sagt: „Ok, gut, man sieht den Sternenhimmel nicht, man kann auf einen Berg gehen“, dann sieht man, das ist nicht so schlimm. Aber einerseits wird der Biorhythmus von Menschen gestört, vor allem, wenn künstliches Licht in die Wohnungen, in die Schlafzimmer hineinleuchtet, dann wird der Schlaf gestört. Andererseits ist es für Tiere auch ein sehr großes Problem. Besonders für Insekten, die von dem Licht angezogen werden, um das Licht herumfliegen und dann eben oft auch oder in den meisten Fällen aus Erschöpfung dann irgendwann verenden. Die Lichtverschmutzung ist einfach eines der wesentlichen Gründe des Insektensterbens. Für jede Stadtverwaltung ist natürlich die Beleuchtung in der Nacht auch insofern ein wesentliches Thema, weil es geht um Sicherheit. Zum einen natürlich um Verkehrssicherheit auf Radwegen und klarerweise auf der Straße. Es geht aber natürlich auch um das Sicherheitsempfinden der Menschen, die natürlich völlig zu Recht sich unsicher fühlen würden, wenn große Teile der Stadt nicht beleuchtet wären. Glücklicherweise gibt es zum Beispiel mit modernen und sogenannten intelligenten LED-Straßenbeleuchtungen die Möglichkeit, dass man einen bewussten Umgang mit Lichtquellen hat. Man versucht die Lichtstreuung in den Himmel möglichst zu reduzieren durch gezielten Lichteinsatz, verringerte Helligkeit, warmweißes Licht und bedarfsorientierte Beleuchtung. Auch durchaus Bewegungsmelder sind da möglich und die Stadt Graz tut das auch seit einigen Jahren schon, stellt sozusagen die Straßenbeleuchtung da laufend um. Das ist das eine, dass das sozusagen gut funktionieren kann, ohne dass das Sicherheitsempfinden der Menschen beeinträchtigt wird. Das andere ist, dass zum Beispiel auch die städtische Tochterfirma Ankünder von 24 Uhr bis 5 Uhr in der Früh die Leuchtreklamen ausschaltet, weil ja tatsächlich fragwürdig ist, ob das einen großen Werbewert hat, wenn da mitten in der Nacht, vor

allem unter der Woche, die Leuchtreklamen beleuchtet sind, aber der Schaden, der dadurch entsteht, durchaus groß ist.

Und in dem Sinne, ohne das weiter lang auszuführen, bringen wir eben den Antrag ein, dass sozusagen auch auf die Unternehmen in Graz zugegangen werden soll, um mit ihnen gemeinsam ein Konzept auszuarbeiten, wie sie auch bei Leuchtreklamen, bei Gebäudebeleuchtungen oder auch bei Schaufenstern teilweise die künstliche Beleuchtung in der Nacht reduzieren können. Ich glaube auch, dass der Werbewert da, wie gesagt, gering ist und vielleicht auch die Ausgaben für Energie doch viel größer sind als was es bringt.

In dem Sinne, wie gesagt, glauben wir, dass es gut wäre und wichtig wäre, wenn die Stadt Graz und die Unternehmen in Graz ihren Beitrag zum Energiesparen und zur Reduktion der Lichtverschmutzung beitragen würden. Ich stelle den Antrag, dass der Grazer Gemeinderat beschließen soll, um sowohl die Lichtverschmutzung zu reduzieren als auch Energie zu sparen, wird der zuständige Stadtrat für Wirtschaft beauftragt, in Abstimmung mit der Wirtschaftskammer ein Konzept für einen sparsameren Umgang mit Leuchtreklamen und beleuchteten Auslagen zu finden. Dem Wirtschaftsausschuss ist bis September 2024 ein Bericht vorzulegen. Danke

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Luftverschmutzung in Städten, besonders auch in Graz, wird vielfach thematisiert. Die Lichtverschmutzung jedoch sehr viel weniger. Dabei bemerken wir sie wohl alle, zum Beispiel wenn wir einen Blick auf den Nachthimmel werfen – und dabei eben nicht in der Lage sind, einen klaren Himmel zu sehen. Es handelt sich dabei um die künstliche Aufhellung des Nachthimmels durch Beleuchtungen wie Leuchtreklamen, Gebäudebeleuchtungen und Straßenlampen.

Lichtverschmutzung ist dabei kein rein ästhetisches Phänomen. Sie schadet Bäumen, aber auch Tieren, wie Insekten, Faltern und Vögeln. Insekten werden beispielsweise von den künstlichen Lichtquellen angezogen und verenden irgendwann aus Erschöpfung.

Somit sind Beleuchtungen neben Straßenverkehr und Insektiziden wesentliche Ursache des Insektensterbens.

Lichtverschmutzung beeinträchtigt aber auch das Wohlbefinden des Menschen, da der gesunde Schlaf durch das überdosierte, künstliche Licht gerade in der Stadt oftmals gestört wird.

Für eine Stadtverwaltung ist die Beleuchtung in der Nacht jedoch auch insofern ein heikles Thema, als sie für die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden der Menschen wichtig ist. Dennoch kann ein bewusster Umgang mit Lichtquellen sowohl das Sicherheitsempfinden der Menschen garantieren, als auch zum Energiesparen und zur Reduktion der Lichtverschmutzung beitragen. Gezielter Lichteinsatz, besonders sogenannte Full-Cut-Off Lampen, die Lichtstreuung verhindern, verringerte Helligkeit, warmweißes Licht und bedarfsorientierte Beleuchtung sind ein wichtiger Teil eines solchen Bemühens. So kann Energie gespart und Lichtverschmutzung reduziert werden ohne das Sicherheitsempfinden der Menschen zu beeinträchtigen.

Die Stadt Graz hat in den letzten Jahren signifikante Teile ihrer Straßenbeleuchtung auf intelligente LED-Lampen umgestellt und arbeitet kontinuierlich daran, die Straßenbeleuchtung zu modernisieren. Die städtische Tochterfirma Ankünder schaltet seit etwa einem Jahr von Mitternacht bis 5 Uhr alle Leuchtreklamen – außer bei den Haltestellen – aus.

In diesem Sinne wäre es wichtig, dass sich auch die Unternehmen in Graz am Bemühen beteiligen, Lichtemissionen möglichst zu vermeiden oder zumindest zu verringern. Sie können die oben ausgeführten Maßnahmen ebenso berücksichtigen. Es ist schließlich fraglich, ob eine 24-Stunden-Beleuchtung tatsächlich einen relevanten Werbewert für das jeweilige Unternehmen hat.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Um sowohl die Lichtverschmutzung zu reduzieren, als auch Energie zu sparen, wird der zuständige Stadtrat für Wirtschaft beauftragt, in Abstimmung mit der Wirtschaftskammer ein Konzept für einen sparsameren Umgang mit Leuchtreklamen und beleuchteten Auslagen zu finden. Dem Wirtschaftsausschuss ist bis September 2024 ein Bericht vorzulegen.

Gemeinderätin **Unger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren.

Wir unterstützen oder wir verstehen das Anliegen, dass mit der Lichtverschmutzung verbunden ist, vollkommen. Wir sind auch der Meinung, dass es wichtig ist. Wir haben nur den Eindruck, es handelt sich hier ein bisschen um eine Verkürzung des Themas. Deswegen melde ich mich auch zur Dringlichkeit mit ein paar doch inhaltlichen Themen, die einfach hier wichtig sind. Es ist schon angeschnitten worden, Wohlbefinden und Sicherheitsempfinden sind wesentlich auch mit Beleuchtung und Lichtverhältnissen verbunden. Das sage ich nicht zuletzt auch als Frau. Wenn man am Abend oder in der Nacht unterwegs ist, ist das kein unwesentlicher Sicherheitsfaktor. Lichtverschmutzung als wichtiges Thema ist uns bekannt, auch die Auswirkungen auf Fauna, Flora und den Menschen, die sind bereits ausgeführt worden. Wir glauben allerdings, dass die Verursacher und Verursacherinnen von Lichtverschmutzung ein bisschen gesamtseitlicher angeschaut werden müssen, damit ein Konzept entwickelt wird, das tatsächlich auch umfassend dann sinnvoll ist.

Aus meiner Sicht ist es so, dass es ja bereits umfassende Maßnahmen gibt, es gibt auch eine Vorgabe von gewissen Normen und es gibt auch einen österreichischen Leitfaden zur Außenbeleuchtung, an dem man sich selbstverständlich orientieren kann und der auch von sämtlichen Ländern gemeinsam entwickelt wurde, also etwas, das bereits besteht und in der Umsetzung, glaube ich, auch eine sinnvolle Unterlage sein kann. Wogegen wir sind, ist, dass ausschließlich Unternehmer und Unternehmerinnen hier in die Pflicht genommen werden, aus zwei Gründen. Auf der einen Seite ist es, glaube ich, ein nicht besonders günstiger Zeitpunkt in relativ schwierigen Zeiten hier, vielleicht auch eine vermutete Werbewirksamkeit von Unternehmern und Unternehmerinnen sozusagen zu reduzieren. Auf der anderen Seite sind auch Zuständigkeiten für gewisse Werbeanlagen eigentlich anders verortet als in diesem Antrag ausgeführt, nämlich nicht beim Wirtschaftsstadtrat, sondern letztendlich beim Stadtrat, der für die Baudirektion, aber auch für die Anlagen, für die Liegenschaften und so weiter zuständig ist, also bei Bau und Anlagen.

Aus diesem Grund würden wir meinen, dass diese Maßnahmen, die im eigenen Wirkungsbereich sind, auch entsprechend abgestimmt werden sollen mit den Personen, die hauptsächlich dafür verantwortlich sind. Auf der einen Seite der von mir bereits genannte Stadtrat Manfred Eber, auf der anderen Seite, weil es natürlich ein Umweltthema ist, auch Vizebürgermeisterin Schwentner. Deswegen darf ich folgenden Abänderungsantrag einbringen.

Der Gemeinderat wolle beschließen, Umweltreferentin, Stadträtin oder Vizebürgermeisterin Judith Schwentner und Stadtrat Manfred Eber werden beauftragt, im Rahmen ihrer Zuständigkeit und unter Einbeziehung des Wirtschaftsreferenten Stadtrat Riegler ein umfassendes Konzept zur Reduktion der Lichtverschmutzung zu erarbeiten und dem Gemeinderat bis Juni vorzulegen. Ich glaube, da sind alle Personen und Zuständigkeiten sehr klar formuliert und ich glaube, wir würden uns damit in eine ganzheitliche Betrachtung und nicht quasi in eine vielleicht auch als Kapitalismus-Schelte missverstandene Einseitigkeit bewegen. Ich darf um Annahme bitten. Danke.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Umweltreferentin Stadträtin Judith Schwentner und der Liegenschaftsreferent Stadtrat Manfred Eber werden beauftragt, im Rahmen Ihrer Zuständigkeit und unter Einbeziehung des Wirtschaftsreferenten Stadtrat Günter Riegler ein umfassendes Konzept zur Reduktion der Lichtverschmutzung zu erarbeiten und dem Gemeinderat bis Juni vorzulegen.

Gemeinderat Ram:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Grazerinnen und Grazer, ich darf hier gleich darauf reagieren.

Ich danke einmal für den Antrag. Lichtverschmutzung ist natürlich ein extrem wichtiges Thema. Ich glaube, es wird einfach total unterschätzt, welche Auswirkungen das hat für uns Menschen, für die Tiere, Fauna und Flora. Wir reden da wirklich über eine Zunahme der Lichtverschmutzung von bis zu 10% pro Jahr seit 2011, so wird das momentan geschätzt, und die Kurve geht steil nach oben.

Jetzt ist natürlich so, gerade in der Stadt, das ist schon erwähnt worden, spielt Sicherheit eine große Rolle und das Licht, die Beleuchtung in der Stadt ist da natürlich ganz wichtig. Wir wissen alle, das ist ein ganz schweres Thema, das überhaupt

anzugreifen. Trotzdem gibt es hier bereits ausgearbeitete Konzepte. Es gibt gerade jetzt das Beispiel Radweg am Schöckelbachweg, wo hier ein adaptives Lichtsystem installiert wird, wo eben genau auf das reagiert wird und wir schauen, dass nur dann beleuchtet wird, wenn eben Radfahrer sich hier bewegen. Und das ist ein Thema, das bereits vollkommen angekommen ist und ich möchte hier wieder eine Lanze brechen, also fürs Umweltamt, wo diese Konzepte bereits aufliegen, auch für die Stadtplanung, die hier ganz stark bereits an allen Schrauben dreht, um das umzusetzen. Ich glaube, was wichtig ist, in diesem Antrag geht es um Unternehmen und es ist keine antikapitalistische Maßnahme, das muss ich jetzt schon ganz klar sagen. Ich glaube, es ist auch so formuliert. Es geht um diese Leuchtreklamen, diese Schilder, die beleuchtet sind. Es geht um eine Auseinandersetzung mit dem Thema, eine Bewusstmachung. Ich glaube wirklich, es ist so. Wir haben einfach einen gewissen Teil, vielleicht von 12:00 Uhr am Abend bis 05:00 Uhr der Früh. Aber das möchte ich jetzt gar nicht beurteilen, wo einfach die Werbewirksamkeit so wahnsinnig gering ist im Gegensatz zu dem, welche Auswirkungen das hat. Ich glaube, wir sollten diese Diskussion führen, diese Diskussion vor allem mit den Unternehmen führen, wo man sagt, ok Leute, ist euch das eigentlich bewusst, was da passiert.

Und genau das ist das, was wir mit diesem Antrag eigentlich wollen. Nicht, dass man jetzt eingreift, sondern dass man sagt, ok, hallo, da gibt es ein Problem. Und ich glaube, dass das vielen einfach nicht in dem Sinn bewusst ist, aber wenn man heutzutage rausgeht, es kennen glaube ich wenige. Ich war vor einigen Jahren wirklich in Afrika. Das ist natürlich ganz etwas anderes, wenn die keinen Strom haben in der Nacht und es wirklich stockdunkel ist.

Genau, das ist das Thema.

Aber einen Sternenhimmel zu sehen in der Dimension, wie er eigentlich da wäre, das ist großartig und das ist für uns alle wichtig. Das werden wir auch nicht erreichen, das ist nicht das, was wir brauchen, aber ich glaube, dass es ganz wichtig ist, wie ich schon gesagt habe, dass wir uns damit auseinandersetzen und diese Quellen, die möglich

sind, ohne großen Impact zu entfernen und bewusst mit der Beleuchtung in der Nacht umzugehen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit. Dann kommen wir zur Abstimmung, wer ist für die Dringlichkeit dieses Antrages? Gegenprobe ist somit mehrheitlich angenommen.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (Gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr, NEOS).

Stadtrat **Riegler**:

So, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, heute gibt es einmal die Möglichkeit, einen echten Wahrheitsbeweis anzuwenden, ob es euch wirklich wichtig ist, ob es euch wirklich um die Sache geht. Weil, wenn es euch wirklich um die Sache geht und wenn es euch wirklich wichtig ist, gegen Lichtstress und Lichtverschmutzung aufzutreten, dann müsst ihr unseren Abänderungsantrag annehmen. Ich bin schon sehr gespannt, wie ihr euch am Schluss verhalten werdet, denn jeder, der möchte, kann gerne einmal mit mir, das mache ich gerne auch heute Abend, mit Sicherheit, auch wenn es 10:00 Uhr oder 11:00 Uhr in der Nacht ist, ich fahre noch einmal mit dem Mountainbike dann auf die Platte und schaue ganz gerne manchmal nach einer heftigen Gemeinderatsdebatte, wo es hin und her gewogt worden ist und wo man sich gegenseitig auch manches ausgerichtet hat, dann schaue ich gerne einmal so um Mitternacht oder um 10:00 Uhr oder um 11:00 Uhr auf die Nacht von der Platte vom ehemaligen Gasthof Himmelreich - das ist jetzt geschlossen - runter und sehe, wie die Stadt ganz ruhig, still, da niederliegt und sehe natürlich viel Licht. Und diejenigen unter

euch, die das einmal gemacht haben, werden feststellen, da sind jetzt die Auslagenscheiben von einzelnen Geschäften nur der aller kleinste Teil des Lichtes, weil die Hauptlichtquellen sind natürlich Straßenbeleuchtungen. Für Straßenbeleuchtungen, wer ist dafür zuständig? Dafür zuständig ist die Frau Vizebürgermeisterin Schwentner, denn sie ist zuständig für das Straßenamt. Das Straßenamt wiederum hätte es in der Hand, zum Beispiel mit einer bestimmten Firma namens lixtec, falls Sie die kennen. Firma lixtec, kleine Werbeeinschaltung, die sitzen in der Reininghausstraße im SFG-Gründerzentrum und die haben etwas entwickelt, was sogar serienmäßig auf Beleuchtungskörper draufgeht, nämlich Bewegungsmelder. Und die Idee dieser Firma lixtec ist, und die ist auch schon an vielen Orten eingesetzt, dass man tatsächlich leicht abdimmeln lassen kann, wenn eine Minute lang sich nichts bewegt, und dann kann man allenfalls wieder das Licht hochfahren lassen, wenn zum Beispiel ein Radfahrer über den Radweg fährt. Also bitteschön, wenn es Ihnen, Herr Zirngast, und wenn es euch, liebe KPÖ, liebe Grüne, wirklich ein Anliegen ist, dann unterstützt ihr auch unseren Abänderungsantrag. Dann beauftragt ihr bitte auch die Frau Vizebürgermeisterin Schwentner, in ihrem Bereich nach dem Möglichsten zu schauen, um Lichtstress zu vermeiden. Und ebenso auch den Kollegen Eber, denn der Kollege Eber, liebe Leute, ist zuständig für den Schlossberg, ist zuständig für den Stadtpark, ist zuständig für alle möglichen Gebäude, die angestrahlt werden. Es ist nicht notwendig, dass wir den Uhrturm die ganze Nacht lang anstrahlen. Es ist nicht notwendig, dass wir alle möglichen Wege anstrahlen. Es ist nicht notwendig, dass wir die Beleuchtung vor der Grazer Messe angeschaltet lassen. Also bitte, Wahrheitsbeweis, heute können Sie einmal Größe zeigen. Das erste Mal wäre es in meiner Laufbahn jetzt als Oppositionspolitiker, dass einmal die Koalitionsmehrheit einem Dringlichen Antrag oder einem Abänderer der ÖVP zur Mehrheit verhilft. Also bitte, stimmen Sie unserem Abänderungsantrag zu. Danke schön.

Gemeinderat **Zirngast:**

Ja, nur ein paar kleine Anmerkungen. Grundsätzlich glaube ich auch auf den Herrn Stadtrat eingehend, wir sind da nicht so weit voneinander weg. Auch die Kollegin Unger hat es angesprochen und Stadtrat Eber auf jeden Fall. Ich glaube auch Vizebürgermeisterin Schwentner und die Ämter arbeiten da ohnehin schon dran, ich habe es auch genannt.

Das heißt, bei den neuen Straßenbeleuchtungen werden hier ohnehin schon bessere Systeme eingesetzt. Das konkrete System wollen wir jetzt nicht diskutieren, aber das passiert ja. Es ist richtig, dass natürlich immer noch mehr passieren kann und sind auch schon im Austausch mit den zuständigen Ämtern darüber, dass da weitere Maßnahmen gesetzt werden. Da widerspricht sich gar nichts. Ich glaube aber trotzdem, dass insgesamt natürlich die Straßenbeleuchtung oder auch die Beleuchtung von Rad- und Gehwegen natürlich auch für die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden, aber vor allem auch für die Verkehrssicherheit, logischerweise, wichtiger ist als eine Leuchtreklame in der Nacht.

Was den angeblich antikapitalistischen Charakter betrifft, das war sicher eine meiner eher weniger antikapitalistischen Wortmeldungen, öffentlichen Wortmeldungen, aber genau, das stimmt, weil ich glaube tatsächlich, dass dadurch, dass ja auch Energie gespart werden kann und der Werbewert eben in der Nacht sehr, sehr gering ist, da kein großer Verlust da sein müsste. Worum es uns auch darum geht ein Konzept auszuarbeiten, ist eben genau, weil man nicht mit Verordnungen drüberfahren wollen. Und in dem Sinne, wie gesagt, glaube ich, dass wir die zuständigen Ämter, auch von der Koalition und eben auch der Herr Wirtschaftsstadtrat, daran arbeiten sollten, wie wir alle als Bürgerinnen und Bürger, daran arbeiten sollten, dass wir die Lichtverschmutzung reduzieren. In dem Sinne bitte ich um Zustimmung. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Zuvor kommen wir aber zum Abänderungsantrag vom Gemeinderätin Unger. Wer ist für diesen Abänderungsantrag? Gegenprobe. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt (Gegen ÖVP, NEOS).

Wir kommen zum Antrag von den Gemeinderat Zirngast. Wer ist dafür? Gegenprobe. Der Antrag ist angenommen. Danke vielmals.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (Gegen ÖVP, FPÖ, KFG, Lohr, NEOS).

8.3 Verkehrssicherheit hinkt der Zunahme des Radverkehrs hinterher

(GR Huber, ÖVP)

Gemeinderat **Huber**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, wie bereits erwähnt von der Frau Bürgermeisterin, mein Dringlicher Antrag betrifft die höhere Sicherheit zwischen Fußgängern und Radfahrern.

Die Kleine Zeitung hat das Thema vor einiger Zeit dankenswerterweise aufgenommen. Denn in Graz wurden 2023 rund 6 Millionen Radfahrer gemessen an fünf Zählstellen. Das ist ein Anstieg von 170.000 Fahrten gegenüber dem Jahr 2022. Mit dem erhöhten Verkehrsaufkommen steigt auch die Unfallgefahr und die Zahl der Zwischenfälle. Im Jahr 2000 waren es noch 384 Unfälle mit Personenschaden, sind es letztes Jahr bereits

1.146 gewesen. Dabei sind aber nicht nur die Radfahrer und Fußgänger involviert, sondern auch E-Bikes und E-Tretroller sind immer stärker involviert, laut der Statistik Austria gab es in Österreich im Jahr 2022 insgesamt 10.745 Unfälle mit Fahrrädern, E-Bikes und E-Tretrollern.

Die wünschenswerte Trennung zwischen Geh- und Radwegen findet leider noch nicht überall statt und immer wieder passiert es, dass die Radfahrer:innen auf dem Gehweg ausweichen und Fußgänger:innen in Gefahr bringen. Besonders betroffen sind Bereiche, an denen sich Geh- und Radwege kreuzen, die vor allem für Kinder und ältere Menschen zur Gefahr werden. Das sind Kreuzungspunkte wie zum Beispiel die Wickenburggasse und der Erich-Edegger-Steg betroffen, wo uns besonders viele Anliegen aus der Bevölkerung an uns herangetreten werden. An diesen Punkten fühlen sich die Fußgänger:innen besonders unsicher in Bezug auf Radfahrer:innen und besonders besorgniserregend ist dabei auch die Neugestaltung der Ampel-Moserhofgasse Ecke Petersgasse, die den Fußgängerweg zu und über die Kreuzung mit dem neu errichteten Radfahrweg kreuzen lässt und für viele Schülerinnen und Schüler und Kindergartenkinder vor Ort eine neue Situation, mit der sie auch noch ohne Schullotsen vor Ort umgehen müssen.

Aber auch für die ältere Bevölkerungsgruppe ist es immer ein größeres Problem, da wird sich auch mein Kollege Georg Topf als unser Senioren-Sprecher noch melden, da kommt es vor allem auch in Bezug auf die Essenzusteller:innen immer wieder zu gefährlichen Situationen, die ja unter einem hohen Zeitdruck arbeiten müssen und da jetzt wieder die wärmere Jahreszeit beginnt und die Gastgartensaison, da treten natürlich die Schmidgasse und auch der Franziskanerplatz wieder in Erscheinung, wo es zu gefährlichen Situationen zwischen Radfahrer:innen und Fußgängern kommt.

Im November war das Thema schon einmal medial aktiv und da hat die Frau Vizebürgermeisterin angekündigt, sich der Problematik anzunehmen und ein Sicherheitskonzept erstellen zu wollen, da die Zahl der Unfälle jedoch leider weiter steigt und sich immer mehr Menschen im täglichen Verkehr nicht mehr sicher fühlen,

stelle ich folgenden Dringlichen Antrag: Die zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, ein Konzept für mehr Sicherheit auf den Fuß- und Radwegen zu erstellen und dieses Konzept in der Gemeinderatssitzung im April zu präsentieren. In diesem Konzept sollen vor allem, wie im Motivenbericht beschrieben, Kreuzungsbereiche berücksichtigt werden. Weiters wird die zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner aufgefordert, in Verbindung mit den Behörden regelmäßige Schwerpunktkontrollen in der Schmidgasse und am Franziskanerplatz zu veranlassen. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Laut der jüngsten Statistik des Verkehrsclub Österreich - in Verbindung mit der Abteilung für Verkehrsplanung der Stadt Graz – wurden im Jahr 2023 rund sechs Millionen Fahrten mit dem Fahrrad in Graz gemessen. Ein Anstieg von 170.000 Fahrten gegenüber 2022. Ausschlaggebend für diese Messung waren die fünf Zählstellen Augarten, Keplerbrücke, Bertha-von-Suttner-Brücke, Stadtpark und in der Körösistraße.

Mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen, steigt auch die Unfallgefahr und die Zahl der Zwischenfälle. Waren es im Jahr 2000, 384 Unfälle mit Personenschaden, sind es letztes Jahr bereits 1146 gewesen. Drei Unfälle hatten sogar einen tödlichen Ausgang zur Folge.

Aber nicht nur Radfahrer:innen sind von den gestiegenen Unfallzahlen betroffen, auch Lenker:innen von E-Bikes und E-Tretroller sind immer stärker involviert: Laut Statistik Austria, gab es in Österreich im Jahr 2022 insgesamt 10.745 Unfälle mit Fahrrädern, E-Bikes und E-Tretrollern. Durch den enormen Anstieg von zweirädrigen Verkehrsmitteln, kommt es vermehrt zu gefährlichen Situationen zwischen Fußgänger:innen und Radfahrer:innen, die für beide Verkehrsteilnehmer:innen oft gesundheitliche Folgeschäden mit

sich bringen. Grund dafür sind die leider oft sehr unterschiedlichen Fahrgeschwindigkeiten von Radfahrer:innen und die großen Geschwindigkeitsdifferenzen zwischen Fuß- und Radverkehr, die ein erhebliches Konfliktpotenzial zwischen den beiden Verkehrsteilnehmer:innen hervorruft. Die Schmiedgasse ist eines jener Negativbeispiele, bei der man von Seiten der Verantwortlichen bisher keinen Handlungsbedarf erkennen wollte.

Die wünschenswerte Trennung von Geh- und Radwege findet nicht überall statt und immer wieder passiert es, dass Radfahrer:innen auf den Gehweg ausweichen und Fußgänger:innen in Gefahr bringen. Besonders betroffen sind Bereiche, an denen sich Geh- und Radwege kreuzen, die vor allem für Kinder und ältere Menschen eine große Gefahr darstellen. Besonders häufig erreichen uns Anliegen aus der Bevölkerung, die die Kreuzungspunkte in der Wickenburggasse und den Erich-Edegger-Steg betreffen. An diesen Punkten, fühlen sich Fußgänger:innen besonders unsicher in Bezug auf Radfahrer:innen. Besonders ärgerlich und besorgniserregend ist dabei die Neugestaltung der Ampel Moserhofgasse Ecke Petersgasse, die den Fußgängerweg zu und über die Kreuzung mit dem neu errichteten Radfahrweg kreuzen lässt. Für die vielen Schüler:innen und Kindergartenkinder vor Ort eine neue Situation, mit der sie nun auch noch ohne Schullotsen vor Ort umgehen müssen.

Aber auch immer mehr ältere Menschen klagen über rücksichtsloses Verkehrsverhalten mancher Radfahrer:innen. Hier kommt es vor allem mit den Essenzusteller:innen zu gefährlichen Situationen, die oft unter einem enormen Zeitdruck arbeiten müssen.

Aber auch in der Innenstadt gibt es vermehrt gefährliche Situationen zwischen Radfahrer:innen und Fußgänger:innen. Neben den bereits angesprochenen Sicherheitsproblemen in der Schmiedgasse, gibt auch der Franziskanerplatz Anlass zu steter Besorgnis in diesem Zusammenhang. Gerade in den Sommermonaten, wenn die Gastgartensaison eröffnet ist, kommt es zu gefährlichen Situationen zwischen den beiden Gruppen.

Im November haben Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, medial angekündigt, sich dieser Problematik annehmen und ein Sicherheitskonzept erstellen zu wollen.

Da die Zahl der Unfälle, an denen Radfahrer:innen, E-Biker:innen sowie Rollerfahrer:innen beteiligt sind, jedoch leider weiter steigt und sich immer mehr Menschen im täglichen Verkehr nicht mehr sicher fühlen, stelle ich folgenden

Dringlichen Antrag

Die zuständige Verkehrsstadträtin Mag. Judith Schwentner wird aufgefordert, ein Konzept für mehr Sicherheit auf den Fuß- und Radwegen zu erstellen und dieses Konzept in der Gemeinderatssitzung im April zu präsentieren. In diesem Konzept sollen vor allem, wie im Motivenbericht beschrieben, Kreuzungsbereiche berücksichtigt werden.

Weiters wird die zuständige Verkehrsstadträtin Mag. Judith Schwentner aufgefordert, mit den zuständigen Behörden in der Absicht in Verbindung zu treten, dass regelmäßige Schwerpunktkontrollen in der Schmiedgasse und am Franziskanerplatz durchgeführt werden.

Gemeinderat Kozina-Voit:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung, liebe Zuseherinnen und Zuseher.

Danke einmal zunächst, dass du, Markus, das Thema aufgegriffen hast.

Verkehrssicherheit ist ein ganz wichtiges Thema. Ganz grundsätzlich sehen wir hier eine positive Entwicklung, Gott sei Dank, in den letzten Jahrzehnten. Also die Anzahl

der Verkehrstoten ist zurückgegangen und auch der Verletzten. Was du auch sehr schön aufzeigst, ist aber, dass natürlich gerade Fußgänger:innen, Radfahrer:innen sehr gefährdet sind und dann kriegt das ein bisschen eine Schlagseite und dann sind die Radfahrer:innen aber plötzlich das Problem.

Und ich habe jetzt noch einmal in die Statistik hineingeschaut. Es gibt da eine schöne Website, wo man sich die Unfallpunkte in Graz anschauen kann, und selbst im Bezirk Innere Stadt, wenn man sich das anschaut, sind bei den meisten Fußgängerunfällen der Unfallgegner aber der Pkw, also selbst da, wo kaum Pkws unterwegs sind. Dann kommt der ÖV, auch natürlich sehr viel in der Innenstadt, und erst dann kommt das Fahrrad.

Das heißt, so wie du die Geschichte erzählst, stimmt die nicht. Es ist ein bisschen eine Stimmungsmache gegen Radfahrer:innen und das haben wir schon öfter gehabt in der Konstellation. Es ist immer wieder auch die Stimmungsmache gegen die Innenstadt als Ganzes. Es ist so schlimm, man wird dort vor Radfahrer:innen umgefahren und dann gibt es noch alle möglichen anderen Erzählungen. Ich habe heute erst wieder mit einem Unternehmer in der Innenstadt geredet, also die haben das echt gesagt, dass das die ganze Zeit schlecht geredet wird. Ich weiß da auch nicht, was ihr davon habt, wenn ihr das macht. Ich weiß auch nicht, was ihr vorher von dem Tagesordnungspunkt gehabt habt. Ich habe jetzt noch einmal versucht zu reflektieren, wie man da jetzt eine ernsthafte Debatte über dutzende Punkte führen kann in einer Gemeinderatssitzung. Ich hätte eine Stunde dazu reden können, aber das geht dann halt nicht im Ausschuss. Gibt es vielleicht die Möglichkeit, wenn man einzelne Punkte hat, die dort auch ganz gezielt einzubringen. Der Manuel Lenartitsch als Vorsitzender nimmt die vielleicht gerne auch auf.

Aber zurück zu diesem Punkt, diesen einen können wir natürlich diskutieren.

Deswegen sind wir jetzt da. Wir freuen uns ja grundsätzlich, dass unsere Verkehrspolitik wirkt, dass die Menschen mehr aufs Rad umsteigen. Also Radfahren ist da nicht das Problem, sondern ist die Lösung. Wir haben heute schon gehört, ÖV ist

natürlich begrenzt, weil relativ teuer und es dauert. Gehen ist begrenzt, weil man halt in einer gewissen Zeit nicht so weit kommt und Radfahren hat in einer Stadt wie Graz eben enormes Potential. Wir sind eben, relativ eben, wir sind nicht zu groß und wir können die Mobilitäts- und Klimaziele nur dann erreichen, wenn eben noch viele mehr Menschen auf das Fahrrad oder ähnliche Gefährte auch umsteigen.

Wir haben einige Radwege, aber auch richtig schon gesagt, das ist oft gemischt, sie sind leider oft zu eng. Wir haben ein Problem mit verschiedenen Geschwindigkeiten, wir haben ein Problem mit den höheren Breiten von Lastenrädern etc., deswegen wird ausgebaut, wie am Kaiser-Franz-Josef-Kai ein breiterer Radweg. Deswegen gibt es Fahrradstraßen wie in der Marburger Straße. Natürlich führt mehr Radverkehr auch zu mehr Unfällen. Wenn wir dreimal so viel Radverkehr haben, haben wir dreimal so viele Unfälle. Das ist traurig, aber jetzt nicht sonderlich verwunderlich.

Was wird dagegen gemacht? Es wird genau geschaut, wo es Unfallhäufungen gibt. Die angesprochene Kreuzung Moserhofgasse ist ein solcher Unfallhäufungspunkt. Dort gab es zwölf Unfälle mit Personenschäden. Deswegen ist dort die Ampel errichtet worden. Das ist jetzt sicher. Der Edegger-Steg ist angesprochen worden, deswegen gibt es jetzt auf beiden Seiten eine Verbreiterung des Radweges. Also, da passiert ja genau das, dass diese Unfälle versucht werden zu vermeiden.

Insgesamt ist die beste Möglichkeit, die Fuß- und Radinfrastruktur mit den bereits genannten Maßnahmen auszubauen. In einer gebauten Stadt heißt es aber natürlich dann auch, die Verkehrsflächen umzuverteilen, Parkplätze und Kfz-Fahrstreifen zu reduzieren, die Rad- und Fußinfrastruktur auszubauen. Am Ende hat man dann ein flächendeckendes Netz an schnellen, sicheren Radwegen.

Deswegen, abschließend, Konzepte für mehr Sicherheit auf den Fuß- und Radwegen haben wir. Das ist der Masterplan Radoffensive, das ist der Masterplan Gehen, das ist der Mobilitätsplan 2040. Wir haben eine Lösung für Schmidgasse und Franziskanerplatz, nämlich den Radweg über Joanneumring und Neutorgasse, der gerade errichtet wird. Wir werden dem Antrag daher nicht zustimmen, aber freuen

uns natürlich, wenn euch das Thema Verkehrssicherheit wichtig ist. Bitte immer dann mitzustimmen, wenn es darum geht die Fuß- und Radinfrastruktur in Graz auszubauen. Danke schön.

Klubobmann **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, lieber Antragsteller.

Wir können dir bei vielem, was du sagst und was du schreibst, natürlich voll und ganz zustimmen. Generell, also die Begründung ist hier sehr, sehr richtig. Für uns ist dann leider im Beschlusstext, sage ich, zu wenig da. Also wir sehen das Problem noch ein bisschen größer. Wir würden uns da mehr wünschen, als dass die Frau Verkehrsstadträtin wieder Papier produziert, weil unsere Befürchtung ist eben das, dass in diesen Papieren, die sie produziert, wenn wir das beschließen, dann die Ideen vom Herrn Kollegen Voit, Kozina-Voit, da drinnen auftauchen. Nämlich die Umverteilung der Verkehrsflächen. Das klingt radikal und beängstigend, das wollen wir nicht. Für uns geht es natürlich darum, dass man die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer gewährleistet und nicht alles muss in einem Unfall enden. Nicht alles endet ja auch in einem Unfall. Viele gefährliche Situationen können zum Glück oft noch vorher abgefangen werden. Nur gibt es keine Sanktionsmöglichkeit. Wenn man jetzt im Auto sitzt und dann schneidet einem der Radfahrer besonders wild, zeigt noch den Finger rein, gibt es null, null Sanktionsmöglichkeit, dass man diesem Radfahrer dann einmal eine Anzeige hinterherschickt, weil was ich auch mache und ich komme schon dazu, wenn mich ein Autofahrer am Zebrastreifen schneidet, dann rufe ich die Polizei an, gib das Kennzeichen durch und dann kriegt er eine Strafe. Das mache ich regelmäßig, weil daran hat man sich zu halten, aber das geht bei den Radfahrern nicht. Insofern, sie werden es schon erahnen, die Verkehrstaferl für die Radfahrer hätte ich gerne, hätte auch gerne eine Versicherungspflicht. Das ist keine Strafe, das ist nur

etwas sehr Vernünftiges. Wenn Sie am Rad einmal einen Unfall verursachen, damit Sie dann auch einen Versicherungsschutz genießen. Ich weiß nicht, warum man hier immer glaubt, dass das irgendetwas ist, was die Radfahrer bestrafen soll. Im Gegenteil, das ist ein Schutz. Ich empfehle jedem, ich bin jetzt nicht von einer Versicherung, habe nie für eine Versicherung gearbeitet, aber eine Haftpflichtversicherung zu haben und vor allem, wenn man am Rad unterwegs ist, das ist nur grundvernünftig. Es würde diese beide Dinge brauchen, das steht im Antrag nicht drin. Wir werden hier sehr, sehr bald auch dazu etwas präsentieren und etwas unternehmen. Grundsätzlich Dringlichkeit, ja. Maßnahmen gehen uns zu weit, aber ich glaube, wir werden eh leider nicht darüber abstimmen über das Inhaltliche, weil halt einfach bei der Linken Koalition die Augen vor den Problemen verschließt, und das ist das eigentliche Problem.

Gemeinderat **Huber**:

Vielen Dank, ich glaube, dass es da ein weiteres Papier gibt, lieber Alexis. Ich glaube, in diese Verlegenheit werden wir nicht kommen, weil die selbsternannte Fahrradpartei dieses Thema nicht für Dringlich erachtet. Leider Gottes. Wir bauen zwar immer mehr Radinfrastruktur, die Radfahrersicherheit, die ja selbst auch für die Fahrradfahrer selbst ja wichtig wäre, weil es verletzt ja nicht nur der Fußgänger, sondern auch der Fahrradfahrer selbst. Also da könnte man schon ein bisschen was investieren. Es ist auch mein Antrag dieses Mal wirklich nicht als Bashing gegen irgendjemanden gedacht, weder gegen die Innenstadt, also ich weiß nicht, wann wir die Innenstadt gebasht hätten, aber alles ok, noch gegen die Fahrradfahrer, sondern das ist wirklich ein dringendes Problem, da uns wirklich viele Anliegen aus der Bevölkerung erreichen, die sagen, wir fühlen uns einfach schlicht und ergreifend nicht mehr sicher durch den Fahrradverkehr, der ja gemischt ist. Ich will jetzt gar nichts gegen die Fahrradfahrer sagen, sondern es geht darum, den Mischverkehr zwischen Fahrradfahrer und

Fußgänger. Das ist mein Anliegen, das ist kein Bashing, sondern das ist ein Sicherheitsfaktor für beide, und ich bitte wirklich dringend an die Koalition, dieses Thema noch einmal aufzunehmen und zu überlegen, ob sie nicht doch mitstimmen wollen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für die Dringlichkeit dieses Antrages? Zur Sicherheit noch trotzdem die Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist somit abgelehnt.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (Gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ, Lohr).

8.4 Straßenmusikverordnung – Adaption

(GR Potzinger, ÖVP)

Gemeinderätin **Potzinger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, die uns zuhören.

Alle Jahre wieder, wenn der Frühling kommt, der ja schon in der Luft liegt, beschäftigt uns auch das Thema Straßenmusik, das viele Menschen erfreut, aber auch viele Mitbürger:innen verärgert. Wir haben eine Straßenmusikverordnung aus dem Jahr 2012, die prinzipiell vernünftig ist, nur die Einhaltung wird leider zu wenig überprüft. Ich weiß, liebe Frau Bürgermeisterin, dass das sehr wohl in Bearbeitung ist, dass man die Straßenmusikverordnung auch noch adaptiert, aber es geht vor allem auch um die Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen.

Da liegt es nicht an uns, da jetzt im Detail Vorschläge zu machen. Ich denke nur, wenn ich einen Arzttermin buche oder mir im Bus einen Sitzplatz aussuche, gibt es im Internet einen Rasterplan, und da kann ich mich eintragen. Also sowas könnte man überlegen, dass es da auch einen Plan gibt, die fixen Standorte für die Straßenmusik, die dort verzeichnet sind, wo man sich eben im Halbstundentakt eintragen kann. Und da ist einzuhalten, dass maximal eine halbe Stunde vorgeführt wird und dann eine halbe Stunde Pause ist. Wie schaut es jetzt aus? Anrainer:innen der Herrengasse zum Beispiel erzählen mir, dass da eine Straßenmusikgruppe mit mäßigen, qualitativen Ansprüchen eine Stunde lang schon spielt. Dann rufen sie die Ordnungswache an und die sagen dann: „Ja, von jetzt an kann er eine halbe Stunde spielen, weil ich kann erst jetzt überprüfen, dass er spielt“. Das heißt de facto spielt er dann eineinhalb Stunden. Das kann es nicht sein, das heißt, da muss man neue Möglichkeiten suchen. Das Gleiche ist bei den Trommeln. Trommeln ist laut Straßenverkehrsverordnung verboten, aber im Sinne der künstlerischen Freiheit kommt es dann doch immer wieder vor. Vor allem, was die Lärmbelästigung betrifft: In den engen Gassen ist der Schall oft so stark, dass die Lautstärke doch höher ist, als es zuträglich ist. Dazu kommt dann auch noch die räumliche Beeinträchtigung der Fußgänger. Vor allem, wenn da Leute mit Rollstuhl oder Kinderwagen unterwegs sind, wenn sich eine Straßenmusikgruppe zu weit ausweitet, kann das wirklich den Fußgängerverkehr massiv beeinträchtigen. Ich möchte jetzt wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht den ganzen Antrag vorlesen, ihr kennt ihn ja, also den ganzen Motivenbericht, aber wir wollen, liebe Frau Bürgermeisterin, dich bitten, als zuständiges Stadtsenatsmitglied bei der Überarbeitung der Straßenverkehrsordnung folgendes einzubeziehen: Eben die Festlegung und optische Gestaltung von fixen Standplätzen. Eben von mir dieser Vorschlag mit der Matrix, mit einem Standortplan, wo man sich dann eintragen muss, und Ausstellung einer Berechtigungskarte, die dann auch von den Kontrollorganen überprüft werden kann. Und ganz wichtig auch, dass man die

musikalische Qualität überprüft, dass die sehr wohl auch einmal vorspielen müssen, wo auch Vertreter:innen zum Beispiel des ersten Bezirks oder der Musikuniversität, Musikjournalisten, wer immer Anrainer ist, wer immer da dann bereit ist, da auch hineinzuhören. Aber dass es eben ein Mindestmaß an Qualität gibt, wie gesagt, es gibt großartige Straßenmusikgruppen im Sommer, wenn ich denke, da sind auch Studierende von AIMS unterwegs. Das sind Glanzleistungen, die da erbracht werden, aber es gibt leider auch das Gegenteil, wo Instrumente malträtiert werden. Lieber Philipp Pointner, du weißt, was ich meine.

Und die Geschichte mit den Trommeln und den Schlaginstrumenten habe ich schon angesprochen. Die Verwendung von Dämpfer bei besonders lauten Musikinstrumenten, Trompeten, Saxofon zum Beispiel. Da gibt es einen Dämpfer, den man rein gibt, damit es nicht allzu laut ist. Und vor allem die stärkere Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung und auch eine Ahndung bei Übertretungen, so wie es sonst auch ist. Wenn ich fünf Minuten zu lange in der Kurzparkzone stehe oder drei km/h zu schnell vor im Dreißiger, dann darf ich auch zahlen, sehe das ein, ich habe ein Fehlverhalten, aber das Gleiche muss auch für die Straßenmusik und Musikanten gelten.

Und dann wäre eben noch ein Vorschlag, eine Website einzurichten, wo sich diese Straßenmusikkünstler auch präsentieren können. Dadurch könnte man international hochqualitative Straßenmusik auch zu uns einladen und man hätte auch die Möglichkeit, Kontakt aufzunehmen mit den Musikanten. Zum Beispiel, wenn man gerade ein Geburtstagsfest plant, und sich denkt: "Schau, die da heute um halb zwölf in der Herrengasse gespielt haben, die sind ja großartig, die könnten wir engagieren." Da hätten man dann auch die Kontaktdaten. Also auch das zu überlegen. Und wie gesagt, im Detail liegen unsere Vorschläge vor. Ich hoffe sehr, dass in unserer wunderschönen Kulturstadt Graz im Sommer Straßenmusik wirklich ein Genuss ist, wir uns daran erfreuen können und durch die Adaptierung dieser

Straßenmusikverordnung dafür gesorgt wird. Deshalb bitte ich um Annahme dieses Dringlichen Antrags.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Durch die Straßenmusikverordnung vom 5. Juli 2012 und den folgenden Fassungen hat sich die Situation der Straßenmusik in vielen Teilen verbessert. Spiel- und Ruhezeiten sind klar kommuniziert, intensiv genutzte Gassen in der Inneren Stadt sind genehmigungspflichtig, eine freie Platzwahl ist eingeschränkt und die Verwendung von Verstärkeranlagen ist untersagt.

In der Theorie mag diese Verordnung ausreichend sein. Wer in der Inneren Stadt arbeitet und/oder wohnt, weiß aber, dass die Praxis anders aussieht. Spielzeiten werden nicht eingehalten, die Lautstärke ist auch ohne Verstärkeranlagen durch die Schallreflexion der engen Gassen teilweise zu hoch und das Repertoire ist über Jahre(!) hinweg das gleiche. Gehsteige werden teilweise blockiert und Fußgänger:innen (insbesondere mit Kinderwagen) oder Rollstuhlfahrer:innen auf die Straße gezwungen.

Die Problematik liegt wie immer im Detail: Gem. § 3 (2) der Straßenmusikverordnung haben Straßenmusiker:innen ihren Spielort spätestens nach 30 Minuten zu wechseln, wobei der neue Spielort vom alten zumindest 100 Meter entfernt sein muss. Nach einem Ortswechsel darf der bisherige Spielort während einer Ruhezeit von 30 Minuten auch von keinem/keiner anderen Straßenmusiker/in bespielt werden. Endet zum Beispiel eine Bespielung um 11.30 Uhr, wird ein neuer Künstler, der um 11.35 Uhr eintrifft, selten wissen, ob der Platz zuvor bespielt wurde. Anhand dieses in der Praxis häufig anzutreffenden Falles zeigt sich, dass es vielen Musikern gar nicht möglich ist, sich an die 30-minütige Platzpause zu halten.

Eine ähnliche Problematik stellt § 4 der Verordnung dar, wonach die Verwendung von [...] Trommeln nur zur unbedingt notwendigen inhaltlichen Unterstützung der Straßenmusik erfolgen darf. Die Straßenmusiker:innen können sich immer auf ihre künstlerische Freiheit berufen und die Verwendung von Schlaginstrumenten als notwendig definieren. Eine Entscheidung darüber können und dürfen die zuständigen Kontrollorgane nicht treffen. Somit ist dieser Passus totes Recht!

Ein wesentlicher Teil, um die Straßenmusik als wertvoll für die Allgemeinheit zu garantieren, fehlt gänzlich: Musikalische Qualität und Abwechslung sind in der Verordnung als Kriterien nicht zu finden.

Die Verordnung ist somit zwar eine gute Basis, aber keinesfalls ein Instrument zur Erhaltung und Förderung von qualitativ hochwertigen Darbietungen und rechtsklaren Regeln, die die Interessen aller Betroffenen schützen. Um der Straßenmusik und ihren Protagonisten den Stellenwert zu geben, den sie verdienen, bedarf es einiger Adaptionen, die in Summe die Qualität und die Regelsicherheit steigern und ein kooperatives Miteinander garantieren.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Dringlichen Antrag:

Bürgermeisterin Elke Kahr wird als für die Straßenmusik-VO zuständiges Stadtsenatsmitglied ersucht, die Überarbeitung der vorliegenden Verordnung unter Beiziehung von Vertretern der Anrainer:innen und Wirtschaftstreibenden der Inneren Stadt, der Straßenmusikschaffenden sowie der Stadt und des Bezirksrates des I. Bezirks zu prüfen und dabei folgende Punkte zu berücksichtigen:

- *Festlegung und optische Gestaltung von fixen Standplätzen;*
- *Definition und Markierung von fixen, unterschiedlichen Beginnzeiten für jeden einzelnen Standplatz, z.B. zur vollen, Viertel-, halben und Dreiviertelstunde;*
- *Vor Ausstellung einer Berechtigungskarte Überprüfung der Qualität der dargebotenen Musik und des Repertoires im Zuge eines öffentlichen Vorspielens durch eine Jury, bestehend aus musikfachkundigen Personen, z.B. Vertretern der musikalischen Studienrichtungen der KUG, Musikjournalisten etc., sowie Anrainer:innen und Berufstätigen des I. Bezirks;*
- *Verbot von Trommeln und anderen Schlaginstrumenten, ausgenommen bei Banddarbietungen*
- *Verwendung von Dämpfern bei als besonders laut empfundenen Musikinstrumenten, wie z.B. Trompete, Saxofon;*
- *Stärkere Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen der Straßenmusik-VO bzw. konsequente Ahndung bei Übertretungen, z.B. bei Verwendung von Verstärkern;*
- *Einrichtung einer Website mit dem Ziel der Präsentation der ansässigen Straßenmusikkünstler:innen (Interviews, Videos, Musik etc.), aber auch zur Schaffung einer Community international hochwertiger Straßenmusik.*

Klubobmann **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, liebe Frau Kollegin, mit einem Wort, ja, natürlich ist das dringlich, wir sind da gerne mit dabei. Aber ich glaube, zuerst müssen wir etwas klären, weil ich habe nämlich in der Zeitung gelesen, ein Statement vom Alfred Strutzenberger, der einigen hier ja bekannt sein dürfte, und er sagt etwas sehr Spannendes, dass man bereits an einer Novelle der Verordnung bastelt. Ich darf das vorlesen. „Man muss ja schauen, wie man eine Idee legislativ umsetzen kann“, so Strutzenberger. Die Zeitung von heute oder gestern, ich weiß es nicht genau. Jetzt ist diese Straßenverkehrsordnung laut Zeitungsmeldung nicht fertig. Und siehe da, ich hoffe, es ist die gleiche Person, der Bezirksvorsteher der gleichen Stadt heißt auch Alfred Strutzenberger. Unsere Recherchen haben ergeben, dass es sich um die gleiche Person handelt und diese Person hält regelmäßig Bezirksratssitzungen ab.

In einem Protokoll vom 11.12.2023, das war jetzt nicht gestern, aber doch vor ein paar Monaten, steht darin vermerkt: Änderung Straßenmusikverordnung wäre fertig, Änderung Straßenmusikverordnung wäre fertig, Grüne dagegen, weitere Gespräche. Also frage ich mich, was jetzt stimmt. Das, was in der Zeitung steht, nämlich dass die Straßenmusikverordnung, dass man da gerade bastelt, oder wäre sie fertig und es wird von euch blockiert? Wir sind nicht in der Fragestunde, aber ich würde das gerne da liegen lassen. Kann jeder reinschauen, das ist das offizielle Protokoll. So, wie der Kollege Huber von der ÖVP heute gesagt hat, werden Informationen in dieser Stadt verteilt. Der Zeitung sagt man was anderes als den Bezirksräten. Was stimmt jetzt? Ist das die gleiche Person, klären Sie mich auf. Das ist schon fast eine Folge, das hat es früher gegeben auf ATV, nachmittags, diese Sendung. Ist das die Realität oder ist das nicht Realität? Klären Sie mich auf, ist das die gleiche Person?

Klubobmann **Dreisiebner:**

Nachdem ich ja grundsätzlich ein hilfsbereiter Mensch bin, lieber Alexis, das Bezirksratsprotokoll, aus dem du wahrscheinlich jetzt zitiert hast, betrifft den Bezirksvorsteher, die Bezirksratsfraktionen, dann frag bitte die Kolleg:innen der Grünen im Bezirksrat Innere Stadt, wie sie sich zu dem, was da an Vorschlägen da liegt, verhalten. Wir in der Koalition reden über das Thema schon einige Zeit, aber wir wissen jetzt nicht genau, wo die Bedenken aktuell oder damals der Grünen Bezirksrät:innen gestanden haben. Von damals könnte sein, aber wenn es jetzt aktuell etwas Neues gibt, kann ich es nicht sagen, aber wie gesagt, das kann schon sein, dass in irgendeinem Gremium irgendwer eine Meinung hat, ist manchmal sogar erwünscht.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Klubobmann **Pascuttini:**

Also scheinbar ist mit „Grüne dagegen“ der Herr Kollege Hackenberger gemeint, aber ich glaube, das war eher ein Versehen. Na, lieber Karl, du hast das jetzt ein bisschen versucht so umzudeuten, aber ich lese das so und andere Interpretationen sind zulässig. Es wird ja nicht der Bezirksrat Innere Stadt die Straßenmusikverkehrsordnung ausarbeiten, oder? Und deswegen informiert der Bezirksvorsteher der Inneren Stadt, Alfred Strutzenberger, seinen Bezirksrat darüber, Änderung Straßenmusikverordnung wäre fertig. Also das, was in der Ebene darüber passiert. Die Grünen in der Ebene darüber sind dagegen, es wird weitere Gespräche geben. So habe ich das verstanden, nicht, dass die Grünen im Bezirksrat dort dagegen wären. Also ich glaube eher, dass es so ist und es ist natürlich eine Peinlichkeit, wenn man in der einen Sache das sagt und in der anderen Sache das.

Kurzum, es geht darum, dass wir dieses Werk ändern müssen, nicht nur die Musiker mit einbeziehen, sondern eben auch diese Darsteller oder diesen Clown, der dann immer wieder in der Herrengasse mit diesem Quietsche-Lärm die Menschen terrorisiert, aber dazu wird mein Kollege später mehr etwas sagen, aber bitte das dem Kollegen Strutzenberger übermitteln, vielleicht kann er es ja bei der Kleinen Zeitung berichtigen.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (17.21 Uhr)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nachdem mein großartiger und netter und toller Kollege Mag. Strutzenberger, der seit 1998 bei uns im Stadtratsbüro und jetzt auch bei mir unser Büroleiter ist und auch der Bezirksvorsteher ist, würde ich einfach anraten, Herr Klubobmann, genauso wie Sie es vorher gesagt haben, reden Sie mit ihm, er ist vielleicht sogar noch da, dann werden Sie genau den O-Ton und genauso wie es gemeint ist bekommen.

Aber ich finde, wir haben ja doch viele Zuhörer:innen vielleicht noch da, die Sie dann überhaupt nicht mehr auskennen und eigentlich die gute und richtige Intention des Antrages dann komplett nichtig macht, weil was ist wichtig? Ich glaube, da sind wir uns alle einig, ich kann das zumindest für meine Fraktion 1000 %-ig sagen, dass genau das, was Sissi Potzinger angesprochen hat im Motivenbericht: Wir alle lieben Straßenmusik durchaus, aber nicht jede ist für diejenigen, die dort wohnen oder die dort arbeiten müssen, wenn das in der Weise so passiert, wie es ist, einfach nicht erträglich.

Das Musikgeschmack unterschiedlich ist, ist auch noch einmal, also, ich höre es ja selbst unmittelbar und ich liebe diese wunderschönen, klassischen Musikstücke. Da sind welche, die sind wunderbar, aber ich muss sogar sagen, wenn ich es hintereinander dann zehnmal höre, dann ist zehnmal oft zu viel und so geht es aber

vielen anderen ähnlich. Deshalb ist es vollkommen richtig, hier eine Änderung vorzunehmen. Gespräche dazu gibt es, wie gesagt, schon lange. Was aber auch richtig ist, und das muss man wirklich im Beisein, auch der Kolleg:innen der Präsidiale und mit dem Doktor Wonisch ist hier schon sehr viel gesprochen worden. Nicht jeder Vorschlag, der für einen selbst jetzt vernünftig erscheint, lässt sich dann auch umsetzen. Genau deshalb würde ich alle Vorschläge, die hier jetzt gekommen sind, so sehen und betrachten, weil ja der Auftrag auch an mich geht, dass keiner davon verloren gehen soll und natürlich auch besprochen werden soll. Die Rückmeldung, wenn dann ein Entwurf da ist, mit allen Fraktionen dann auch besprochen werden soll, so dass er auch gut nachvollziehbar ist, warum der eine Punkt geht und der andere aber halt nicht gut geht. Das möchte ich nur empfehlen, weil es ist sehr, sehr viel über das schon gesprochen worden und es scheint oft auf den ersten Blick einfacher als es dann wirklich ist.

Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (17.24 Uhr)

Gemeinderätin **Herlicska:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Elke, liebe Sissi.

Eigentlich hast du mir, lieber Elke, jetzt genau das vorweggenommen, was ich mir vorbereitet gehabt habe für unseren Abänderungsantrag. Ich möchte da jetzt gleich mich anschließen, nämlich darf ich im Namen des Gemeinderatsklubs der KPÖ Graz folgenden Abänderungsantrag stellen: Der Gemeinderat wolle beschließen, Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, das Präsidialamt zu beauftragen, die im gegenständlichen Antrag genannten Vorschläge, sofern das nicht ohnehin schon der Fall ist, in ihre Überlegungen zur Überarbeitung der Straßenmusikverordnung mit aufzunehmen.

Ich verstehe leider kein Gemurmel aus der letzten Reihe.

Gleiches gilt auch für den vorliegenden, schon bekannten Zusatzantrag, der wahrscheinlich noch eingebracht wird. Auch diese Punkte und dieser Antrag werden nicht abgelehnt, sondern sollen natürlich auch dahingehend mit aufgenommen werden, danke schön.

Originaltext des Abänderungsantrages:

*Abänderungsantrag zum Dringlichen Antrag der ÖVP
„Straßenmusikverordnung – Adaption“*

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ Graz stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, das Präsidialamt zu beauftragen, die im gegenständlichen Antrag genannten Vorschläge – sofern das nicht ohnehin schon der Fall ist – in ihre Überlegungen zur Überarbeitung der Straßenmusikverordnung mit aufzunehmen.

Gemeinderat **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin.

Ja, die Straßenmusikverordnung ist doch ein Schriftstück von doch epischem Ausmaß. Acht Paragraphen, was ich durchaus da gesehen habe, dennoch sehr, sehr wichtig, und es ist immer wieder erstaunlich, wie die Emotionen hochgehen bei diesem Thema. Eigentlich behauptet zumindest jede Fraktion, dass wir das Gleiche wollen, nämlich

einerseits die Musik teilweise ansprechend, teilweise weniger ansprechend, in der Grazer Innenstadt genießen, auf der einen Seite, auf der anderen Seite doch auch irgendwie ein berechtigtes Anliegen der Anrainer durchaus zu wahren, aber auch der Geschäftsbetreiber der Unternehmer durchaus zu wahren und irgendwie geht trotzdem nichts weiter. Also, wo hakt es denn in Wirklichkeit? Der gleiche Antrag, oder inhaltlich sehr in die ähnliche Richtung gehend, ist bereits vor einigen Monaten von unserer Seite gekommen. Da hat man genau das Gleiche gehört: Die Anrainer, die muss man schon schützen, die Musik in der Stadt Graz, die möchte man aber auch ganz gerne genießen. Passieren tut nichts. Kommuniziert wird teilweise, dass sie eben jetzt fertig ist, diese Verordnung oder vielleicht auch nicht fertig ist, diese Verordnung. Niemand weiß es in Wirklichkeit. Fakt ist, dass wir wirklich diese von allen Seiten behaupteten Anliegen für die Unternehmer, für die Anrainer auch irgendwann einmal ernst nehmen sollten. Daher von unserer Seite: Wir unterstützen diesen Antrag, möchten aber noch durchaus mit unserem Zusatzantrag einen Schritt weitergehen oder in dem Sinn drei Schritte weitergehen. Der Antragstext liegt vor Ihnen, nämlich einerseits eine Einschränkung der Spielzeiten wörtlich wie auch zeitlich an Sonn- und Feiertagen. Punkt zwei: Die Vergrößerung der Mindestabstände. Wer die Verordnung gelesen hat, zu den meisten Einrichtungen besteht der Abstand von 5 m, bei gewissen Institutionen, Volksschulen etc. wären es 50 Meter. Hier soll geprüft werden, ob das verändert, vergrößert werden kann. Die dritte Forderung von diesem Zusatzantrag: Die Definitiven sperren, wenn Abmahnungen bzw. Übertretungen von dieser Verordnung durchgeführt werden durch die Musiker.

Ich glaube, es ist ein wichtiger Antrag. Nehmen wir den jetzt endlich einmal ernst, nehmen wir die Bürger ernst, nehmen wir die Unternehmer ernst und folgen wir diesem Antrag gemeinsam. In diesem Sinne hoffe ich auf eine Mehrheit.

Originaltext des Zusatzantrages:

Zusatzantrag zu Dringlichkeitsantrag der Grazer Volkspartei, eingebracht von GR Sissi Potzinger, betreffend „Straßenmusikverordnung – Adaption“

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den

Zusatzantrag

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 1. Einschränkung der Spielzeiten örtlich sowie zeitlich an Sonn -und Feiertagen.*
- 2. Neben der Festlegung und optischer Gestaltung von fixen Standplätzen, soll die Vergrößerung des Mindestabstands nach §3 Abs 1 (a) zu Hauseingängen und -einfahrten, Geschäftseingängen und -einfahrten während der Geschäftszeiten, Passagen sowie gastgewerblich benutzten Straßenflächen an bestimmten Orten geprüft werden.*
- 3. Nach Abmahnung, spätestens jedoch nach einer Geldstrafe ist bei Verstoß gegen die Verordnung eine noch zu definierende Sperre zu verhängen.*

Gemeinderätin Potzinger:

Liebe Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, danke für die Wohlmeinung zum Inhalt unseres Ansinnens. Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass aufgrund von linkskoalitionären Überlegungen ein Dringlicher Antrag der ÖVP nicht so

beschlossen werden darf. Ich freue mich aber, dass euer Zusatzantrag, liebe Miriam, ich bedanke mich herzlich dafür, in Wirklichkeit genau in diese Richtung zielt. Nämlich, dass die in unserem Antrag genannten Vorschläge und auch die ergänzenden Vorschläge von Kollegen Winter sehr wohl auch in eurem Sinne sind und deren Berücksichtigung heute beschlossen werden soll. Also danke, dass wir über diesen Umweg unser Ziel erreichen, dass wir dann doch uns auf einen schönen musikalischen Sommer freuen dürfen. Bitte um Annahme. Vielen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zuerst zum Abänderungsantrag von Frau Gemeinderätin Herlicska. Wer ist dafür? Gegenprobe. Der Abänderungsantrag ist angenommen.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, NEOS) angenommen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zum Zusatzantrag von Herrn Gemeinderat Winter. Wer stimmt diesem zu? Gegenprobe. Bitte? Nein, ein Zusatzantrag kann auch zu einem Abänderungsantrag gestellt werden. Darf ich nur noch einmal bitten: Wer ist für diesen Zusatzantrag? Könnte man eigentlich durchaus zustimmen, weil er wird sowieso aufgenommen. Nachdem der Auftrag an mich ergeht, habe ich vor, auch diese Überlegungen mit aufzunehmen, wenn ich das vorschlagen darf. Wer ist für den Zusatzantrag? Gegenprobe. Ja, macht nichts. Auf jeden Fall ist der Zusatzantrag jetzt im Gemeinderat nicht angenommen, er wird aber von mir gerne aufgenommen, weil es ja Sinn macht, alle Überlegungen mit aufzunehmen.

Der Zusatzantrag wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Lohr) abgelehnt.

8.5 Petition zur Einführung einer gesetzlich verpflichtenden Wahlkampfkosten-Obergrenze bei Gemeinderatswahlen in Graz

(GR Dreisiebner, Grüne)

Klubobmann **Dreisiebner**:

Vielen Dank, Elke Kahr, Frau Bürgermeisterin, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, der Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren, hier im Saal auf der Galerie beziehungsweise zu Hause am Livestream.

Den Bürger:innen scheint es wichtiger zu sein als vielen der Gemeinderät:innen. Ich sage jetzt nicht welche Fraktionen. Es geht darum, dass Politik natürlich und gerade auch bei Wahlauseinandersetzungen entsprechende Informationen und Werbung an die Menschen, an die Bürger:innen bringen können soll. Dass das teilweise aber oft wirklich mit sehr, sehr hohen Summen, die oft draußen auf der Straße, wenn ich es jetzt formulieren darf, beziehungsweise bei den Grazerinnen und Grazern so nicht mehr ganz nachvollzogen werden können und verstanden werden.

Deswegen hat dieses Haus im Juni 2022 eine Petition an den Landtag, an den Landesgesetzgeber verabschiedet, der mehrerlei beinhaltet hat. Unter anderem die Einführung einer Wahlkampfkostenobergrenze, die es auch auf Bundesebene seit mehreren Jahren schon gibt. Wir wissen mittlerweile auch, dass es da schon Überschreitungen gegeben hat, der Rechnungshof dementsprechend damit umgeht. Bei Landtagswahlen gibt es das seit 2019, sprich inklusive der letzten Landtagswahl wird das auch bei der diesjährigen Landtagswahl geben, nachdem es Gesetzesstatus ist. Graz hat das nicht. 2021 haben wir uns im Sommer, fast alle Fraktionen und Parteien, und ich danke allen von KPÖ nach der Größe bis zu NEOS, die das damals unterschrieben haben, oder auch FPÖ, die damals noch etwas größer waren, die das unterschrieben haben und die das versucht haben oder auch tatsächlich eingehalten

haben. Es gab auch den Fall, dass eine Fraktion nicht mitunterschreiben wollte und es gibt vor allem den Fall daraus, dass es nicht sanktioniert werden kann, so wie es auf Bundes- und Landesebene möglich ist.

Wir wollten das eben, wie gesagt, im Juni 2022 beim Land erreichen. Wir haben lange nichts gehört und im Herbst letzten Jahres eine Antwort erhalten, dass nämlich ein Teil dieser Petition die Aufwertung des Status beziehungsweise der Position des Stadtrechnungshofs dem Land nicht gefällt und das angeblich rechtlich nicht möglich sei. Zu den weiteren Punkten: Verwendung von Klubförderungsmitteln, Kriterien und Kontrolle, da gibt es in Graz ja auch leider einen akuten Fall aus der Vergangenheit, der bis ins Heute wirkt, sowie eben diese Wahlkampfkostenobergrenze haben wir weder eine Aussage noch eine entsprechende Entscheidung des Landtages bekommen, ausgenommen eben, dass es mitversenkt worden ist und das halte ich gelinde gesagt für eine schwache Leistung, beziehungsweise wenn man noch einmal auf die Straßenmusik zurückkommt, das Lied will ich nicht öfter hören.

In dem Sinne, nachdem wir wissen, das Land will diesen Stadtrechnungshof nicht aufwerten, will offenbar diese Klubförderungsgeschichte nicht in eine entsprechende Geschäftsordnung und Statut-Änderung hineingießen, können wir zwar diese Klubförderungsgeschichte, und dazu gibt es Klubobleute-Konferenzen, für uns selber, für die Zukunft besser gestalten, aber die Wahlkampfkostenobergrenze, da sind wir auf den Landesgesetzgeber angewiesen und deswegen stehe ich hier und versuche das mit diesem Dringlichen Antrag auf den Petitionsweg zu erreichen.

Also ganz einfach: Liebes Land Steiermark, auch wenn im November die Wahlen kommen werden, vielleicht könnt ihr bitte dieser Petition noch folgen und der Stadt Graz eine Obergrenze, die Wahlkämpfe, Wahlinformationen möglich macht, aber für die Menschen auch nachvollziehbar, sparsam stattfinden sollen, bestätigen und uns allen und dem Gemeinderat bzw. der Stadt ermöglichen.

In diesem Sinne stelle ich den dringlichen Antrag: Der Steiermärkische Landtag wird am Petitionsweg um die Einführung einer gesetzlichen Regelung über die

Parteiausgaben für Wahlwerbung bei Gemeinderatswahlen in der Landeshauptstadt Graz im Sinne einer Wahlkampfkostobergrenze vergleichbar der landesgesetzlichen Regelung aus 2019, ich sprach darüber, ersucht. Verbunden damit soll auch entsprechende Kontroll- sowie Sanktionsmöglichkeiten vorgesehen werden. Ich ersuche eine möglichst breite Zustimmung, so wie damals im Juni 2022, wo wir, glaube ich, fast einstimmig waren.

Originaltext des Antrages:

Am 23. Juni 2022 verabschiedete der Grazer Gemeinderat mit großer Mehrheit - nur gegen eine einzige Stimme, jene der FPÖ - eine Petition an den Steiermärkischen Landtag, die die gesetzliche Einführung einer Wahlkampfkosten-Obergrenze, eine verstärkte Kontrollmöglichkeit der Subventionsmittel „Förderung der politischen Arbeit von Gemeinderät:innen, Fraktionen und Klubs“ sowie die gesetzliche und statutarische Stärkung der Position des Stadtrechnungshof selbst zum Inhalt hatte.

https://www.graz.at/cms/dokumente/10392847_7768145/e04a8912/TO2_Pr%C3%A4s-011169-2003-48-STRH-122254-2022%20%C3%84nderung%20des%20Statuts%20der%20Landeshauptstadt%20Graz%20C%20Petition%20an%20den%20Landtag.pdf

Diese Petition, die die Stadt Graz im Juni 2022 auf den Weg geschickt hat, konnte oder wollte danach leider über eine lange Zeit nicht vom Petitionsausschuss behandelt werden. Erst im vergangenen Herbst erreichte uns die Nachricht, dass der Verfassungsdienst des Landes (verfassungs-)rechtliche Bedenken gegen eine statutarische Aufwertung des Grazer Stadtrechnungshofes habe und der Petition des Grazer Gemeinderates somit nicht gefolgt werden könne. Dass es zu einer statutarisch verankerten, stärkeren Position eines Stadtrechnungshof auch andere Rechtsmeinungen bzw. sogar ein funktionierendes Vorbild in Wien gibt, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Aber dass der Landtag bzw. der zuständige Ausschuss mit der Ablehnung eines Teils der Petition vom 23.6.2022, nämlich jenem, der die Stellung des Grazer Stadtrechnungshof betroffen hätte, auch die weiteren übermittelten inhaltlichen Wünsche und Anregungen zu einer verbesserten Kontrolle und einer sparsamen finanziellen Gebarung innerhalb der Stadt Graz zur Gänze und in allen Punkten 'versenkt' hat, ist gelinde gesagt mehr als schade und im Grunde so auch nicht hinnehmbar.

Eine Wahlkampfkosten-Obergrenze samt entsprechender Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten, wie sie der Steiermärkische Landtag im Jahr 2019 für Landtagswahlen beschlossen hat:

www.ris.bka.gv.at/Dokumente/LgblAuth/LGBLA_ST_20190920_70/LGBLA_ST_20190920_70.html wäre jedenfalls auch für die Landeshauptstadt Graz nur recht und - nach Einführung und Gültigkeit für Gemeinderatswahlen in Graz – auch billig, bzw. billiger. Nur zur Erinnerung: Schon bei der Gemeinderatswahl 2021 hat sich die Mehrzahl, leider jedoch nicht alle, der antretenden Parteien auf eine freiwillige Obergrenze für die Wahlkampfausgaben sowie die anschließende Offenlegung verständigen können. So weit so gut. Über eine solche freiwillige Übereinkunft ist es jedoch nicht möglich, eine weisungsfreie und unabhängige Kontrollinstitution einzusetzen, die die Einhaltung der Obergrenze überprüft. Auch Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen können nicht auf Grundlage einer solchen Übereinkunft verbindlich gemacht werden.

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gibt es eine per Gesetz vorgeschriebenen Obergrenze für Wahlkampfkosten. Es ist also hoch an der Zeit, auch für die Grazer Gemeinderatswahlkämpfe eine gesetzliche Regelung für die höchstzulässigen Ausgaben der Parteien und Listen zu bekommen und zwar noch in dieser Gesetzesperiode des Steiermärkischen Landtags.

Folglich stelle ich namens der Grazer Grünen - ALG auf dem Petitionswege an den Steiermärkischen Landtag folgenden

Dringlichen Antrag

Der Steiermärkische Landtag wird am Petitionswege um die Einführung einer gesetzlichen Regelung über die Parteienausgaben für Wahlwerbung bei Gemeinderatswahlen in der Landeshauptstadt Graz i.S. einer Wahlkampfkosten-Obergrenze (vergleichbar der landesgesetzlichen Regelung aus 2019) ersucht. Verbunden damit sollen auch entsprechende Kontroll- sowie Sanktionsmöglichkeiten vorgesehen werden.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Gemeinderat **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Antragsteller.

Ich beginne ganz positiv. Es ist ein Versuch und jeder Versuch zählt. Das ist wie beim Rugby, deshalb sind wir sehr, sehr gerne in der Sache dabei.

Wir haben dieses Fairness-Abkommen 2021 initiiert und auch gleich nach der Wahl einen Dringlichen Antrag eingebracht, DA 20.01.2022, den damals die Grünen abgeändert haben, weil sie keine Petition ans Land wollten. Nachlesen.

Jetzt geht es. Das ist für mich eine kleine Form von Verhaltensauffälligkeit oder Verhaltenselastizität und setzt das fort, was wir heute vom Grünen Klub gesehen haben, es ist Rosinenpickerei. Jetzt wird das Plakativste herausgenommen aus einem sehr umfangreichen und komplexen Gemenge, und da haben wir auch das Vorbild

Klimaschutz im Bund. Es gibt ein Klima-Ticket im Bund, aber kein neues und wirksames Klimaschutzgesetz. So ist es hier in der Stadt. Es gibt im Masterplan Verkehr, kümmern wir uns um das, was einfach geht: Gehen und Radfahren. Aber wenn es komplex und schwierig wird, dann lassen wir die Finger davon. Das ist der S-Bahn-City-Tunnel. Und so kehren wir jetzt auch dem großen Transparenzpaket den Rücken. Wir kehren der Sache den Rücken, wo es uns große Ganze für die Grazerinnen und Grazer geht, nämlich um umfassende Transparenz, um umfassende Stärkung der Rechte des Stadtrechnungshofes, des Kontrollausschusses. Man bedient persönliche Eitelkeiten, geht auf den schnellen Erfolg und nimmt sich halt das heraus, was jetzt gerade so schnell abgeschöpft werden kann. Wir NEOS und ich besonders in dieser Sache denken nicht so. Wir machen auf allen Ebenen Druck in dieser Sache. Wir haben ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Wir glauben, dass damit Parteigelder sehr gut angelegt sind, besser als in Inseraten. Österreichs meiste ist auch das Klimaschutzministerium, im Bund. Wir geben das Rechtsgutachten in Auftrag, was wir vom Land wissen, es herrschen verfassungsrechtliche Bedenken. Das, was Kollege Dreisiebner gesagt hat, das weiß er vielleicht persönlich. Eigentlich wurde uns vom Land gesagt, es herrscht Verschwiegenheit und Vertraulichkeit in den Ausschüssen. Da dürfen wir nichts wissen. Es gibt verfassungsrechtliche Bedenken, deshalb haben wir das Gutachten in Auftrag gegeben. Die Grünen haben da anscheinend bessere Kanäle, auch ein Zeichen.

Uns geht es um große Ganze, uns geht es um mehr Kontrolle und Transparenz für Graz. Es braucht eben auch einen starken Stadtrechnungshof und die Organstellung dafür. Ich finde, dass wir uns mit dem Dringlichen Antrag völlig den Wind aus den Segeln nehmen, was das große Grazer Transparenzpaket angeht. Aber bitte sehr, mag so sein. Und ein bisschen riecht der Antrag nach einem vorgezogenen Grazer Wahlkampf. Wenn wir es jetzt so eilig haben, ich weiß nicht, vielleicht ist doch genug mit KPÖ-Demokratieverständnis, dass China eine demokratisch gewählte Regierung hat, wo die Uiguren auch in die Richtung wählen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Was hat das jetzt mit dem Antrag zu tun?

Klubobmann **Pointner**:

Aber bitte, Wahlkampf hat anscheinend in Graz jetzt schon begonnen. Vielen Dank.

Klubobmann **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, lieber Antragsteller, lieber Vorredner.

Das hätte ich mir nicht gedacht, dass ich heute noch einmal ausrücken muss, um den Karl Dreisiebner noch ein bisschen zu verteidigen. Ich bin jetzt sozusagen fast sein Pflichtverteidiger. Und erinnere dich zurück, wie du am Anfang über meine Gerüchte geschimpft hast, die du hier abwertend betrachtet hast. Da sind jetzt noch andere gekommen. Ich glaube, um es juristisch zu sagen, der Kollege Dreisiebner, lieber Kollege Pointner, hat da keinen bösen Vorsatz gehabt, wie er diesen Antrag eingebracht hat. Er wollte einfach nur einen kleinen Teil von dem ganzen Großen, was sich mit dem Land so mühsam gestaltet, vorziehen und das jetzt umsetzen.

Ich bin ja immer dabei, wenn wir gegen die Grünen losreiten und wenn wir da mal rhetorische Schläge verteilen. Also wirklich, da bin ich immer an deiner Seite, lieber Kollege von den NEOS, aber in diesem Punkt sehe ich wirklich sehr, sehr wenig, weil das diese Wahlkampfkostenobergrenze braucht. Ich glaube, das ist wirklich, natürlich, das ist absolut notwendig. Das gibt es bei den anderen Wahlen, das sollte es auch bei dieser Wahl geben. Ich kann nur sagen, das war damals peinlich für meine Kollegin und mich, wie wir nachgerückt sind und dann feststellen mussten, dass man halt nicht nur die eigene Stadtparteileitung angeschwindelt hat, was die Wahlkampfkosten betrifft, sondern auch die anderen. Man hat es ja damals auch elegant gelöst. Man hat meine

Kollegin, die Claudia Schönbacher, hingschickt zum Foto. Du, mach das Foto mit den anderen, wir halten uns natürlich an die Wahlkampfkostenobergrenze und dann hat man überzogen ohne Ende.

Zwischenruf:

Wir stimmen ja zu, gell, falls das nicht rübergekommen ist.

Klubobmann Pascuttini:

Na eh, passt ja. Habe ich auch verstanden, lieber Kollege, aber ich glaube, diese Bösartigkeit, die du beim Kollegen Dreisiebner verordnest, die hat niemand so wahrgenommen. Wenn zumindest das durchgeht, wäre das ja gut. Darf aber an dieser Stelle auch erinnern, dass man halt dringend, dringend ein neues Regelwerk brauchen, was die Klubfördermittel betrifft, weil das ist ja mit dieser ganzen Diskussion auch mitgestorben. Da hätte ich ein paar radikale Ideen, also wirklich, dass wir sagen, wir veröffentlichen alles. Das wäre doch wirklich der totale Finanzstriptease, den ich ja auch immer von anderen einfordere. Die machen es nur leider nicht. Wir könnten selbst fordern, wenn wir sagen, ok, wir legen wirklich alles offen, da brauchen wir gar kein großes Regelwerk. Meinetwegen müssen es auch die Klubs nicht selbst offenlegen, sondern könnte das ja das Magistrat als Fördermittel auszahlende Stelle offenlegen, so wie ihr das bereits macht. Wir machen das auch. Also da gibt es so viele Punkte, wo wir dringend daran arbeiten müssten, deswegen auch keine bösen Worte, keine Angriffe mehr auf das Klimaschutzministerium, weil da ist der Kollege wirklich sehr, sehr angespannt, wie ich heute in der Fragestunde schon gemerkt habe. Stimmen wir doch diesem Antrag zu, machen wir die Wahlkampfkostenobergrenze und reden wir über die anderen Dinge, dann geht etwas weiter.

Gemeinderat Zirngast:

Immer wieder interessant, wo dann die Debatten hingehen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir unterstützen das, natürlich finden das sehr gut und wichtig, dass es diese Obergrenze gibt. Wie gesagt, das Fairness-Abkommen haben wir vor der letzten Wahl ohnehin alle Parteien außer einer unterzeichnet und eine hat sich dann nicht ganz daran gehalten. Aber gut, sei hingestellt. Warum man durchaus von einer Dringlichkeit sprechen kann, ist, weil wir sehen, dass die Sachen mit dem Land sehr lange dauern. Deswegen glaube ich, je früher wir zumindest das auf den Weg kriegen, was nichts daran tut, dass das Gesamtpaket natürlich wichtige wäre, wie der Kollege Pointner betont hat, desto besser. Ich hoffe, dass das eben dann sich bis zur nächsten Wahl ausgeht, dass wir diese Obergrenze haben, damit wir eben Politik sozusagen, es gibt ohnehin in Österreich eine hohe Parteienförderung, das ist auch nicht per se schlecht, weil das eben genau auch den Einfluss von Investoren, Multimillionären etc. potentiell limitiert. Aber natürlich, wenn man sozusagen dann vor allem eine Partei, bei vielen Wahlen sehr viel Geld dann in diese Wahlkämpfe schmeißt, wird das dann wieder teilweise aufgehoben. In dem Sinne, danke für den Antrag und wir stimmen zu.

Klubobmann Dreisiebner:

Ich danke allen, die sich hier geäußert haben, ob kritisch oder unterstützend, insbesondere, lieber Max, danke für deine Unterstützung, danke für die Unterstützung des KFG, namentlich Kollege Alexis Pascuttini. Es ist schon richtig, und daran wird ja auch gearbeitet, dass der Subventions- und Fördergeber, sprich die Stadt Graz, selbstverständlich die Regeln auch in der Sache ändern kann. Wir sind aber die, die die Hoheit haben über das alles und deswegen arbeiten wir daran und werden das sicher auch in ein gutes Gemeinderatsstück gießen können.

Zum Kollegen Philipp Pointner nur so viel. Darf ich du sagen? Wenn du meinst, dass das nach einem vorgezogenen Graz-Wahlkampf riecht, dann kann ich deine Sorge verstehen. Ich meine aber, dass nachdem im November der Landtag sich auflöst und die aktuelle Gesetzgebungsperiode enden wird, und zwar unweigerlich, ist es hoch an der Zeit, das jetzt noch mit diesem Landtag vereinbaren zu wollen, denn ansonsten ist diese Petition gegenstandslos. Das ist zumindest mein Stand des Wissens über das alles, und man weiß nicht, bis wann der nächste Landtag A, da wieder in die Gänge kommt und B, wie der dann natürlich auch ausschauen wird. Also, insofern, deine Sorge teile ich nicht, dass Graz eine vorgezogene Wahl erleben wird, und du wirst das auch nicht allein entscheiden können.

Das zweite gravierendere ist der Dringliche Antrag vom 22. Jänner 2022, den die Kollegin Reininghaus eingebracht hat. Hat der Kollege Michael Ehmann, der bis Dezember hier im Haus war, auch gut abgestimmt mit der Koalition abgeändert und ein Gesamtpaket war das Ziel zu schnüren. Dieses Gesamtpaket, inklusive auch Objektivierungsrichtlinien für Personalfragen, ist dann im Juni bzw. bis zum Juni im Gemeinderat vorgelegt worden und beschlossen worden. Ein großer Teil war diese Petition an das Land, das ja dann leider, und ja, ich weiß das von meinem Kollegen im entsprechenden Landtagsausschuss, mit dieser Begründung, es sei rechtlich und verfassungsrechtlich nicht möglich, versenkt worden ist. Der Verfassungsdienst hat offenbar entweder ein Wissen, das manche andere nicht haben, oder aber im Land gibt es Befürchtungen, dass, wenn in Graz ein wirklich unabhängig agierender Stadtrechnungshof eingesetzt werden könnte und arbeiten könnte, dass diese Forderung auch das Land erreichen könnte. Da kann sich jeder dann einen Reim darauf machen, warum das Land nicht will, dass Rechnungshöfe stärker werden. Ich danke jedenfalls für die breite Zustimmung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.6 Ausbau des Angebots der Bauernmärkte

(GR Kozina-Voit, Grüne)

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Schönen guten Abend, liebe alle. Wir haben ganz ein anderes Thema, es geht um die Bauernmärkte. Sie waren schon immer wieder auch hier Gegenstand der Debatte, ich glaube auch durchaus positiv. Also, die Bauernmärkte bereichern unsere Stadt. Wir haben 14 Bauernmärkte, die aktiv sind zurzeit in Graz. Die bieten frische, regionale, unverpackte Lebensmittel. Einige haben ein gastronomisches Angebot dabei. Das funktioniert im Großen und Ganzen, und dass es funktioniert, spricht natürlich auch dafür, einmal das weiter auszubauen, mehr frische, regionale, unverpackte Lebensmittel auch den Menschen anzubieten in Graz.

Wenn man sich dann auch anschaut, wie die Standorte derzeit verteilt sind, dann merkt man, dass die zu ungleich verteilt sind. Wir haben zum Beispiel Bezirke wie Jakomini oder Puntigam, wo es keinen Bauernmarkt gibt. Wir haben Bezirke Waltendorf und St. Peter, die sich sozusagen einen Bauernmarkt teilen. Wenn man sich die Zeiten anschaut, viele finden nur einmal oder maximal zweimal pro Woche statt. Auch wenn man sich die Tarifgestaltung anschaut, da hat man so Punkte, dass es für alle Marktstände gleich ist. Es gibt aber natürlich durchaus Unterschiede zwischen den Märkten, was jetzt die Frequenz betrifft, was die Kaufkraft der Kunden und Kundinnen betrifft, was die Infrastruktur betrifft, die bereit gestellt wird, also wenn man jetzt den Kaiser-Josef-Platz und den Bauernmarkt in der Triestersiedlung vergleicht, gibt es einfach gewisse Unterschiede, und man sieht auch bei den neuen Bauernmärkten, dass es nicht so einfach ist, sich zu etablieren. In Reininghaus haben wir immer wieder die Rückmeldung bekommen, dass die dort kämpfen müssen. In der Smart City haben wir jetzt den Fall, dass es pausiert wird. Die tun sich da immer wieder schwer. Auch hier ist die Frage natürlich, kann man da etwas machen, kann man denen

entgegenkommen? Wir haben ja für Wirtschaftstreibende eine Gründungsförderung, eine Gründer:innenförderung. Vielleicht gibt es da auch Möglichkeiten, am Anfang die Gebühren zu reduzieren oder auch ganz zu erlassen, damit sich eben neue Bauern und Bäuerinnen etablieren können. Das sind jetzt alles Ansatzpunkte, was davon wirklich gescheit ist und was nicht, das weiß ich nicht, aber dafür haben wir ja eine Abteilung in der Verwaltung, die sich damit beschäftigt. Es wäre spannend, da einmal eine Analyse zu bekommen, die aufzeigt, wo ist der Bedarf, wo sind auch die Potenziale dazu.

Deswegen stelle ich namens der Grünen ALG folgenden Dringlichen Antrag:

Der für Bauernmärkte zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, in Zusammenarbeit mit den dafür zuständigen Fachabteilungen: Marktamt, Wirtschaftsabteilung, Immobilienabteilung, Stadtplanung und so weiter, eine Bedarfs- und Potenzialanalyse für die Entwicklung neuer und bestehender Standorte für Bauernmärkte zu erarbeiten. Hierbei soll die Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung, insbesondere im Grazer Süden berücksichtigt werden. Das ist, weil dort eben wirklich sehr viel in den letzten Jahren auch dazugekommen ist und relativ wenige Bauernmärkte sind, wie man auf der Karte auch sieht.

Zweiter Punkt: Weiter sollen Maßnahmen erarbeitet werden, die es den Beschicker:innen von noch nicht ausreichend etablierten Bauernmärkten ermöglichen, ihren Standort gut zu entwickeln. Zum Beispiel eine Marktarifgestaltung, die die Beschicker:innen der Bauernmärkte entlastet und auch das unterschiedliche Ausmaß der zur Verfügung gestellten Infrastruktur berücksichtigt. Analyse und Maßnahmen sollen in Abstimmung mit der Lebensmittelstrategie natürlich entwickelt werden. Ein Bericht dazu ist dem Gemeinderat bzw. dem zuständigen Ausschuss bis September 2024 vorzulegen. Ich bitte um Debatte und hoffe auf breite Zustimmung. Danke.

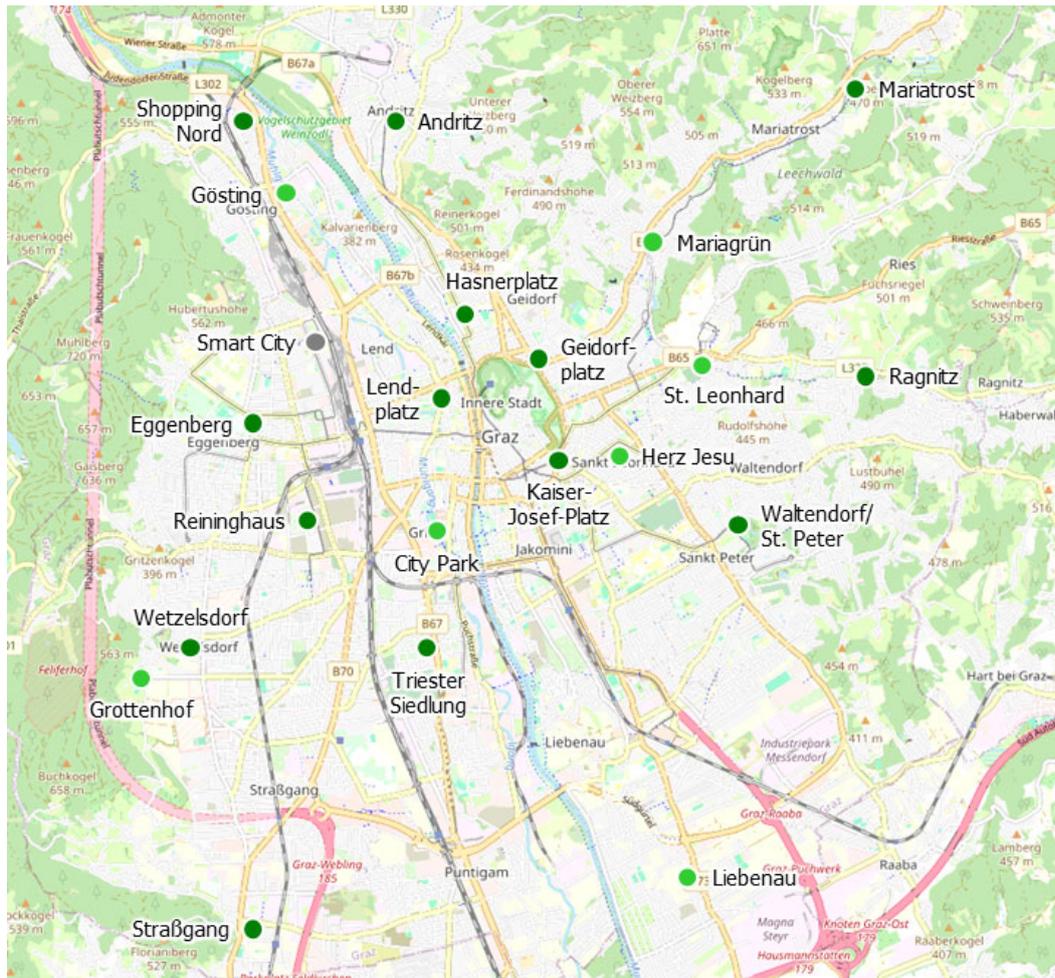
Originaltext des Antrages:

Bauernmärkte erleichtern uns den Zugang zu frischen, regionalen und unverpackten Lebensmitteln. An derzeit 14 Standorten können sich die Grazerinnen und Grazer mit

Obst, Gemüse, Milchprodukten und vielem mehr versorgen. Die meisten etablierten Bauernmärkte funktionieren sehr gut – hier trägt auch das gastronomische Angebot, wie am Kaiser-Josef-Platz und am Lendplatz, zu mehr Attraktivität und damit zu einer höheren Kund:innenfrequenz bei.

Bei den neuen Bauernmärkten gibt es zum Teil aber auch Anlaufschwierigkeiten, wie die Beispiele in Reininghaus und Smart City zeigen. Das hat oft mehrere Gründe. Zum einen geht es um die Attraktivität und Erreichbarkeit der Märkte, aber auch die eingeschränkten Öffnungszeiten können ein Problem sein. Letzteres hat auch maßgeblich mit den Möglichkeiten und Ressourcen der Marktbesucher:innen zu tun. Aber auch die Markttarife können gerade bei Märkten, die sich erst etablieren müssen, zum Problem für die Besucher:innen werden. Hier könnte ein Modell (angelehnt an die Gründer:innen-Förderung), bei dem die Gebühren für eine erste Zeit erlassen oder niedriger angesetzt werden, eine große Unterstützung sein.

Hinzu kommt, dass die Bauernmärkte nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt sind. Gerade im Grazer Süden ist das Angebot überschaubar (siehe Karte) – obwohl es gerade hier in den letzten Jahren einen starken Zuzug gab. Im ersten Schritt soll daher erhoben werden, wie hoch der Bedarf bzw. das Potenzial insbesondere in diesen Gebieten tatsächlich ist.



● Bauernmärkte der Stadt Graz ● Private Bauernmärkte ● Bauernmarkt pausiert

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag

- 1. Der für die Bauernmärkte zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, in Zusammenarbeit mit den dafür zuständigen Fachabteilungen (Marktamt, Wirtschaftsabteilung, Immobilienabteilung, Stadtplanung..) eine Bedarfs- und Potenzialanalyse für die Entwicklung neuer und bestehender Standorte für*

Bauernmärkte zu erarbeiten. Hierbei soll die Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung insbesondere im Grazer Süden berücksichtigt werden.

- 2. Weiters sollen Maßnahmen erarbeitet werden, die es den Beschicker:innen von noch nicht ausreichend etablierten Bauernmärkten ermöglicht, ihren Standort gut zu entwickeln – z.B. eine Markttarifgestaltung sein, die die Beschicker:innen dieser Bauernmärkte entlastet und auch das unterschiedliche Ausmaß der zur Verfügung gestellten Infrastruktur berücksichtigt.*
- 3. Analyse und Maßnahmen sollen in Abstimmung mit der Lebensmittelstrategie entwickelt werden. Ein Bericht dazu ist dem Gemeinderat bzw. dem zuständigen Ausschuss bis September 2024 vorzulegen.*

Vorsitzwechsel – VizeBgm Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (17.53 Uhr)

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Gemeinderat **Piffl-Percevic:**

Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, Herr zuständiger Stadtrat für die Bauernmärkte Kurt Hohensinner, liebe alle.

Zunächst vorweg ein Dank an unsere produzierenden Landwirte. Zunächst ist es unser aller Interesse, dass Sie Ihre Betriebe bewirtschaften, aufrechterhalten, auch vielfach im Bauland der Stadt nachhaltig naturnah wirtschaften. Sidestep, obwohl Sie im Naturschutzbeirat nicht willkommen geheißen wurden, ein kleiner Ausritt erinnert dich an unsere Debatte, die sind aktiv jeden Tag, auch mit Pflanzenschutzmittel, mit naturnahen, ohne Chemie vielfach ganz vorneweg. Also hier haben wir einen Schatz und wir sollen Ihnen auch die Erwerbsmöglichkeiten bieten auf unseren

Bauernmärkten mit den Randbedingungen, die das auch einladen, ich spreche noch immer über die Landwirtinnen und Landwirte, machen.

Das ist keineswegs gegeben, denke ich, oder flächendeckend. Zum Beispiel jetzt im Zusammenhang mit dem Ausbau, Renovierung des Hofbauplatzes in Eggenberg. Es ist zwar eine Solaranlage auf dieser eigentlich denkmalgeschützten Infrastruktur, da hat es sicher konstruktive Verhandlungen gegeben, geplant, aber keine Toiletten, weder für die Marktfahrer noch für die Kund:innen.

Und ein kleiner Sidestep, der zuständige politische Referent, der Marktamtsleiter, hat durch die Medien erfahren, was du, Vizebürgermeister, wieso zeigst du nicht einmal das her, was du auch positiv machst? Ich verstehe es nicht. Mir wurde das glaublich versichert, ich bin sehr oft dort auf dem Markt und diese Werbung war schwierig, nochmals, da waren Verhandlungen, das war ein Ringen, eine Untersuchung durch den Bundesdenkmalamt, und so weiter, es war zielorientiert, es ist auch so, der Markt selber gestaltet worden, wie ihn die Beschicker wollten, das stimmt. Die wollten keine Einhausung und keine, das ist up to them, wie der Franzose sagt, also es ist nicht so schlecht gelaufen, aber wiederum, die Kommunikation, die Information, ein, entschuldige, no-go. Das war jetzt mein Part. Wir werden und der zuständige Stadtrat wird selbstverständlich die Anregungen hier aufgreifen. Eines sei schon auch gesagt: Übermäßige Ausweitungen sie können eigentlich nicht mehr ihre Arbeitskraft am Markt verweilend abgeben, weil sie sonst nicht produzieren können. Es ist ein Stress, weil vielfach – ich möchte gar nicht weiter ausholen – es ist ein Zielkonflikt. Zu viele Bauernmärkte, zu lange Vormittag-Nachmittag-Abendmärkte. Wann sollen sie produzieren? Wir dürfen diese Familien auch nicht überlasten, auch die Kinder dort. Nicht nur wegen der Betreuung, sondern die sind ja vielfach auch tätig aktiv. Ich wollte das jetzt einmal vorweg sagen. Der Stadtrat wird das selbstverständlich weiter vorantreiben, hier zu evaluieren und zu verbessern. Und der Finanzstadtrat, du bist gerade rechtzeitig gekommen, wenn hier Gebührenbefreiungen, Ermäßigungen, ja, irgendjemand muss das zahlen, also daran liegt es nicht, dass man das nicht wollte.

Wir leben, Gott sei Dank, in einigermaßen geordneten Verhältnissen. Was wiegt es, das hat es. Ermäßigungen, ja, wenn die Märkte noch nicht gehen, aber es muss das Geld woher kommen. Das ist jetzt ein Appell. Danke.

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Ich möchte mich dem Dank an die Landwirtinnen und Landwirte anschließen. Also, die haben es, glaube ich, aus vielfachen Gründen nicht leicht in der heutigen Zeit. Und wenn wir da die Möglichkeit haben, sie auch zu unterstützen, ist das sehr gut. Es gibt da noch Potenziale, da bin ich ziemlich sicher, wie groß die sind, das werden wir natürlich sehen. Die Budgetierungsfrage ist dann natürlich logischerweise Teil des Ganzen, das zu klären ist. Zum Hofbauerplatz vielleicht auch, um das dann noch einmal auch klarzustellen. Der erste Schritt ist jetzt die Sanierung dort, was nicht ganz einfach ist, weil die ja unter Denkmalschutz steht, wo aber dann mit der Photovoltaik und so weiter auch wirklich gute Schritte in die Zukunft gesetzt werden. Das Zweite ist dann auch der Ausbau natürlich von der Infrastruktur dort, sprich WC-Anlagen und Ähnliches, was dort notwendig ist, um einen guten Marktbetrieb aufrechtzuerhalten. Also das noch als Ergänzung dazu. Ansonsten freue ich mich, dass die Zustimmung so breit ist und freue mich, wenn wir dann eine Analyse haben im Herbst und weiterschauen können. Danke.

Stadtrat **Hohensinner:** (zur tatsächlichen Berichtigung)

Ich möchte noch ergänzen, weil der Peter Piffel-Percevic hat eigentlich hier alles ausgeführt, dass wir gerne Potenziale prüfen, aber das kostet natürlich auch der Koalition Geld, da hoffen wir dann auch auf das notwendige Budget. Aber zur Berichtigung Hofbauerplatz: Ich treffe ja so zweimal im Jahr die Marktsprecher aller Märkte und das war wirklich eine schwierige Situation. Der Marktsprecher vom

Hofbauerplatz hat sich dann bei mir beschwert, dass er aus dem Grazer erfahren musste, dass es einen Umbau gibt. Und da muss ich schon sagen, wenn du sagst zuerst passiert die Sanierung und dann kann man die Infrastruktur weiterentwickeln, also dann muss ich schon sagen, wenn das so stimmt, was im Grazer gestanden ist, dass da Millionen in die Hand genommen werden und dann macht man Photovoltaik, was ja begrüßenswert ist, vergisst auf das WC für die Marktbesicker, dann passt was nicht. Ich bin der Marktverantwortliche und ich bitte einfach in Zukunft, wenn man solche Erneuerungen macht, dass man die Betroffenen wirklich auch mit einbezieht, weil sonst geht der Schuss wirklich nach hinten los.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (18.01 Uhr)

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Bitte, ich übergebe kurz den Vorsitz, weil da wird sozusagen über ein Projekt gesprochen, das in dem Fall noch nicht einmal ein Stück gibt. Wie der Grazer, ja, keine Ahnung, wie das zum Grazer kommt, das wird noch. Es gibt kein fertiges Stück, weil das Ganze noch nicht ganz fertig ist. Sonst hätten wir das eingebracht und hätten das diskutieren können. Also wie das zum Grazer, ein unfertiges Stück zum Grazer kommt, ist zu klären. In meiner Zuständigkeit ist die Sanierung der Markthalle. Also nur jetzt, danke. Ich übergebe das Wort wieder.

Vorsitzwechsel – VizeBgm Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (18.03 Uhr)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.7 Sport & Lehre / Modell um Lehrausbildung und sportliche Laufbahn besser zu kombinieren

(GR Schlüsselberger, SPÖ)

Gemeinderätin **Schlüsselberger**:

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörer:innen, aufgrund der Uhrzeit versuche ich, möglichst kompakt mein Anliegen euch allen näherzubringen.

Es geht um die Kombination von Lehrberufen und Sport. Spitzensport beginnt in jungen Jahren, wird in der Jugend aufgebaut und so entstehen unsere

Nachwuchstalente. Wir haben es im Handball gesehen, wir haben es in anderen Sportbereichen in den letzten Jahren gesehen. Wir sind in Österreich gut aufgestellt,

wir haben eine gute Nachwuchsförderung. Allerdings, wenn man dann genauer

hinschaut, sieht man, wo diese Nachwuchsförderung stattfindet. Das ist halt in den meisten Fällen im schulischen Kontext. Das heißt, wir haben Schulen, die einem

ermöglichen, seinen Sport auszuüben in einem Ausmaß, dass auch der Leistungssport möglich ist. Man hat das eine oder andere Projekt, wo auch eine Kombination mit

Lehre möglich ist, aber wiederum im schulischen Kontext und wieder nicht für die

breite Masse, sondern im nordischen Bereich angehalten. Und mir geht es jetzt darum,

das zu ändern. Auslöse für das Ganze war ein konkreter Bedarf, und zwar habe ich im

Zuge eines Besuchs in der Auster einen jungen Mann kennengelernt, der genau dieses

Wunder vollbringt. Er schafft eine reguläre Lehre und macht nebenbei Spitzensport.

Schaut aber so aus, dass dieser 17-jährige junge Mann am Samstag am Nachmittag

einkaufen gehen muss für eine Stunde, für eine ganze Woche und am Sonntag noch

schnell Wäsche wascht, weil mehr Freizeit bleibt ihm nicht. Das heißt, von fünf in der

Früh bis neun am Abend ist er beschäftigt mit dem Ganzen. Beeindruckend, aber

wahrscheinlich nicht für alle schaffbar.

Dann habe ich ein bisschen recherchiert und bin draufgekommen, weil da gibt es schon was. Ich schaue selten nach Tirol und finde da nicht immer alles gut, aber in dem Fall haben die eine gute Lösung. Und zwar hat sich das Land Tirol dann mit der Wirtschaftskammer zusammengetan und der Kollege, verzeiht mir bitte, nein, aber die haben sich dort zusammengetan und haben dort ein Modell entwickelt. Ein Modell, wo die Wirtschaftskammer einen Beitrag macht und das Unternehmen einen Beitrag macht und so es ermöglicht vielen jungen Talenten beides zu kombinieren. Mein Ansinnen ist es jetzt einmal, dass wir schauen, was wir in unserem Wirkungsbereich machen können, und dann auch noch weitere Gespräche führen, weil es mir wirklich eine Herzensangelegenheit wäre, dass wir auch Menschen, die sich für eine Lehre entscheiden, und das ist nun einmal auch ein Mitgrund, wieso wir einfach Kräftemangel haben, weil sie das leider viel zu wenig Menschen tun, junge Menschen, aber die Menschen, die sich entscheiden, müssen sich dann nicht mehr dafür entscheiden, ob sie ihrem Hobby nachgehen und dort noch weitere Erfolge feiern oder ob sie eine Lehre machen, sondern können hoffentlich zukünftig beides kombinieren. Deshalb stelle ich heute den Dringlichen Antrag gemäß Antragstext und hoffe auf mehrheitliche Zustimmung. Dankeschön.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Erst vor wenigen Tagen waren die herausragenden Leistungen der österreichischen Handballer bei der EM das Gesprächsthema, zuletzt waren ebenso unsere Schwimmer:innen im Blickpunkt, regelmäßig sorgen unter anderem auch Erfolge in der Leichtathletik oder im Judo, um nur einige Beispiele zu nennen, für Schlagzeilen, rücken Österreich auch international in den Focus. Das alles kommt aber nicht von ungefähr: Die Weichen werden bereits in der Kindheit, in der Jugend gestellt.

Und es gäbe noch viel mehr talentierte Jugendliche, die zu Recht von einer erfolgreichen Karriere im Sport träumen, die auch alle Anlagen hätten, sogar international im Rampenlicht zu stehen und damit für Österreich Werbung zu machen. Aber nicht alle haben diese Chance. Arg benachteiligt sind speziell jene Jugendlichen, die nicht weiterführende Schulen besuchen, sondern nach der Mittelschule eine Lehre antreten. Denn dann erfolgt üblicherweise der große Bruch, wird die mögliche Chance auf eine erfolgreiche Karriere von vielen denn doch lieber gegenüber einer sicheren Berufsausbildung hintangestellt. Und Lehre und Leistungssport lassen sich kaum miteinander kombinieren.

Denn ein entscheidender Faktor für die Leistungsentwicklung ist natürlich die optimale Betreuung der jungen Sportler:innen durch die Sportfachverbände mit den professionellen Strukturen der Bundes-Sportfachverbände und den sportartspezifischen Laufbahnmodellen. Dafür braucht es aber nicht nur die optimale Unterstützung durch Eltern, sondern auch jene des Umfeldes und sehr viel Zeit. Sprich: die Vereinbarkeit mit der Ausbildung ist ein entscheidender Faktor.

Viele Schulen bieten hier schon tolle Möglichkeiten, damit sich der Weg zur Matura mit Trainings und Wettkämpfen kombinieren lässt. Jugendliche erfahren hier Begleitung im schulischen Alltag sowie maximale Flexibilität in der Wettkampfsaison. Für junge Menschen, die eine Lehre absolvieren, gibt es aber demgegenüber in den meisten Bundesländern noch keine vergleichbaren Möglichkeiten und stehen dann vor einer Weggabelung: Sollen sie auf das Risiko und den Sport setzen – oder die Sicherheit einer soliden Berufsausbildung wählen. So oder so zahlt Österreich am Ende dafür die Zeche: Sie stehen zumeist vor der Weggabelung – entweder zu Lasten des Fachkräftemangels oder weil damit hoffnungsvolle Karrieren abrupt beendet werden und Talente, die in der Leichtathletik, im Schwimmen oder in diversen Ballsportarten wie zuletzt im

Handball in und für Österreich für Euphorie sorgen könnten, verloren gehen. Vor allem aber wird damit jungen Menschen die Chance genommen, sich bestmöglich zu entwickeln, sich zu verwirklichen.

Tirol steuert dem gegen, geht da mit gutem Beispiel voran und bietet einerseits über das Land Tirol selbst ein Modell „Lehre mit Sport“ in Zusammenhang mit der Ausbildung als Bürokauffrau/Bürokaufmann. Äußerst beeindruckend aber ist das Konzept „Sport&Lehre“, eine Kooperation der Wirtschaftskammer und der Tiroler Sportfachverbände. Dabei kann der Betrieb seine Lehrlinge freistellen, damit diese ihre Trainings- und Wettkampfzeiten einhalten können. Für den Betrieb fallen in diesen Zeiten aber nur die Kosten für die Fortzahlung der Sozialversicherungsbeiträge an. Der große Vorteil: Auch wenn es mit der großen Sportkarriere nicht klappen sollte, ist eine stabile Berufsausbildung gesichert. Die ist doppelt von Vorteil, weil ja nur in wenigen Sportarten am Ende „das große Geld“ winkt.

Die GBG in Graz setzt da schon ähnliche erste Zeichen - hier werden die Arbeitszeiten als Pluspunkt ins Rennen geworfen. Aber es gäbe noch weit mehr Möglichkeiten, jungen Menschen die Chance zu eröffnen, ihre Lehrausbildung mit einer Karriere im Sport zu verknüpfen, indem man das Tiroler Modell „Sport&Lehre“ als mögliches Vorbild heranzieht und auf diese Weise doppelten Erfolg hat: Einerseits wird damit die Lehre weiter attraktiviert, womit eine zusätzliche Maßnahme gegen den Fachkräftemangel gesetzt würde – und zum anderen wird talentierten jungen Menschen die Chance auf eine erfolgreiche sportliche Laufbahn eröffnet.

Namens des SPÖ Gemeinderatsklub stelle ich daher den

dringlichen Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen Gespräche mit der Wirtschaftskammer und den Sportverbänden aufnehmen und gemäß Motivenbericht prüfen, welcher Rahmenbedingungen bzw. Voraussetzungen ein Modell „Lehre&Sport“ bedürfe, das in einem ersten Schritt in der Stadt Graz umgesetzt werden und als Vorbild für private Betriebe und Unternehmen dienen könnte.

Gemeinderat **Ram:**

Ich kann mir das nicht verkneifen. Ob der späten Stunde mache ich es sehr kurz.

Manchmal kommen auch gute Sachen aus Tirol. Na, vielen Dank, Dani, diese Initiative ist sehr zu begrüßen. Ich glaube auch, dass es genau auf dem Sprung in Richtung Lehre ein großes Defizit gibt, dass einfach die Vereinbarkeit von eben einer Profisportkarriere und einer Lehre ganz, ganz schwierig ist. Wenn wir da als Stadt Graz vorangehen können, diese Beispiele schaffen und damit hoffentlich auch in einem größeren Rahmen, vielleicht eben, dass das Land da auch aufspringt, eben dieses Beispiel zeigen können, dann ist das eine gute Sache. Also, Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (Gegen KFG).

Gemeinderat **Brandstätter:**

Im Sinne des Sitzungsfortschritts, werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ich den Antrag zum ersten Mal gelesen habe, habe ich mir gedacht, was auch schlussendlich überbleibt, das ist ja eine super Sache, vor allem, wenn wir als Stadt Graz vorangehen sollen. Also danke für die grundsätzliche Idee. Ich hoffe, sehr geehrte Frau Schlüsselberger, Sie haben das nicht selbst recherchiert, weil wenn man dann genauer recherchiert, kommt man darauf, dass es genau dieses

Ausbildungsprogramm, das in Tirol so hoch gelobt wird, in der Steiermark schon existiert und teilweise sogar in verbesserter Form.

Und jetzt würde es halt darum gehen, dass man vielleicht dann einfach, bevor man unbedingt mit einem Artikel in der Woche vorkommen will, vielleicht einfach mit dem Personalstadtrat redet und der könnte dann einfach dafür sorgen, dass wir in unseren Ausbildungsbetrieben und für die Lehrlinge in der Stadt Graz auch diese Möglichkeiten anbieten, die vom Land gemeinsam mit dem Nachwuchsleistungszentrum schon angeboten werden. Da gibt es diese wunderschöne Broschüre, seit 2021 der Herr Pessler. Der dürfte Ihnen ein Begriff sein, der hat unter anderem auch mitgeschrieben und sich geäußert, wie toll er das findet. Natürlich ist es jetzt so, dass das Land Tirol da schon eine Vorzeigerolle hat, die wir übrigens als Stadt Graz teilweise in der GBG auch schon wahrnehmen. Bitte, ich freue mich, wenn wir das jetzt über alle Abteilungen und vor allem auch für die Beteiligungen machen. Das kriegt selbstverständlich unsere Zustimmung, weil ja ein wesentlicher guter Punkt drinnen ist, nämlich die Stadt Graz möge mit gutem Beispiel vorgehen. Dass aber das Land Tirol als Vorzeigebispiel hergenommen wird in einem Grazer Antrag, obwohl die Steiermark unter Federführung der Arbeiterkammer und der Wirtschaftskammer genau dieses Modell schon hat, kann ich zumindest bis jetzt nicht ganz nachvollziehen. Vielen Dank.

Gemeinderätin Kreiner:

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Antragstellerin, liebe Zuseherinnen und Zuseher, ich darf da vielleicht noch kurz ins Detail gehen, wie mein Kollege Martin Brandstätter schon gesagt hat, gibt es das Modell in der Steiermark schon. Es heißt Leistungssport und Lehre und ich würde sagen, es ist vielleicht sogar bei uns in der Steiermark schon besser ausgearbeitet, weil bei uns in der Steiermark ist es möglich, die Ausbildung um 18 Monate zu verlängern. Es werden individuelle Arbeitszeiten angeboten und vor allem, was auch ein

wesentlicher positiver Punkt in der Steiermark ist, dass eben dieses Nachwuchsleistungszentrum, das ist in allen Bundesländern, gibt es ein Nachwuchskompetenzzentrum. Das ist in der Steiermark eben das NLZ-Steiermark, und die bieten dann noch einmal eine umfassende Umfeldbetreuung zusätzlich an. Da wird angeboten sportwissenschaftliche Betreuung, die Koordination von Training und Athletentraining, aber auch eine Sportmedizin, Ernährungsbetreuung, aber auch eben Physiotherapie und Massage. Ich würde sagen, eigentlich sollten die Tiroler zu uns schauen und Sie da vielleicht noch ein Stück mitnehmen. Ich kann nur befürworten, in dem Alter ist es sehr wichtig, wenn man in den Sport, in den Leistungssport kommen möchte, dass man da gut betreut ist und eine Möglichkeit hat, eine duale Ausbildung zu machen. Wie gesagt, Schulen gibt es einige, aber eben auch schon das Modell mit der Lehre, Leistungssport und Lehre. Ich kann auch den Antrag nur unterstützen, dass auch das Haus Graz hier sich annimmt, die Betriebe und die Beteiligungen und dahingehend vielleicht auch der eine oder andere weitere Sportler, diese Ausbildung nutzt. Zwei gibt es bisher, für nächstes Jahr ist noch ein weiterer geplant und wir werden zustimmen.

Gemeinderätin Schlüsselberger:

Danke für die ergänzenden Wortmeldungen, auch wenn ich inhaltlich nicht überall mitgehen kann. Das GBG, das Modell, kenne ich, widerspricht aber meiner Idee des Grundeinsatzes und hilft jetzt auch nicht im Bereich der Holding auf die Schnelle, weil das Vorplanmanagement mit einem Lehrling zu gestalten ist, was anderes als die GBG. Danke für die Belehrung auch, wann, wer, wie, wo vorkommt in den Medien und was man sich als Bühne nimmt, finde ich gerade lustig, wenn man zwei Stunden des heutigen Tages mit einer anderen Bühne verbracht hat. Sei es drum, ich freue mich trotzdem auf breite Zustimmung. Anscheinend ist es ein Thema. Ja, das Projekt in der Steiermark ist mir bekannt, aber zielt nicht auf das ab, was ich meine, weil es hilft jetzt

ganz vielen Lehrlingen nicht, die im kleinen Installateursbetrieb ums Eck arbeiten, die Elektroinstallateurin bei großen namhaften Unternehmen machen und einen Randsport betreiben, die vielleicht im Profi-Eishockey-Frauensport weiterkommen und, und, und. Sei es drum, anscheinend scheint ja trotzdem Einigkeit zu stehen und das freut mich. Ich bedanke mich auf jeden Fall für die Zustimmung bei allen. Danke.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (Gegen KFG).

8.8 Sicherstellung von Parkraum für mobile unterstützende Dienste wie die Hauskrankenpflege

(GR Lenartitsch, SPÖ)

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Mitglieder im Gemeinderat, liebe Zuseher im Livestream, falls noch jemand auf der Galerie ist. Ist noch da, danke, immer wieder ein gern gesehener Gast und ein treuer Gast, bei uns in den Gemeinderatsitzungen. Ich möchte an dieser Stelle auch alle Zuseher und Zuhörer da draußen begrüßen. Ich weiß, dass einige Studierende der FH derzeit sich die Gemeinderatssitzung hineinziehen, mühsam, kriege ich manchmal als Rückmeldung. Ja, aber es ist halt so, in der Politik ist halt nicht immer alles ganz einfach, da spiegelt es sich halt, wie wir uns gegenseitig halt mögen oder halt nicht mögen.

Bei mir geht es heute aber um eine andere Sache, nämlich theoretisch wo ich 20 Sekunden einfach nur ganz still draußen bin und 20 Sekunden können einem dann eigentlich wie eine Ewigkeit vorkommen. Ewig kann es auch dauern, wenn man auf Hilfe zu Hause angewiesen ist, weil man in einem Mehrparteienhaus, in einem Wohnblock wohnt, wo man vielleicht auf die Hauskrankenpflege wartet, aber die

keinen Parkplatz vorfindet. Wenn man dann vielleicht jemanden doch hat, der von dem Pflegedienst sich dann irgendwo hinstellt und dann seine Pflege bekommt, in der dann runtergeht zu seinem Fahrzeug und genau der Betreiber oder der Besitzer dieses Wohnblocks, dieser Wohnanlage, privates Unternehmen beauftragt, all jene abzustrafen, die hier irgendwo parken, die keine Bewohner sind.

Sprich, die dort so quasi ihren Dienst verrichtet hat, die Person hat dann einfach € 85 an der Windschutzscheibe kleben, weil es eine Anzeige ist.

Das geht am Ziel vorbei, dass wir in der Stadt vielleicht zu wenig hingeschaut haben, dass wir Parkmöglichkeiten bei Wohnanlagen beziehungsweise dort, wo wir einwirken können, vielleicht auch für Pflegedienste oder sonstige Notdienste sehr wohl mitbedenken und auch einrichten beziehungsweise verordnen.

In welcher Art und Weise könnten wir das? Einerseits über die Mobilitätsverträge, die mit manchen Betreibern abgeschlossen werden, andererseits vielleicht geht es auch, sage ich jetzt einmal salopp, über die Bebauungspläne oder andere Stellen. Alle habe ich da noch nicht herausgefunden, aber es geht wirklich darum, dass wir, wenn wir schon wollen, dass unsere Mitmenschen recht lange - und das haben sie sich verdient - in einer Gemeinschaft leben, in einem Mehrparteienhaus, in einem Wohnblock, wo sie mit jungen Leuten zusammenleben können, aber eben dann Hilfe benötigen, dass diese Hilfe auch ungestraft so quasi dann dort ihren Dienst verrichten kann.

Es ist nicht etwas, was erfunden ist, sondern das gibt es wirklich, aber es gibt auch schon lobend, der eine mag es, der andere vielleicht nicht, sage ich jetzt einmal hier im Gemeinderatssaal, auch Dienste, die mobile Hauskrankenpflege, die eventuell auch schon mit Lasträdern unterwegs ist, mag wetterbedingt vielleicht bei einigen oder in einigen Monaten möglich sein, aber im Winter stelle ich mir das ein bisschen schwierig vor und dann muss man doch vielleicht seine Sachen irgendwie auch, die man dort benötigt, im Trockenen von A nach B bringen. Und damit wir hier vielleicht ein bisschen ein positiveres Bild für unsere Bevölkerung abgeben können, stelle ich hier im Namen des Sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs folgenden dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden ersucht, gemäß Motivenbericht zu prüfen, welche Möglichkeiten, etwa über Mobilitätsverträge oder Bebauungspläne oder Vergleichen. Es gibt bei Wohnbauprojekten, die Zurverfügungstellung der für die mobilen Hilfsdienste notwendigen Parkraums sicherzustellen, etwa über Besucher:innen Parkplätze oder vergleichbare Lösungen. Dem Gemeinderat ist bis Mai dieses Jahres ein Bericht vorzulegen. Ich bitte um breite Zustimmung. Danke.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eine Verknappung des Parkraums – korrespondierend mit Mobilitätsverträgen – macht bei neuen Siedlungsprojekten in Zusammenhang mit der angestrebten wie auch notwendigen Verkehrswende durchaus Sinn. Ein Rückgang des motorisierten Individualverkehrs in der unmittelbaren Wohnumgebung bedeutet immer eine Steigerung der Wohn- und Lebensqualität und ist natürlich auch insgesamt ein weiterer Beitrag gegen die Klimakrise. Dass für die notwendige Mobilität dennoch Raum gegeben sein muss, sei es auf der Straße oder für das Parken, ist aber ebenso klar.

Nicht zu verstehen ist aber, wenn die Verknappung des Parkraums zu Lasten von wichtigen unterstützenden Dienstleistungen von Bewohner:innen geht. Das Negativbeispiel dafür, und leider kein Einzelfall, war zuletzt eine neue große Siedlung in Straßgang. Dort stehen ausschließlich den Wohnungen zugewiesene Parkplätze zur Verfügung, es gibt keinen einzigen Besucherparkplatz. Jetzt könnte man lapidar und wenig freundlich sagen, Besucher:innen sollen halt mit Öffis kommen oder irgendwo weit weg stehen und einen kleinen Fußmarsch in Kauf nehmen. Allerdings, und das ist alles andere als bewohner:innenfreundlich, ist davon auch ein auf Mobilität

angewiesener Dienst wie die Hauskrankenpflege betroffen. Denn kein Besucher:innenparkplatz heißt, dass auch für die von jemandem dringend benötigte Hilfe zur Bewältigung des Alltags kein Stellplatz vorhanden ist. Und Verstöße wurden in diesem Fall – trotz Beschilderung des Autos, trotz einer Ausnahmegenehmigung der Stadt, von dem von der Immobilienverwaltung betrauten privaten Überwachungsunternehmen mit 85 Euro Parkstrafe belegt. Denn, so der Standpunkt des Immobilienverwalters, gleichzeitig Errichters: Wo keine beschrifteten Besucherplätze vorhanden sind, gibt es keine Besucherparkplätze. Mittlerweile scheint nicht zuletzt aufgrund von Vermittlungen durch die Stadt eine Lösung gefunden zu sein, dürfte seitens der Immobilienverwaltung erkannt worden sein, dass man mit einer derart restriktiven Haltung den eigenen Bewohner:innen gegenüber nichts Gutes tut.

Was dennoch bleibt, ist eine gewisse Unsicherheit – in diesem Fall wie auch in anderen bzw. für künftige Projekte: Auf pures Entgegenkommen angewiesen zu sein, stellt keine gute Basis dar. Vielmehr scheint es notwendig und zweckmäßig zu sein, in Hinkunft beispielsweise über Mobilitätsverträgen oder Bebauungsplänen bei Wohnbauprojekten sicherzustellen, dass es für solche Fälle Parkmöglichkeiten, etwa durch explizite Vorschreibung von Besucherparkplätzen gibt. Denn unbestrittene Tatsache ist, dass das Thema Pflege immer wichtiger wird, dass die unterstützenden Maßnahmen zu Hause immer mehr an Bedeutung gewinnen; dies auch, weil die meisten Menschen verständlicherweise so lange wie möglich in vertrauter Umgebung leben wollen. Aber dafür sind begleitende Dienste wie etwa die mobile Hauskrankenpflege unverzichtbar. Und deren Mobilität sollte im Sinne der betroffenen Patient:innen nicht eingeschränkt werden. So positiv es ist, dass manche dieser Organisationen bereits auf Lastenräder umgesattelt haben – gerade in den Außenbezirken, dort, wo am intensivsten gebaut wird und Wohnblöcke in die Höhe schießen, wird es auch aufgrund weiterer Strecken mit einer Hauskrankenpflege per Lastenfahrrad nicht gedient sein. Zumal die

Mitarbeiter:innen in der Hauskrankenpflege ohnehin teils schweren körperlichen Belastungen ausgesetzt sind.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher

den dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden ersucht, gemäß Motivenbericht zu prüfen, welche Möglichkeiten - etwa über Mobilitätsverträge oder Bebauungspläne - es gibt, bei Wohnbauprojekten die Zurverfügungstellung des für mobile Hilfsdienste notwendigen Parkraums sicherzustellen, etwa über Besucher:innen-Parkplätze oder vergleichbare Lösungen. Dem Gemeinderat ist bis Mai dieses Jahres ein Bericht vorzulegen.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (18.17 Uhr).

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (Gegen KFG).

Gemeinderätin **Würz-Stalder:**

Sehr geehrter verbliebener Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen und verbliebene Zuseher:innen auf der Bühne und im Livestream. Der Antrag, vielen Dank, dir, Manuel, für diesen Antrag. Er greift ein Thema auf, das tatsächlich immer relevanter werden wird. Wenn man die demografische Situation ansieht, dann muss man sagen: Ab 60 plus ist derart, in einer grafischen Darstellung sozusagen so ein Wasserkopf, der sich auch noch die nächsten zwei Jahrzehnte auf den jüngeren Generationen lasten wird.

Alternde Bevölkerung braucht auch immer mehr Pflege und hat auch das Problem der verstärkten Krankheitsfälle.

Ich habe da jetzt gerade nachgesehen: Die österreichische Gesellschaft hat einen sehr guten Gesundheitsstand. Derzeit für Männer bei 63,1 Jahren und bei Frauen mit 64,7 Jahren. Das ist also gar nicht sehr spät. Ich bewege mich auch schon wacker darauf hin. Dazu muss man sagen, das sind die Werte von 2019 und 2014 hat es sozusagen einen Höhepunkt in der Entwicklung gegeben. Da war das dann um jeweils ein bis zwei, also eigentlich fast zwei Jahre höher. Es ist aber jetzt derzeit wieder rückläufig und ich habe vor kurzem auch weitere Zahlen gehört, die wieder niedrigere Alterskategorien aufweisen.

Das heißt, es ist von zunehmender Bedeutung, und was vor allem wichtig ist: Wir wissen, dass für das Gesamtsystem und auch für die individuelle Situation eigentlich die Idee einer langen Verweildauer zu Hause von zunehmender Bedeutung ist. Deshalb ist auch diese mobile Krankenpflege so wichtig. Und im Grunde genommen ist das auch der dadurch bedingte Verkehr, einer, genau jener Verkehr, der Platz braucht und der sehr wichtig ist auch für den Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Was die Idee sozusagen von der Umsetzung dessen betrifft, muss man dazu sagen, innerhalb von Bebauungsplänen wird die Stadt kaum das hochheitliche Recht dazu haben, sozusagen hier zu bestimmen, wie über die Parkplätze im Privatraum, wie darüber verfügt wird. Man kann aber mit Sicherheit dort, wo es Mobilitätsverträge gibt, darauf appellieren und auch einladen, Bauträger:innen und Investor:innen, dass hier vorgesehen werden Parkplätze für genau das und Grundeigentümer:innen, muss man dazu sagen.

Ja, in dem Zusammenhang werden wir diesen Antrag unterstützen und ich hoffe auch, dass alle anderen das für sinnvoll erachten.

Gemeinderätin **Potzinger**:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werter Zuhörer, einer ist noch da, herzlich begrüßt.

Uns als ÖVP-Fraktion ist natürlich das Thema Pflege ein ganz großes Anliegen und vor allem auch die Möglichkeit, über mobile Dienste möglichst lang zu Hause bleiben zu können. Es ist hoch erfreulich, dass wir in Graz da viele Möglichkeiten haben, Dienste, die das Anbieten, jetzt auch die Möglichkeit der Anstellung pflegender Angehöriger, auch ein wichtiger Baustein dazu. Deshalb begrüßen wir diesen Antrag, lieber Antragsteller. Wir werden selbstverständlich der Dringlichkeit und dem Inhalt, Dringlichkeit haben wir schon, und dem Inhalt zustimmen. Es wird sicher im Detail nicht einfach, aber man muss den Grundstückseigentümern und den Bewohner:innen klarmachen, dass sie selber auch in die Situation kommen können, dass sie einer solchen Hilfe bedürfen. Ich glaube, mit einer solchen Imagekampagne, Betreuung und Pflege zu Hause möglichst lange zu ermöglichen und die professionellen Dienste da auch bereit zu haben, die dann selbstverständlich in der Nähe parken können müssen, ist ein großes Anliegen. Da geht es jetzt nicht nur um die Hauskrankenpflege, es geht auch um Ärzte, die Hausbesuche machen.

Wir haben das schon ein paar Mal diskutiert. Ich kann mich erinnern, vor etlichen Jahren habe ich thematisiert, dass auch mobile Hebammen Ausnahmegewilligung fürs Parken bekommen, weil sie den Gebärhocker und die Sauerstoffflasche nicht so weit herumtragen können. Das war zwar damals ein Running-Gag im Gemeinderat. Aber zurück zum Inhalt des Antrags, wir unterstützen das gerne und hoffen, dass es da Verständnis gibt, vor allem bei den Eigentümer:innen der Liegenschaften, dass eben nicht abgestraft wird, wenn dort jemand ist, der eine Tafel hat, Arzt im Dienst, Krankenschwester im Dienst, mobile Pflege im Dienst, dass selbstverständlich da Rücksicht genommen wird. Deshalb danke für den Antrag.

Stadtrat Krotzer:

Ich schließe mit dem Dank für den Antrag an. Ich war erst im Jänner konfrontiert mit Mitarbeiter:innen von einer Hauskrankenpflegeorganisation, die über eine private Sicherheitsfirma ein Strafzettel bekommen haben, über € 80. War bei einer Immobilie, einer großen, bekannten Immobiliengesellschaft. Das erst Schreiben um Kulanz ist dort eigentlich sehr unfreundlich beantwortet worden. Auf nochmalige Intervention ist es dann gelungen, dass auf diese Strafe verzichtet worden ist. Und sozusagen, damit wir dafür künftig nicht nur individuelle Regelungen haben und dass es nicht nur sozusagen eine Kulanzsache ist, ist der Antrag auf jeden Fall ein guter und richtiger Weg. Vielen Dank dafür, wir unterstützen das natürlich auch sehr gerne.

Gemeinderat Lenartitsch:

Danke noch einmal, dass sich eine breite, vielleicht auch jetzt einstimmige Entscheidung vielleicht zustande kommt und wenn es nur das ist, dass wir es bewusster machen, dass Bauträger vielleicht nicht nur der Verpflichtung ihrer Investoren verschrieben sind, sondern auch ihrer Bewohner:innen. Damit eben solche Sachen nicht mehr vorkommen, da ist es jetzt nur mehr das Beispiel der Hauskrankenpflege. Denken wir daran, wenn ich mir jetzt meine Lebensmittel nach Hause liefern lasse oder was auch immer, der nirgendwo stehen bleiben kann, wird es einfach zum Problem. Deshalb danke ich schon für die breite Zustimmung und ich freue mich, wenn das dann weiterhin behandelt wird.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (Gegen KFG).

8.9 Aktuelle Novelle der Straßenverkehrsordnung

(GR Pascuttini, KFG)

Klubobmann **Pascuttini:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, werte Zuseher.

Ein aktuelles Thema heute bei unserem Dringlichen, es steht eine Novelle der Straßenverkehrsordnung an, das hat eigentlich ein Problem zugrundeliegend, mit dem man konfrontiert ist, wenn man mit der Bezirkspolitik, in der Stadtpolitik eben mit den Menschen zu tun hat. Immer wieder gibt es Beschwerden darüber, dass 30er-Beschränkungen, die verordnet werden und die ja größtenteils auch ihren Sinn haben, einfach nicht eingehalten werden.

Früher gab es ja noch die Maßnahmen, die baulichen Maßnahmen, wie also diese Bodenschwellen dergleichen oder in anderen Städten gibt es oft einen Kartonpolizisten, der zu besserer Einhaltung der 30er mahnen soll, oder es gibt diese Warnanlagen, die zeigen, dass man zu schnell fährt. Kurzum, diese ganzen Möglichkeiten, wovon es eben diese Bodenschwellen nicht mehr gibt, auch aus guten Gründen, die bleiben halt relativ zahnlos bei denen, die es einfach nicht verstehen wollen oder können, warum man in einem 30er, 30 fahren soll. Wir haben sehr, sehr viele Beschwerden bekommen vor Kurzem, da ist ein neuer 30er verordnet worden, in der Göstinger Straße, wo sich jetzt so gut wie niemand mehr daranhält, da rast man jetzt durch und die Menschen dort wünschen sich halt eine Sanktion, eine Reaktion der Politik und der Verantwortlichen in der Stadt, damit diese 30er-Beschränkungen eben auch eingehalten werden.

Die Sache ist die, in Graz hat eben die Polizei natürlich diese 30er-Zonen zu kontrollieren und wir wissen es, wir haben es ja vor wenigen Wochen in der Zeitung gelesen, die Polizei in Graz hat zu wenig Personal, die muss sich um viele wichtige Dinge kümmern, hat dann oft nicht mehr ausreichend Potenzial oder Mannstärke, um dann auch noch die ganzen 30er zu kontrollieren.

Jetzt steht eine Novelle der Straßenverkehrsordnung an, wir haben gestern einen anderen Dringlichen Antrag ausgeschickt, als wir ihn heute dann sozusagen noch einmal an Sie versendet haben, haben da ein sehr konstruktives Feedback vom Kollegen Klubobmann Dreisiebener erhalten, aus dem Büro von der Verkehrsstadträtin, eben, dass es da jetzt ein Hindernis gibt, was unseren gestrigen Antrag betroffen hat, nämlich, dass in Graz die Landespolizeidirektion Sicherheitsbehörde erste Instanz ist, wir somit das nicht umsetzen konnten, wie wir es gestern vorgehabt hatten, aber wir dann auch nach einer Nacht reiflicher Überlegungen noch immer finden, dass es gut wäre, wenn die Stadt die Möglichkeit hätte, direkt selbst diese 30er zu kontrollieren und da etwas zu machen.

Wir machen ja im Endeffekt schon etwas. Nämlich zuletzt hat der Kollege Gemeinderat Zirngast am 06.07.2023 etwas vorgestellt, einen Bericht an den Gemeinderat, wo wir Personal, verkürzt gesprochen, an die Polizei sozusagen Dienstzuweisen und die dann eben diese Überwachungen auch durchführen. Den Bericht habe ich da, ich lasse ihn für die Nachredner auch hier liegen. Unser Anliegen wäre, dass man sagt, ok, gut, man muss das nicht immer über diesen Weg machen, der ja auch sozusagen ein teurer ist, wo man auch natürlich dann auch gewisse Straßen im Fokus hat. Es wäre für die Zukunft generell gut, wenn man grazweit im Stadtgebiet die Stadt die eigene Möglichkeit hätte, das zu sanktionieren.

Da es eben Dinge gibt, die dem Ganzen rechtlich entgegenstehen und wir ja gerade noch in der Begutachtungsphase sind, was diese 35. Novelle der Straßenverkehrsordnung betrifft, geht unsere Petition jetzt nicht ans Land bezüglich Durchführungsordnung, sondern eine Stufe höher an den Bund, wo wir eben am Petitionsweg auffordern, all jene rechtlichen notwendigen Änderungen zu schaffen, damit man das in Zukunft dann auch kontrollieren kann. Wichtig wäre natürlich, dass man da wirklich in Erinnerung ruft, da geht es nicht jetzt um eine irgendwie ausufernde Dreißigerzonen quer über die gesamte Stadt, da geht es um die Kontrolle der Dreißigerzonen, die wirklich Sinn machen. Ich glaube, jeder hat da sofort eine Straße

im Sinn, wo natürlich eine Dreißigerverordnung, wo ein 30er Sinn macht und wo sich leider einige nicht dranhalten.

Darauf zielt dieser Antrag ab. Ich bitte um eine sachliche Diskussion und um die Zustimmung, vielen Dank.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Im Grazer Stadtgebiet gibt es viele Straßen in denen „30-er Geschwindigkeitsbeschränkungen“ verordnet wurden, dies zum Schutz der „schwächeren“ Verkehrsteilnehmer und vielfach auf den Wunsch der dort ansässigen Bewohner hin. Derartige Geschwindigkeitsbeschränkungen sollen das Sicherheitsgefühl der Verkehrsteilnehmer in den betroffenen Straßengebieten heben und Rasern Einhalt gebieten. Von vielen Bewohnern aus dem ganzen Stadtgebiet erhalten wir aber nahezu täglich Beschwerden, dass die verordneten Geschwindigkeitsbeschränkungen eben nicht eingehalten werden und dadurch die Verkehrssicherheit massiv gefährdet wird. Gegenwärtig scheitern Bemühungen und Initiativen, die das Ziel haben, die flächendeckende Einhaltung der „30-er Beschränkungen“ sicherzustellen, oft am mangelnden Budget oder an den nur sehr langsam mahlenden Mühlen der Bürokratie.

Die neueste Novelle der Straßenverkehrsordnung sieht nun vor, dass Tempo 30 Geschwindigkeitsbeschränkungen zukünftig unbürokratischer umgesetzt werden können und diese noch dazu von den Gemeinden selbst überwacht werden können. Auf der Website des Ministeriums heißt es dazu: Zusätzlich stärken wir die Gemeinden auch bei der Überwachung der Tempolimits. So sollen Gemeinden künftig Radarkontrollen selbst durchführen können. Voraussetzung ist eine entsprechende Übertragungsverordnung des Landes.

Um der Stadt Graz eine solche Überwachung zu ermöglichen, sind auf Bundesebene weitere diverse Gesetzesänderungen, Zusätze oder womöglich auch neue Gesetze notwendig. Eine eigene Überwachung der 30er-Zonen in Graz mittels Radarkontrollen entlastet die Polizei und führt zudem zu mehr Sicherheit und zu einer Steigerung der Lebensqualität in unserer Stadt.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bund wird auf dem Petitionsweg aufgefordert, die aktuell in Begutachtung befindliche 35. Novelle der Straßenverkehrsordnung und weitere notwendige Änderungen, wie zum Beispiel des Sicherheitspolizeigesetzes dahingehend zu ändern, als dass es den zuständigen Stellen auf Landes- und Gemeindeebene möglich ist, die Überwachung der Tempo 30 Geschwindigkeitsbeschränkungen auf kommunaler Ebene durchzuführen.

Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (18.26 Uhr)

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (Gegen NEOS, LOHR, FPÖ)

Gemeinderat **Hackenberger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, die positive Antwort vom Klubobmann hat schon ihre Gründe, weil wir den Antrag grundsätzlich inhaltlich gescheit fänden und an sich ein Interesse bestünde, dass wir das selber machen können. Es ist nur so, dass es eigentlich ein Wunsch ans Christkind ist und so illusorisch, dass es aus unserer Sicht nicht viel Sinn macht, das anzugehen, denn es geht nicht nur um die Straßenverkehrsordnung, wo die Novelle, die nun mehr 35., anders aussehen müsste, man müsste wesentlich mehr umkrempeln und nicht nur in einem Ministerium, sondern wir bräuchten dazu auch das Innenministerium, weil das Sicherheitspolizeigesetz geändert werden müsste und wir haben eine Verfassungsordnung, die grundsätzlich im Artikel 118 sagt, dass es zwar einen eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde gibt, aber Geschwindigkeitsmessung und Verwaltungsstrafsachen eindeutig nicht zum eigenen Wirkungsbereich gehören und die ortspolizeilichen Verordnungen aber eben nur im Rahmen des eigenen Wirkungsbereiches erlassen werden können.

Wir haben ein Sicherheitspolizeigesetz, was besagt, dass die Sicherheitsbehörde für die Städte Graz und Leoben, in der Steiermark und für alle anderen Hauptstädte der anderen Bundesländer die jeweiligen Landespolizeidirektionen sind und wir haben eine schon bisher gültige, klare Anordnung der STVO, wo noch für die Verkehrspolizei die Überwachung der straßenpolizeilichen Vorschriften beinhaltet, ausschließlich die Landespolizeidirektionen zuständig sind, mit Ausnahme natürlich der Orte und der Gemeinden, wo die Bezirkshauptmannschaften das Sagen haben.

Wir hätten also nicht nur im Rahmen der Novelle der Schwarzen Verkehrsordnung, sondern einen wesentlich größeren Umfang, einen Bedarf, Gesetze zu ändern und das erscheint uns aus heutiger Sicht schlicht und einfach nicht machbar, deswegen werden wir inhaltlich trotzdem den Wunsch und das Interesse anerkennen mit dem Antrag nicht mitgehen können.

Klubobmann **Pascuttini:**

Danke, lieber Vorredner, noch einmal für die ausführliche Erörterung der Rechtsgrundlage. Finde ich, muss ich sagen, ein bisschen schwach. Zu sagen, es sei der Wunsch ans Christkind, wir können die Verfassung und die Gesetze nicht ändern. Ja, also dann sage ich, können wir viele Themen, die wir hier besprechen, vor allem auch bei den Dringlichen Anträgen, von der Tagesordnung nehmen. Denn da ist vieles oft sehr, sehr groß, was wir uns vornehmen. Und wenn man anschaut, wo wir oft schon bei anderen Dingen scheitern, gerade vor zwei, drei Runden, was die Dringlichen Anträge betrifft, hat ein Klubobmann Dreisiebner ausgeführt, was alles im Bereich der Klubmittelförderung, im Bereich der Prüfung durch den Rechnungshof, alles nicht möglich ist. Und dabei geht es nur um eine Ebene, nämlich die Landesebene, die sozusagen etwas dagegen hat, dass der Stadtrechnungshof aufgestockt wird. Also, wenn das die Messlatte ist für Dringliche Anträge, was jetzt rechtlich oberhalb passieren kann oder nicht, dann wäre ich dafür, und da bringe ich auch gerne einen Antrag ein, dass man diese Möglichkeit, Petition ans Land, Petition an den Bund zu stellen, gänzlich abschaffen, weil wir haben nichts davon, was wir per Petition irgendwo anregen in der Hand.

Also diese Argumentation von dir überzeugt mich nicht ganz. Ein bisschen schwingt durch, gute Idee, hätten wir auch, einen Punkt wollen wir euch nicht gönnen, deswegen stimmen wir dagegen, ist für mich auch okay, bin ich nicht böse darüber. Vielleicht können wir uns auch etwas anderes überlegen, was diese Problematik betrifft mit den Dreißigern, die nicht sanktioniert werden, weil das Problem kommt mir auch vor zu, wir haben eine Verantwortungslosigkeit in gewissen Bereichen, in weiten Teilen der Gesellschaft, was viele Bereiche betrifft, so auch in diesem, und da bräuchte es einfach eine Maßnahme, oder da bräuchte es ein Maßnahmenpaket, dass auch Dreißiger wirklich nicht nur verordnet werden, sondern man sich auch daran hält.

Wenn es eine andere Lösung gibt, soll es mir recht sein. Die Begründung von dir hat mich heute leider nicht überzeugt.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt (Gegen KFG).

8.10 „Genderwahnsinn“ stoppen – Zurück zur sprachlichen Normalität!

(GR Winter, KFG)

Gemeinderat Winter:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung.

Wenn die Frau Kollegin Robosch bei dem Antrag hinter mir die Tür aufmacht, im zweiten Stock habe ich die Befürchtung, dass sie Anlauf nimmt und mich vielleicht rausstoßen möchte. Daher aus Sicherheitsbedenken kurz geschlossen die Tür. Spaß beiseite. Nicht so nervös sein, Sie können eh noch sich nachher zu Wort melden. Spaß beiseite, der Genderwahn, zurück zu einer Normalität der Sprache. Wir alle wissen, die deutsche Sprache ist und bleibt eine sehr, sehr wichtige, eigentlich die wichtigste Ausdrucksform in unserer Gesellschaft, sowohl in schriftlicher wie auch in mündlicher Form und umso wichtiger ist es, dass diese Sprache auch einheitlich und ideologiefrei ist.

Eine Veränderung unserer Sprache kann sich durchsetzen, setzt sich aber immer nur dann durch, wenn sie auch von einer großen Mehrheit der Gesellschaft getragen wird. Bei diesem ganzen Gender-Thema, bei diesen ganzen Gender-Varianten unserer Sprache, die eingeführt worden sind in vielen Bereichen, ist dem nicht so. Die große Mehrheit, nämlich über 60 %, kann mit diesem Thema nichts anfangen. Ganz im Gegenteil, die große Mehrheit empfindet die Gender-Sprache als Störfaktor, ganz egal, ob es ein Gender-Sternchen, ein Gender-Gap oder was auch immer ist. Es wird

irgendwann einmal zu ideologischen Buchstabensuppe, die unsere schöne deutsche Sprache auch bis zum gewissen Grad verschandelt. Wir wissen, es gibt eine internationale Organisation, nämlich den Rat für deutsche Rechtschreibung. Bestehend aus über 40 Mitgliedern, über sieben Staaten, die sich auch im Rahmen dieser internationalen Gesellschaft gefunden hat. Und dieser Rat für deutsche Rechtschreibung hat auch einen ganz, ganz klaren Auftrag, nämlich die Einheitlichkeit unserer deutschen Sprache, so wie sie ist, zu wahren und zu behüten. Und das ist eben der große Unterschied. Diese internationale Organisation hat diese Aufgabe, wer diese Aufgabe nicht hat, unsere Sprache zu verändern, ist nämlich eine kleine und durchaus zugegebenermaßen laute ideologisierte Minderheit, die die große Mehrheit in unserer Bevölkerung mit Gender-Sprache tyrannisiert. Was wir brauchen, und in diesem Punkt werden wir uns wahrscheinlich einig sein, ist eine echte Gleichberechtigung, eine echte Gleichstellung in unserer Gesellschaft.

Nichts in diese Richtung positiv verändern kann, eine künstliche Deformierung unserer Sprache aus ideologischen Gründen und nichts dazu beitragen kann auch ein toxischer Feminismus, der genau diese Veränderungen versucht, immer wieder laut, aber dennoch wirkungslos durchzusetzen.

Daher der folgende Dringlichkeitsantrag, der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu einer Normalisierung der deutschen Sprache im Sinne der Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung und spricht sich folglich für ein Genderverbot im eigenen Wirkungsbereich der Verwaltung bezüglich sämtlicher Schriftstücke aus. Die Verwendung einer Vielzahl verkürzter Schreibweisen, von Sonderzeichen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Formen, Gendersternchen, Doppelpunkt und so weiter und so fort, wir alle kennen, das Gendergeschwätz wird für unzulässig erklärt. Ich danke für die breite Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die deutsche Sprache in gesprochener und geschriebener Form ist eine der wichtigsten Ausdrucks- bzw. Kommunikationsformen in unserer Gesellschaft. Folglich muss die Amtssprache Deutsch insbesondere im Rahmen der öffentlichen Verwaltung sowie in Schulen bzw. Universitäten einheitlich und frei von ideologischen Einflüssen ausgestaltet sein.

Veränderungen der Sprache setzen sich nur dann durch, wenn sie auch von der überwiegenden Mehrheit der Sprechenden allgemein akzeptiert werden. Eine große Mehrheit der Österreicher kann sich mit dem Thema „Gender-Sprache“ jedoch nicht identifizieren bzw. lehnt diese strikt ab (Umfrage | Für eine Mehrheit der Österreicher ist Gendern ein "Störfaktor" (kleinezeitung.at)). Asterisk („Gender-Stern“), Unterstrich („Gender-Gap“), Doppelpunkt oder andere Varianten der potenziellen Kennzeichnung von mehrgeschlechtlichen Bezeichnungen im Inneren des Wortes, die aus ideologischen Gründen des „Gender Mainstreaming“ Verwendung finden, stellen gemäß dem Rat für deutsche Rechtschreibung eine Normverletzung dar. Verantwortlich für die Bewahrung der Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum ist ausschließlich der Rat für deutsche Rechtschreibung, dem 41 Mitglieder aus sieben europäischen Ländern und Regionen angehören, und nicht eine kleine, aber zugegebenermaßen laute, ideologische Minderheit, die mit ihrer Gender-Ideologie die große Mehrheit der Bevölkerung sprachlich tyrannisieren. „Gender-Sprache“ ist somit nichts weiter als ein Ausfluss einer höchst fragwürdigen Weltanschauung zu betrachten.

Österreich braucht ein „post-Gender-Zeitalter.“ Die Verwaltung der Stadt Graz sollte diesbezüglich eine wichtige Vorreiterrolle für eine sprachliche Normalisierung einnehmen. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die viele Lebensbereiche der Menschen dieses Landes umfasst. Eine künstliche Deformierung der deutschen Sprache durch

Gender-Sternchen und Binnen-I ist diesbezüglich in keiner Weise förderlich, sondern führt lediglich zu einer weiteren gesellschaftlichen Polarisierung durch toxischen Feminismus. Ein Genderverbot in der eigenen Verwaltung der Stadt Graz stellt hingegen einen wichtigen ersten Schritt zur sprachlichen Normalisierung dar, den es dringend zu gehen gilt.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu einer Normalisierung der deutschen Sprache im Sinne der Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung und spricht sich folglich für ein Genderverbot im eigenen Wirkungsbereich der Verwaltung hinsichtlich Schriftstücken jeglicher Art (Verordnungen, Bescheide, Erlässe etc.) aus. Die Verwendung einer Vielzahl verkürzter Schreibweisen und von Sonderzeichen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Formen, wie „Gender-Stern“, „GenderDoppelpunkt“, „Gender-Unterstrich“ oder Doppelpunkt im Wortinnern, wird somit für unzulässig erklärt.

Gemeinderat Winter:

Ja, hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, es war zu erwarten. Die Diskussion ist etwas träge. Es hat aber einen ernsten Kern. Die Demokratie nämlich lebt grundsätzlicherweise von Diskussionen und von Ideenaustausch. Und es ist schon

interessant, wenn sich doch sehr breite Mehrheiten dann auch durchaus im linken Spektrum finden, die immer wieder hergehen und Themen in keinster Weise mehr aufgreifen. Das ist nämlich auch ein schädlicher Punkt für die Demokratie und wenn man so eine Diskussion nicht aufgreift, dann gibt es im Prinzip zwei Gründe.

Der eine Grund ist in dem Sinn, man hat keine Argumente, ist planlos und deswegen führt man die Diskussion nicht. Und der zweite Punkt, und der ist eigentlich der bedenklichere, es scheint doch insbesondere im linken Spektrum auch in diesem Haus verstärkte, autoritäre, durchaus auch antidemokratische Tendenzen zu geben, wenn man sich in diesem Sinne an gewissen Diskussionen nicht beteiligt. Und das beinhaltet auch eine gewisse Scheinheiligkeit.

Wir alle wissen, es hat jetzt diese Demonstrationen gegeben, wo man sagt, man ist gegen rechts und man möchte die Demokratie schützen und es gibt doch den einen oder anderen auch in diesem Haus aus der linken Koalition, der sich an diesen Demos oder an dieser Demo beteiligt hat, weil man ja angeblich so demokratisch ist, weil man angeblich ja unbedingt unsere Demokratie schützen möchte und man möchte unbedingt ein Zeichen setzen gegen die Antidemokraten. Der eine oder andere sollte sich überlegen, ob er nicht in den Spiegel schaut und möglicherweise darin selbst den Antidemokraten erkennt.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (Gegen ÖVP, KFG).

8.11 Planungssicherheit für das traditionelle Grazer Hinterhoftheater der Komödianten in St. Leonhard (KiStL)

(GR Pointner, NEOS)

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtsenatsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen, es geht heute um Planungssicherung für eine Traditionstheatergruppe in der Rechbauerstraße. Das ist die „Komödianten in St. Leonhard“, und es geht da um Planungssicherheit und um eine Hängepartie, die dort herrscht. Denn der Heimatort soll ja abgerissen werden, dieses Jahr offensichtlich wirklich und die Theatergruppe weiß nicht wohin. Sie konnte für das heurige Jahr keine Verlängerung zur Nutzung des alten Standortes mehr erzielen. Dem Vernehmen nach gibt es einen neuen Standort, aber auch da scheint die Finanzierung nicht geklärt. Wir haben in diesem Sinne am 19. Oktober eine schriftliche Anfrage gestellt. Da gibt es ein bisschen Verwirrung, was das Ganze betrifft, weil per Medien wurde kommuniziert, dass es gute Gespräche gibt. Uns schreibt die Kulturabteilung, dankenswerterweise hat sie überhaupt geantwortet, sie ist nämlich die Einzige, dass sie eigentlich keine Zuständigkeit hat und zu vielen Punkten nichts sagen kann. Nicht geantwortet hat die A17, Bau- und Anlagenbehörde. Haben wir keine Antwort bekommen und die GBG, da steht, das ist zugeleitet worden, ist auch keine Antwort gekommen. Das finden wir befremdlich und der Gruppe gegenüber unfair. Also, wenn nichts ist, dann soll nichts sein und wie sollen die tun. Sie machen jetzt ein Wanderprogramm in ihrer Not. Also vielleicht kann man da einfach für ein bisschen Unterstützung sorgen, damit diese Gruppe, die wirklich ein treues Publikum hat, wo sogar am Gebäude, das jetzt abgerissen wird, das Graffito draußen denkmalgeschützt ist und mit großem Aufwand abgenommen wird und so weiter und so fort. Das hilft natürlich nur dem Theater nichts und das ist schon ein wirklich achtenswerter Teil unserer Kulturszene in Graz, der auch wirklich unser Augenmerk verdient und benötigt.

Daher stelle ich den Dringlichen Antrag, die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, mit der Theatergruppe der Komödianten in St. Leonhardt in Kontakt zu treten und diese nach Möglichkeit tatkräftig bei der Standortsuche zu unterstützen, sodass bis spätestens Anfang des Sommers Planungssicherheit über die Zukunft des traditionellen Grazer Hinterhoftheaters besteht. Ich bitte um freundliche Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Bis heute ist nicht restlos geklärt, welche Zukunftsaussichten es für die sehenswerte Theatergruppe des traditionellen Grazer Hinterhoftheaters der Komödianten in St. Leonhard (KiStL) gibt. Anders als vor einem Jahr, konnte für das heurige Jahr keine Verlängerung zur Nutzung des alten Standortes in der Rechbauerstraße 63a erzielt werden. Im Laufe des Jahres erfolgt der Abbruch für das dort geplante Neubauprojekt. Über eine mögliche neue Heimat für das KiStL ist wenig bekannt, doch gäbe es dem Vernehmen nach in der Heinrichstraße ein geeignetes Objekt. Knackpunkt dürfte auch hier die Finanzierung sein, wobei die Theatergruppe auf die Unterstützung durch die Stadt Graz angewiesen ist. Diese Situation ist alles andere als zufriedenstellend - was man jetzt am dringendsten brauche, sei Planungssicherheit, hört man von den Theaterverantwortlichen.

Was die Zukunftsperspektive generell betrifft, sorgte eine Anfragebeantwortung zuletzt für zusätzliche Verwirrung: Anders als medial berichtet, wonach es gute Gesprächen mit Kulturstadtrat Günter Riegler (ÖVP) gäbe (<https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/17952135/kistl-hinterhoftheater-steht-morgen-vor-letzter-premiere>), gab das Kulturamt bekannt, dass man mangels Zuständigkeit in der Fachfrage oder mangels Kenntnis über den aktuellen Stand der Entwicklung keine Auskunft zur Zukunft des Hinterhoftheaters geben könne (GZ: A 16 –065781/2004/0706). Planungssicherheit sieht anders aus.

Es scheint, als würden Unklarheiten über die Zuständigkeiten im Rathaus herrschen und die Mithilfe bei der Standortsuche enden wollend sein. Doch möchte die Stadt

dem traditionellen Grazer Hinterhoftheater der Komödianten in St. Leonhard (KiStL) wirklich helfend zur Seite stehen, braucht es die Zusammenarbeit aller betroffenen Abteilungen. Im Sinne einer raschen Lösung und einer damit verbundenen Planungssicherheit für die Theatergruppe, stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, mit der Theatergruppe der Komödianten in St. Leonhard (KiStL) in Kontakt zu treten und diese nach Möglichkeit tatkräftig bei der Standortsuche zu unterstützen, sodass bis spätestens Anfang des Sommers Planungssicherheit über die Zukunft des traditionellen Grazer Hinterhoftheaters besteht.

Gemeinderätin Braunersreuther:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für den Antrag. Ich habe das letzte Mal auch nachgefragt und ich finde es nicht einseitig, wenn man sich für ein Theater, das halt derzeit ein großes Problem hat, einsetzt. Das stellt auch keine Bevorzugung dar. Ich muss zwar eigentlich sagen, dass die Dringlichkeit nicht ganz gegeben ist, denn es gab, wie du vielleicht erfahren hast, von den Leuten vom KiStL, bereits ein Gespräch, wo sich alle Abteilungen zusammengesetzt haben, auch gemeinsam mit dem ÖSW, um über einen möglichen neuen Standort zu sprechen.

Es gab jetzt auch schon akut die Hilfestellung für das KiStL, um das Mobiliar unterzubringen durch das Sozialamt in einem Zwischenlager. Es gibt auch weiterhin die Bereitschaft von der Abteilung Immobilien unterstützend tätig zu sein, wobei die Abteilung Immobilien keine Zusage machen kann, weil es derzeit einfach keine

geeigneten Immobilien im Eigentum der Stadt oder des Hauses Graz gibt, die man zur Verfügung stellen könnte für so ein Theater. Dennoch muss man, um so ein etabliertes Theater, das ja mit sehr, sehr viel Eigenengagement arbeitet und auch sehr inkludierend ist, also das sehr viele Leute mitnimmt, die da ehrenamtlich mitarbeiten und das mit großer Freude tun, weiterhin unterstützen und deswegen stimmen wir deinem Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt gerne zu.

Gemeinderätin Unger:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin.

Ich glaube, es eint uns, das Wissen darüber, dass das KiStL eine wichtige Grazer Institution ist. Ich gehöre selber zu denjenigen, die dort oft hingehen und kann das nur bestätigen, dass das grundsätzlich sehr wichtig ist. Ich möchte in diesem Rahmen auf zwei Dinge hinweisen, die einfach wichtig sind, um die Situation ordentlich zu beurteilen, weil ja immer so ein bisschen unausgesprochenes Kulturamt oder der Kulturstadtrat in die Ziehung genommen wird.

Erstens ist in den letzten Jahren sehr, sehr viel unternommen worden. Es sind zahlreiche Gespräche geführt worden, um eben einen Standort zu suchen, der passen könnte. Da hat es immer wieder die verschiedensten Prioritäten gegeben, auch weil natürlich das KiStL sehr stark mit dem Bezirk verbunden ist. Stadtrat Riegler hat sich da in vielfacher Weise dafür eingesetzt. Da war ich selbst oft bei Gesprächen dabei, wo sehr viel gesucht worden ist. Das ist einfach eine sehr, sehr schwierige Unternehmung. Und das zweite ist, das Kulturamt pocht zu Recht, und das ist auch bereits in den letzten Monaten oder in den letzten Wochen so kommuniziert worden, vollkommen zu Recht darauf, dass die Gleichbehandlung von Kulturschaffenden und von Fördernehmern und Nehmer:innen eine ganz wichtige Komponente ist. Wir müssen einfach darauf schauen, und da würde ich eben widersprechen, dass sozusagen eine Ad-hoc-Situation dieses Argument vollkommen ausknockt, darauf achten, dass die

Menschen, die sich hier im Kulturbereich, im Kunstbereich engagieren. Ich glaube, das, was für das KiStL und seine beteiligten Protagonisten und Nistinnen gilt, gilt auch für die meisten anderen Kulturschaffenden. Nämlich, dass sie sehr, sehr engagiert sind und selbstverständlich Unterstützung verdienen. Dennoch muss die Leistbarkeit, die Möglichkeit und auch die Zuständigkeit ordentlich geklärt werden. Ich möchte betonen, dass das Kulturamt in keiner Weise einerseits personell dafür ausgestattet ist, noch eine finanzielle Bedeckung für diese Aktivitäten hat und drittens auch nicht den Auftrag hat.

Das heißt, ich möchte ganz dringend ausräumen, dass es hier irgendwie eine Komponente gäbe, man würde sich nicht engagieren wollen oder dieses Problem nicht ernst nehmen. Das ist, glaube ich, überhaupt nicht so und es gab zahlreiche Bemühungen. Die letzte eben hat auch dafür oder eine der vielen hat dafür gesorgt, dass eigentlich der Standort für drei weitere Jahre, vor drei Jahren eben also bis jetzt, verlängert werden konnte. Das ist, glaube ich, eine wertvolle Zeit gewesen, mit der Frau Pauritsch sind, glaube ich, viele von uns in Kontakt und suchen nach entsprechenden Unterbringungsmöglichkeiten. Das ist eben eine. Ich darf trotzdem darauf hinweisen, es gibt Angebote der Stadt, es gibt entsprechende Spielorte wie das Kristallwerk oder jetzt auch dann bald am Kai ein neues Theater, das genutzt werden könnte. Also, es gibt Bemühungen und ich hoffe, es wird sich eine gute Lösung finden, die gut fürs KiStL ist, aber auch gut für die gesamte Kulturlandschaft. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat **Riegler:**

Ich möchte ergänzend zu meiner geschätzten Kollegin Dr. Unger, die ja in den ersten Jahren meiner politischen, kulturpolitischen Tätigkeit ja meine Büroleiterin war, mit der ich gemeinsam einige tolle Projekte umsetzen konnte, möchte ich da nur noch

ergänzen, dass wir vom Kulturressort natürlich immer seit dem ersten Tag, an dem bekannt war, dass das KiStL irgendwann wird ausziehen müssen, selbstverständlich uns immer darum bemüht haben zu helfen.

Und ich kann Ihnen sagen aus meiner mittlerweile siebenjährigen Praxis, dass du eigentlich fast jede Woche nicht einmal, sondern zehnmal Termine hast mit Kulturschaffenden, bei denen es entweder darum geht, dass irgendeine Förderung erhöht werden sollte oder dass irgendeine Infrastruktur benötigt wird oder fehlt oder dass eben insbesondere auch gar nicht so selten Räumlichkeiten benötigt werden, die fehlen.

Da kann ich Ihnen Geschichten erzählen, da sind wir bis morgen noch da, also auch von Musikkapellen, ein klassisches Problem. Wir haben zum Beispiel mehrere Musikkapellen in Graz, die Blasmusik und alles Mögliche an Instrumenten haben.

Schlagwerk, großes Problem, Schlagwerk, sie können ja nicht jedes Mal eine Kesselpauke irgendwo hinbringen, das heißt, es ist oftmals wichtig für Musikkapellen, dass sie in den Proberäumen dann irgendwo Lagerstätten haben. Oft ist das in Kirchen, aber manchmal sagen die Kirchen halt, ja, es geht halt nicht mehr, so viel Platz haben wir nicht. Also, ich möchte Ihnen nur sagen, es gibt sehr, sehr viele

Theatereinrichtungen, Schauspieleinrichtungen, Musikkapellen, Bands, aber auch bildende Künstler:innen, die eben Räumlichkeiten brauchen. Und wenn man daher, das habe ich auch mit Herrn Pointner heute auch schon unter vier Augen besprochen, wenn man daher solche Beschlüsse zur Regel macht, nämlich dass man hergeht und sagt: So, jetzt gibt es da einen Einzelfall, da gibt es jetzt vielleicht ein Problem und jetzt beauftragen wir die öffentliche Hand, also unsere eigene Verwaltung, damit, dass sie jetzt für diese Einrichtung Räumlichkeiten, Ressourcen, was auch immer herbeischafft, also da kommen wir dann irgendwann ans Ende der Belastbarkeit. Also, deswegen, ich habe aber mit meiner Fraktion das besprochen. Wir haben gesagt, wir wollen da nicht am Schluss übrigbleiben als diejenigen, die dem KiStL nicht offiziell helfen wollen.

Deswegen delegiere ich das jetzt gleich weiter an den Manfred, der eh schon

dankenswerterweise zuhört. Nämlich für Immobilien ist der Immobilienstadtrat zuständig. Und ja, dann suchen wir etwas, wir werden weiterhin behilflich sein. Ich selber habe schon ein paar Ideen. Und im Übrigen werden wir dann entweder die Räumlichkeiten brauchen oder die zusätzliche finanzielle Unterstützung für die Anmietung, weil bekanntlich kostet ja eine Mietfläche halt zwischen € 20,00 und € 30,00 warm pro Quadratmeter inklusive Betriebskosten. Und das muss halt irgendjemand zahlen. Und wenn es dann immer heißt in den Budgetdebatten oder in sonstigen Budgetgesprächen, ja, aber Geld haben wir keins, ja dann ist es halt blöd gelaufen. Also in Wahrheit müsst ihr euch jetzt irgendwann einmal, liebe Kollegen von der Koalition, überlegen, ob das wirklich einen Sinn macht, dass ihr mir jedes Monat in Gemeinderatssitzungen eine ganze Reihe an Dringlichen Anträgen rüberschickt mit der Aufforderung, der Herr Riegler soll das machen, der Herr Riegler soll das machen, der soll das machen, aber gleichzeitig gibt es dann kein zusätzliches Geld. Siehe auch Fußnote Tennenmälzerei, davon vielleicht dann in einer der nächsten Sitzungen. Also, bitte schön ja, dann stimmen wir mit, gern, und bitte, Manfred, gehen wir gleich morgen auf die Suche nach einer geeigneten Räumlichkeit. Danke.

Gemeinderat **Pointner:**

Danke schön, selbstverständlich Gleichbehandlung, es darf nicht sein, dass die Politik irgendjemanden der Kunst bevorzugt oder benachteiligt und deshalb soll selbstverständlich das Kulturamt Fördergeber sein nach Prüfung von objektiven Kriterien und fertig ist. Es geht hier um Planungssicherheit und um das Beenden einer Hängepartie und von mir aus auch, um den Mut zu sagen, wenn wir das halt nicht können, dann wird es halt nicht weitergehen, dann reißen wir das ab und ihr müsst euch selber was suchen und sucht um Förderungen an.

Aber eine Theatergruppe, und da kenne ich mich halt berufsmäßig aus langer Jahre Erfahrung wirklich aus, zu einem Wanderprogramm zu verdammen und ihnen das

Standpublikum zu nehmen durch Planungsunsicherheit, das heißt, sie sowieso umzubringen. Es zeichnet sich jetzt eine Zustimmung ab und eine Lösung, die ist, glaube ich, in dem Fall sehr, sehr gerechtfertigt und gut und soll natürlich nicht dazu führen, dass die Politik sich in die Kultur einmischt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.12 Nur mehr 10 statt 23 Leerstände in der Annenstraße – Stadt Graz muss positiven Trend durch Aktionen und Marketing befeuern

(GR Reininghaus, NEOS)

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Hoher Stadtsenat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, letzter Gast am Balkon und Gäste zu Hause.

Mein Dringlicher Antrag, das ist heute einmal ein schöner, dringlicher Antrag, ich darf Ihnen nämlich wirklich gute Nachrichten aus der Annenstraße mitbringen. Die freistehenden Geschäftsflächen in der Annenstraße haben sich nämlich deutlich reduziert, aber von Anfang an.

Schon in meiner ersten Gemeinderatssitzung, ich meine, die, die da länger da sind, wissen das, das war der 14. Mai 2020, noch unter der alten Koalition, habe ich zum Anlass genommen, die Problematik und die Folgen der massenhaft leerstehenden Geschäftsflächen in der Annenstraße in den Gemeinderat zu tragen, um ein bisschen Bewusstsein zu schaffen. So darf ich Sie daran erinnern, dass damals 23 leerstehende Geschäftslokale zu verzeichnen waren, 23. Zwischen dem Schuhhaus Baumgartner und dem Bahnhofgürtel, das ist jetzt nicht wirklich eine lange Strecke. Bei diesen 23

Leerständen waren damals auch nicht die 20 zusätzlichen Leerstände in der anderen Passage dazugerechnet. Deshalb hatten wir ja 43 Leerstände zu verzeichnen.

Heute darf ich berichten, dass sich die 23 Leerstände in der Annenstraße in der Zwischenzeit auf 10 reduziert haben. Vielleicht wäre da auch etwas fürs KiStL dabei. Da gibt es also auch schöne große Objekte, die man mieten kann, eins mit 500 Quadratmetern. Also vielleicht, das wäre doch auch etwas Schönes, wenn Kunstkultur eine junge Szene in der Annenstraße sich ansiedeln könnte. Das würde mir wahnsinnig gefallen.

So, es gibt also einen deutlichen Aufwärtstrend, und das freut mich natürlich. Ich wohne und habe mein Büro dort seit 2011, und das war wirklich schrecklich damals. Was ist denn alles geschehen in der Zwischenzeit? Einige Eigentümer haben Gebäudefassaden wirklich hochwertigst und wunderschön saniert. Die UNIQA hat ihre Fassade begrünt. Meine ehrenamtlichen 20 Pflanzkisten werden von Geschäftsleuten betreut. Die Stadt Graz hat € 400.000,00 in die Hand genommen und uns große Pflanztröge aufgestellt. Es ist zwar keine Stadtallee, wie wir sie wünschen, aber ehrlich gesagt, ich bin sehr froh, dass die dastehen, denn wenn da jetzt Frühling wird und das grün wird, dann wird das schon wirken und ein schönes Bild verbreiten.

Was es aber jetzt braucht, ist, dass dieser positive Trend auch von der Stadt Graz befeuert wird, dass man berichtet über diesen Aufwärtstrend, dass man versucht, eine junge Szene dorthin zu kriegen, denn dafür wäre die Annenstraße wirklich gut geeignet. Ich denke, die Annenstraße braucht sich nicht im Konkurrenz sehen mit den schicken Geschäften im ersten Bezirk, brauchen wir gar nicht, sondern Kunst-, Kultur-Meile, junge Leute, nachhaltig, öko und so weiter, das ist das, was mir so vorschweben würde.

Und dazu könnte vielleicht die Holding Graz Citymanagement, Herr Dr. Riegler, schauen sie, jetzt spreche ich gar nicht hier an, also sind Sie jetzt froh, dass ich jetzt einmal das in die Holding Graz Citymanagement schiebe, weil Sie zuletzt schon so grantig waren mit den Wünschen unserer Architektin. Also, wir brauchen jetzt die

Stadt Graz, die Holding Graz Citymanagement, wer auch immer, die jetzt durch Aktionen und Shopping-Erlebnisse für Grazer:innen und Besucher:innen aus dem In- und auch Ausland aufmerksam machen auf die Annenstraße.

Wir müssen jetzt am Ball bleiben, vielleicht genügt ein einfaches, günstiges Werbekonzept, das fokussiert genau das, was diese Straße so besonders macht, nämlich die Vielfalt dort von Menschen, die Kulturen, die verschiedenen, die hier miteinander leben, die verschiedenen Einkaufsmöglichkeiten, die neu gewonnene Aufenthaltsqualität durch Bäume in Pflanzkisten mit Sitzgelegenheiten.

Bitte, Leute setzen sich immer auf meine Blumenkisten bis jetzt, weil Sie nie etwas zum Sitzen gefunden haben, also jetzt sind die Blumenkisten wieder sicher, wunderbar. Die neue Radspur, die fußläufige Erreichbarkeit von Geschäften, Ärzten, Ärztinnen, Unterhaltung, Institutionen, und öffentlichen Parks – es ist alles dort. Und nicht zuletzt diese perfekte Verkehrsanbindung, öffentlicher Verkehr. Hammer, wirklich klasse, die Annenstraße. Das Wissen nur noch nicht alle. Also, es gibt eine Vielzahl von Gründen, die Annenstraße für eine junge Szene, künstlerische Szene attraktiv zu machen.

Daher stelle ich gemäß § 16 der Gemeinderatsordnung folgenden Dringlichen Antrag: Die zuständigen Stellen, wer immer das jetzt auch ist, werden ersucht, zur Stärkung des zu verzeichnenden positiven Trends am Wirtschaftsstandort Annenstraße ein Konzept zu entwickeln, das geeignet ist, die Belebung der noch verbliebenen zehn freien Geschäftslokale voranzutreiben und das Shopping- und Genusserlebnis in der Annenstraße weiter zu befeuern. Ich bitte um breite Annahme. Danke.

Originaltext des Antrages:

Den „Wirtschaftsstandort Annenstraße“ aufrecht zu erhalten, das gelang auch mit der Neugestaltung der Annenstraße unter der Federführung der damaligen Grünen-Vizebürgermeisterin Lisa Rücker nicht. Vor 10 Jahren versuchte man im Zuge der baulichen Umgestaltung des Hauptbahnhofs auch gleich der Annenstraße ein neues Gesicht zu geben, sie attraktiver zu gestalten und aufzuwerten

<https://www.annenpost.at/2012/01/24/vizeburgermeisterin-lisa-rucker-im-interview-zum-thema-annenviertel-neugestaltung/>

Zum Zeitpunkt der Eröffnung der neuen Annenstraße am 20. und 21. September 2013 war die Euphorie noch so groß, dass die Geschäftsleute vor Ort gemeinsam mit dem Verein „Annenviertel“ ein volles 2-Tages-Programm auf die Beine stellen konnten

[http://annenviertel.at/wp-content/uploads/2013/09/Programmflyer-](http://annenviertel.at/wp-content/uploads/2013/09/Programmflyer-Er%C3%B6ffnung-Annenstrasse.pdf)

[Er%C3%B6ffnung-Annenstrasse.pdf](http://annenviertel.at/wp-content/uploads/2013/09/Programmflyer-Er%C3%B6ffnung-Annenstrasse.pdf) vom Kinderschminken über Samba-Tanzen auf der Annenstraße, einem „Wunschkonzert“ am Esperantoplatz, bis hin zu speziellen Eröffnungstage-Rabatten, uvm.

Bald aber rührte sich Kritik, einerseits über die sicherheitstechnischen Mängel durch die neue Verkehrsführung im Bereich der Straßenbahnhaltestelle Roseggerhaus

<https://probimgraz.info/3607-annenstrasse-neu-umgestaltung-mit-maengeln/> und

andererseits durch die eingeschränkte Erreichbarkeit für manche Unternehmen, gleich ob aus der Innenstadt oder aus dem Bezirk Eggenberg kommend

<https://www.meinbezirk.at/graz/c-lokales/grohs-scheiterte-an-neuer-annenstrassea1746233>

Mehr und mehr Unternehmen wanderten ab, bis im Mai 2020 die Spitze erreicht

wurde: Ganze 23 leerstehende Geschäftslokale wurden gezählt, ein Umstand der jede Ästhetik im Straßenbild zerstört und zu unangenehmen Verschmutzungen der Gehsteige führt. Dennoch, in den letzten beiden Jahren ist hier viel passiert.

Gebäudefassaden wurden saniert, die Uniqa hat ihre Fassade begrünt, 20 kleine

Pflanzkisten werden von Geschäftsleuten betreut, die Stadt Graz hat 400.000 Euro in

Begrünungsmaßnahmen investiert und anstelle von damals 23 Leerständen, sind es mit Anfang dieses Jahres nur mehr 10 (Siehe dazu Fotoprotokoll)

Um diesen positiven Trend beim gewerblichen Zuzug weiter zu verstärken, braucht die

Annenstraße die Unterstützung durch die Stadt Graz. Dazu könnte das „Holding Graz

Citymanagement“ auf den Plan gerufen werden, um durch Aktionen das Shopping- und

Genusserlebnis für GrazerInnen und BesucherInnen aus dem In u.- Ausland noch einzigartiger zu machen (<https://www.holding-graz.at/de/grazgutschein/citymanagement/>)

Genau das braucht die Annenstraße jetzt! Es ist notwendig, „am Ball zu bleiben“ und durch gezielte Aktionen samt maßgeschneidertem Werbekonzept auf das aufmerksam zu machen, was diese Straße besonders macht. Die Vielfalt an Menschen und Kulturen die hier miteinander leben, die vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten, die neu gewonnene Aufenthaltsqualität durch Bäume in Pflanzkisten mit Sitzgelegenheiten, die neue Radspur, die fußläufige Erreichbarkeit von Geschäften/Ärztinnen und Ärzten/Unterhaltung/Institutionen und öffentlichen Parks. Nicht zuletzt die hervorragende Infrastruktur und die perfekte Verkehrsanbindung hier. Jetzt ginge es darum, die Annenstraße für eine junge, innovative und künstlerische Szene attraktiv zu machen.

„Wer nicht gesehen wird, der ist nicht“, so die einhellige Meinung von Werbefachleuten. Daher stelle ich gemäß § 16 der Gemeinderatsordnung folgenden

Dringlichen Antrag

Die zuständigen Stellen werden ersucht, zur Stärkung des zu verzeichnenden positiven Trends am „Wirtschaftsstandort Annenstraße“ ein Konzept zu entwickeln, das geeignet ist, die Belebung der noch verbliebenen 10 freien Geschäftslokale voranzutreiben und das Shopping- und Genusserlebnis in der Annenstraße weiter zu befeuern.

Gemeinderätin Mohsenzada:

Einen schönen guten Abend, liebe Kolleginnen und Kollegen und werte Zuseherin. Liebe Sabine, vielen Dank für deinen Antrag, denn als Annenviertlerin betrachte ich, beobachte ich ebenso dieses Frühlingserwachen in der Annenstraße. Es gibt nicht nur

jetzt das Feel-Free und die Gesundheitsdreh Scheibe, auch gastronomisch hat sich ein bisschen was getan. An dieser Stelle kann ich sogar einen Tipp geben: das wundervolle afghanische Restaurant in der Annenstraße 54.

Und dieses Neuerwachen gehört aber unbedingt weitergeführt und unterstützt. Daher unterstützen wir dich, liebe Sabine, sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt. Vielen Dank.

Stadtrat **Riegler**:

Ja, dann sage ich vielleicht schnell etwas dazu. Übrigens, Frau Reininghaus, das Citymanagement gehört natürlich auch zu meiner Zuständigkeit. Das ist, auch wenn es in der Holding ist. Das Interessante ist ja, Sie sind von einer liberalen Partei. Das heißt, liberale Parteien haben ja normalerweise eher so die Grundlinie: Man gibt einen Anreiz und dann schaut man, ob der freie Markt etwas regelt. Interessanterweise ist es in dem Fall anders, weil in dem Fall wollen Sie eigentlich, dass man immer noch mehr und noch mehr tut über die Anreize, die es schon gibt, hinaus. Wir haben mehrere Anreize. Wir haben einerseits eine Geschäftsbelebungsunterstützung mit maximal bis zu € 10.000,00 von der Wirtschaftsabteilung. Wir haben eine Unterstützung bei Pop-up-Nutzungen in Höhe von bis zu € 3.000,00 maximal. Wir haben eine Gründerförderung für Unternehmen, die sich ausprobieren wollen, von € 5.000,00. Es gibt eine Plattform freie-lokale-graz.at, auf der man natürlich auch Werbung machen kann für freie Lokale. Es gibt auch ein Interreg-Projekt NICE, das ebenfalls Interreg gefördert genau darauf abzielt, Stadtkerne lebendig zu halten. Das heißt, es gibt bereits fünf verschiedene Maßnahmen. Ich bin mir jetzt ehrlich gesagt nicht ganz sicher, was man jetzt zusätzlich noch, wenn es das eh alles schon gibt, noch in ein Konzept machen kann. Aber da ich davon ausgehe, dass ja sowieso mit dem Segen der Koalitionsmehrheit das eh sowieso beschlossen wird, werden wir halt dann ein Konzept schreiben, das in etwa das wiedergibt, was wir ohne dies schon haben. Nämlich eine vitale Gründerförderung,

eine vitale Unternehmer:innenförderung. Wir haben allein in Graz jedes Jahr ein Rekord an Start-up-Gründungen in ganz Österreich, also an und für sich ist es nicht so, dass es jetzt hier so wahnsinnig dringlich wäre. Wenn Sie selbst noch dazu in Ihren einleitenden Motivberichtsformulierungen schon sagen, dass die Zahl der Leerstände eh zurückgeht, aber wenn Sie meinen, dass die Dringlichkeit gegeben ist, dann möge sie also gegeben sein. Danke schön.

Gemeinderat Ram:

Ja, man kann dir noch Glück wünschen für deinen unermüdlichen Einsatz für die Annenstraße. Ich glaube auch, die Entwicklung ist sehr positiv. Ich glaube, die Annenstraße ist eine sehr wichtige Straße für Graz. Es ist doch die Verbindung vom Hauptbahnhof in die Stadt rein, das ist auch der erste Eindruck, den man bekommt, wenn man jetzt mit dem Zug nach Graz anreist. Aber das soll es ja nicht allein sein, es geht darum, dass wir hier eine Straße haben, die wirklich, ich glaube, ein Problem gehabt hat. Aber ich würde schon noch auch dazu sagen, warum wir das spannend und wichtig finden. Ich glaube, die Stabilität von vielen Geschäften in dieser Straße ist bei weitem nicht so groß, wie wir uns das gerne wünschen würden. Und die Stadt hat einiges getan, insbesondere auch Flächen angemietet, also wie zum Beispiel die Gesundheitsdrehseibe. Da kommt natürlich auch einiges aus der öffentlichen Hand, was da besetzt wird. Das hilft natürlich auch, aber ich glaube, wir brauchen da sicher noch mehr. Ich kenne es auch aus der Bürgerspitalstiftung, wo ja auch Fenster, also Erdgeschossflächen vermietet werden. Da ist relativ viel Wechsel, also gar nicht einfach, diese Geschäftsflächen lukrativ zu erhalten.

Insofern können wir dem nur zustimmen, danke der Wirtschaftsabteilung für die bereits vielen Maßnahmen, die es gibt. Wir werden weiter beitragen, also die niederschwellige, also diese € 400.000,00 mit den Pflanztrüben. Ich glaube, man hat es auch am Griesplatz gesehen, einen großen Umbau zu machen, einfach mit schnellen

Maßnahmen, die wirklich eine Verbesserung bringen, kann man viel bewirken. Die Wirtschaftsabteilung wird uns sicher noch ein paar Ideen dazu bringen, was man noch machen kann, und dann gibt es für die Annenstraße sicher eine super Zukunft. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Dankeschön, Herr Gemeinderat Ram. Ich möchte vielleicht auch noch anmerken, Kollege Ram hat es ja schon gesagt, die Bürgerspitalstiftungswohnung hatte dort auch etliche Geschäftsräumlichkeiten und die Gemeinderätin Hopper weiß das auch, da sind wir nicht nur bemüht, immer zu achten darauf, rasch, dass wieder Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden, sondern fördern auch viele. Ich möchte nur erinnern daran, also neben dem, was schon erwähnt worden ist, von der Gesundheitsdrehscheibe, aber auch anderen Einrichtungen, wird auch seit mehr als zwei Jahren der ukrainische Verein gefördert zu 100% eigentlich, also inklusive Strom und allen Kosten, die dort entstehen. Sonst, weil da ist ja der Gummineger, der eine Riesenfläche im Keller hat und dadurch eben es nicht so einfach war, überhaupt einen Gewerbetreiber zu finden, der dort einzieht, weil oben ist es eigentlich optimal, aber du hast ja die unteren Flächen auch alle. Da sind wir eigentlich froh, diesen Verein zu haben und das braucht es auch. Ich denke, da sind eigentlich alle Stadträte in ihren Verantwortungen ziemlich bemüht, dort wo sie können, auch mich zu unterstützen.

Aber ich möchte mich vor allem auch für Ihr Engagement sehr herzlich bedanken.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, darf ich dich bitten zum Schlusswort.

Gemeinderätin **Reininghaus:**

Das Schlusswort ist jetzt gar nicht mehr so dringend notwendig, aber vielleicht nur auch ein Dankeschön an die Stadt Graz, dass ihr da fördert. Danke schön an Herrn Dr. Riegler, der da wirklich sich immer etwas einfallen lassen muss, aber es geht vielleicht gar nicht so sehr um Förderungen, sondern vielleicht einfach nur um eine Werbung für die Annenstraße. Irgendeinen Artikel einmal, dass da jetzt quasi der Frühling einkehrt und vielleicht die Graz-Gutscheine ganz bewusst ausweiten auf die Annenstraßengeschäftsleute. Das Gassenschauen vielleicht wieder einführen, das Cityradln. Ich habe eher an solche Maßnahmen gedacht und wollte euch gar nicht so schon wieder Geld abknöpfen für die Annenstraße, einmal das so zur Beruhigung. Es geht darum, dass wir die Annenstraße jetzt sichtbar machen, denn jeder, der etwas von Werbung versteht, weiß, wenn einer nicht sichtbar ist, dann ist er nicht. Ich bitte Sie, machen Sie die Annenstraße ein bisschen sichtbarer, gerade jetzt, danke.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (Gegen ÖVP, KFG).

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (Gegen ÖVP, KFG).

8.13 Klares Bekenntnis des Gemeinderates gegen das Auseinanderdividieren bei Autofahrern

(GR Wagner, FPÖ)

Gemeinderat **Wagner:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ja, was soll ich sagen, ein weiteres Kapitel der Stau-Stadträtin Schwentner im Buch "Kampf dem KFZ, koste es, was es wolle". Was haben wir hier schon in der Bilanz

stehen? Hunderte Parkplätze gestrichen ohne Ersatz, Parkgebühren erhöht, bei Anrainern, die ein größeres Fahrzeug besitzen überlegt, die Dauerparkkarten teurer zu machen, durch die Baustellenkoordination maximalen Stau produziert und nun halt höhere Parkgebühren für SUVs.

Zwischenzeitlich war es ein bisschen ruhiger um die Idee, bis uns jetzt auch die Schlagzeilen aus Paris ereilt haben am Anfang des Monats, wo man nach einer Volksbefragung mit einer Beteiligung von 5,8 % dann zum Entschluss gekommen ist, die Parkgebühren zu erhöhen.

Ja, ich stimme zu, ich bin ja selber lange in dem Business, die Zulassung bei SUVs nimmt zu, das mag unterschiedlichste Motive haben, grundsätzlich ist es aber auch die persönliche Freiheit, dass ich das Auto, das ich mir für mein Geld kaufe, vielleicht auch aussuche. In Graz vermute ich allerdings, gibt es da einen anderen Grund, weil wenn ich schaue, wie unkoordiniert die Straße da aufgerissen ist, haben wir ja bald gar keine andere Möglichkeit mehr, außer mit einem SUV in die Stadt zu kommen. Man wird nahezu gezwungen, dass man sich ein SUV kauft.

Aber Spaß beiseite, so lustig das klingen mag, geht es ja darum, dass man damit nicht nur Autos und Gegenstände differenziert, sondern Menschen, die dahinterstehen und die höheren Gebühren treffen halt auch sehr häufig Familien. Ja, was bringt mich zu dem Schluss, man muss sich das nur einmal ein bisschen genauer anschauen und einmal schauen, wie schaut es mit den Größenverhältnissen der Autos aus. Und wenn ich jetzt eine Familie hernehme, dann ist die wahrscheinlich auf der Suche unter Umständen nach einem Auto mit mehr als fünf Sitzplätzen. Und wenn man sich das anschaut, sind genau die Autos, die durchwegs größer sind als die meistverkauftesten SUVs. Also grundsätzlich geht, glaube ich, da wirklich der Sinn und Zweck verloren, davon abgesehen, dass man sich vielleicht wundern mag, wenn man in so einen Zulassungsschein reinschaut, bei welchem Fahrzeug eigentlich der als SUV ausgewiesen ist. Ich möchte wissen, wie man das dann ordentlich kontrollieren möchte, so einfach ist es nicht. Wenn man das dann im meistverkauftesten, beim

größten Autokonzern, der hier in Deutschland und Österreich Autos verkauft, genauer angeschaut, einen Standard Golf und den beliebtesten SUV verglichen. Wir reden hier von einem Größenunterschied von 0,05 m², also das so ein Stückerl.

Also, ich glaube, der Effekt, den man hier mit höheren Gebühren erwirkt, ist einfach nicht gegeben. Somit nehme ich das als reine Willkür, diese Leute hier mit weiteren Gebühren zu bestrafen.

Deshalb mein Dringlicher Antrag: Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich gegen jegliche Differenzierung bei der Erhebung von Parkgebühren für PKW aufgrund von Größe und/oder Gewicht. Bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Der Individualverkehr hat insbesondere seit dem Amtsantritt der dunkelrot-grün-roten Stadtregierung einen besonders schweren Stand in der Landeshauptstadt. Die Devise der zuständigen grünen Verkehrsstadträtin Judith Schwentner scheint in etwa wie folgt zu lauten: „Kampf dem KFZ, koste es, was es wolle!“ Dabei wird jedoch zu oft darauf vergessen, dass einerseits viele Grazer noch auf ein KFZ – und sei es nur für Erledigungen außerhalb des Stadtgebietes – angewiesen sind und andererseits jeden Tag tausende Berufspendler die Landeshauptstadt erreichen müssen. Dies ist keineswegs von jedem Ort außerhalb der Stadt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln möglich.

Bereits im Januar des vergangenen Jahres tüftelte man im Büro der Verkehrsstadträtin eifrig am nächsten Schlag gegen die Autofahrer der Landeshauptstadt. Wie der „ORF Steiermark“ am 19. Januar 2023 berichtete, wollte man damals gegen Anrainer vorgehen, die ein größeres Fahrzeug besitzen. Konkret hieß es dazu: „Die Parkplatzsuche in der Stadt ist oft eine Geduldsprobe. Der Parkraum ist knapp und wird noch knapper, je größer das eigene Auto ist. Geht es nach der Grazer Vizebürgermeisterin Judith Schwentner, soll die Dauerparkkarte, also das Parkpickerl,

künftig teurer sein, wenn man ein besonders großes Auto fährt. In deutschen Städten gibt es bereits Modelle, bei denen die Kosten für das Parken von der Autogröße abhängig sind. [...] ,Wichtig ist dabei zu sagen, dass das für Anrainerinnen und Anrainer gedacht ist, also für alle, die sich eine Ausnahmegenehmigung, also ein Parkpickerl, holen, um im öffentlichen Raum zu parken. Dort schauen wir uns an, dass – je größer das Auto – möglicherweise mehr bezahlt werden muss‘, sagte Schwentner.“ (Quelle: <https://steiermark.orf.at/stories/3190985/>)

Zwischenzeitlich war es still geworden um die absurden Pläne der grünen Vizebürgermeisterin, bis Anfang Februar 2024 Schlagzeilen aus Paris die Runde machten. Dort kam man per Volksbefragung mit einer absurd niedrigen Beteiligung von 5,8 Prozent zum knappen Entschluss, künftig die Parkgebühren für SUVs zu erhöhen. Der Unterschied zu Graz: In der französischen Hauptstadt gilt die Erhöhung nur für Parkende, die keinen Hauptwohnsitz in Paris haben. Nun läuft auch die Anti-Autofahrer-Maschinerie in der steirischen Landeshauptstadt wieder auf Hochtouren. Wie die „Woche“ am 6. Februar 2024 berichtete, feilt man schon an Plänen, wie auch in Graz die Parkgebühr nach oben geschraubt werden kann. „Die Erhöhung der Parktarife für SUVs in Paris zieht seine Kreise, auch in Graz. Auf Nachfrage bei Vizebürgermeisterin Judith Schwentner heißt es, dass eine Volksbefragung wie in Paris hier ebenfalls ‚denkbar‘ sei, auch eine Petition im Landtag werde erwägt, denn zuerst sei das Land am Zug.“ (Quelle: https://www.meinbezirk.at/graz/c-politik/auch-graz-koennte-ueber-suv-parken-abstimmen_a6514493) Was seitens der Verkehrsstadträtin unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Klimawandel und als Vorgehen gegen reiche SUV-Besitzer verkauft wird, trifft in Wahrheit oftmals Familien, die schlichtweg auf größere Fahrzeuge angewiesen sind.

Um der ständigen Drangsalierung der auf das Auto angewiesenen Bürger durch das grüne Verkehrsressort Einhalt zu gebieten, braucht es ein geschlossenes und

entschlossenes Auftreten des gesamten Gemeinderats.

Namens des Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich gegen jedwede Differenzierung bei der Einhebung von Parkgebühren für PKW aufgrund von Größe und/oder Gewicht.

Klubobmann Dreisiebner:

Geschätzter Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, werte Zuseher:innen hier auf der Galerie und am Livestream.

Also, zuerst einmal hohe Anerkennung, dass es einen mit FPÖ-Logo versehenen Antrag gibt, der schon im Titel sich gegen das Auseinanderdividieren ausspricht. Das hat man von der FPÖ in der Form eigentlich nicht erwartet und war auch schon lange nicht mehr, wie ich meine. Ihr seid ja eigentlich die Partei, die immer gerne auseinanderdividiert. So viel einmal dazu.

Zum Thema selber, das ist absolut nicht dringlich, denn a.) brauchen wir eine landesgesetzliche Änderung, wie der Antragsteller ja selber feststellt. Diese ist nicht in Aussicht und wird von uns im Moment auch nicht überlegt, per Petition ans Land zu richten. Wir wollen sie ja auch nicht überfordern mit Petitionen, wir haben ja schon vor einiger Zeit über das Problem mit Petitionen im Land geredet.

Das zweite ist, voriges Jahr, als diese Idee, das erste Mal, bzw. das aus meiner Sicht sehr gerechte Ansinnen, übergroße Fahrzeuge dementsprechend anders zu behandeln, weil sie im Platzverbrauch im beengten Stadtraum einfach ein Riesenproblem sind. Ich denke jetzt an eine enge Innenstadtgasse, wo man jetzt breitere Parkstreifen zeichnen muss beim parallelen Parken bzw. beim Schrägparken längere Parkstreifen oder Parkzonen, bzw. das Übertreten in den Verkehrsraum. Das macht Probleme für Fußgänger:innen, wo Gehsteige teilweise verengt werden. Denkt man nur an Rollstuhlfahrer:innen, denkt man an Kinderwagen, die auch natürlich in der Stadt mit ihren Müttern, Vätern, Omas und Opas unterwegs sind. Und denken wir natürlich auch an den Verkehr, der in diesen Straßen stattfindet: Auto, Fahrradverkehr. Und das alles wird immer enger, es wird immer weniger möglich, das alles miteinander abzuwickeln, gerade in der engen, verbauten inneren Stadt, die 140, 160 Jahre und mehr alt ist.

Das Zweite ist, wir haben damals schon gesagt, da ging es um Anwohner-Ausnahmegenehmigungen. Wir haben damals schon gesagt, und die Idee haben wir, wie gesagt, auch nicht weiterverfolgt, weil eben landesgesetzliche Änderung notwendig, dass es natürlich Ausnahmen geben soll und muss für Familien mit zumindest mehreren Kindern. Aber das war auch noch nicht fertig diskutiert und jetzt komme ich schon auf eine Sache, das kann ich natürlich abstellen und sagen, ja, die haben alle Familien, die haben alle Kinder und deswegen muss das Auto größer sein. Punkt eins, das stimmt nicht. Wenn man sich ein bisschen durch die Stadt bewegt, sieht man sehr viele sehr große Autos. Ob das Rover-artige Autos sind, ob das SUV-artige Autos oder Ähnliches sind, die sind offenbar nicht für Familien mit Kindern da, sondern für irgendjemanden allein oder vielleicht für ein Pärchen zu zweit.

Und das Zweite ist, auch Kinder sind nicht der Grund, dass Autos dementsprechend so übergroß sein müssen, aber das ist eine weitere Diskussion.

Kurzum, im Moment kein dringliches Thema. Schön, dass ihr euch für die Gleichbehandlung von Autos einsetzt und beim Auseinanderdividieren keine Sorge,

das würde sehr überlegt und gerecht stattfinden, sollte es denn in den nächsten Jahren dazu kommen, keine Dringlichkeit. Danke.

Gemeinderat **Wagner:**

Nachdem sich hier keine Dringlichkeit abzeichnet, aber die Sitzung noch lange genug dauert, werde ich das Schlusswort weglassen.

Bürgermeisterin **Kahr:+**

Danke schön. Das ist sehr fair. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe, Dringlichkeit ist somit nicht gegeben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr).